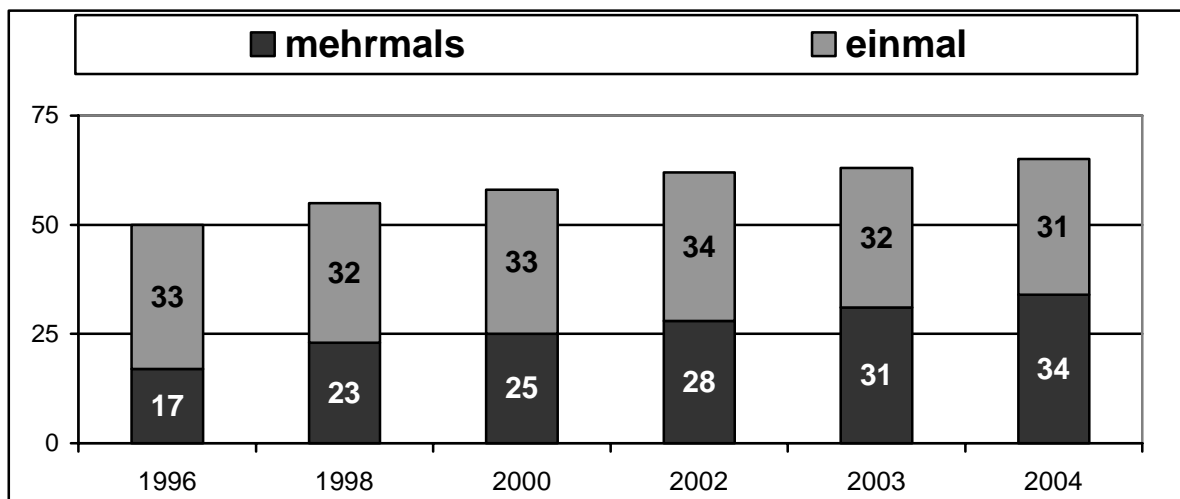


Ohne Arbeit keine Freiheit!

Warum junge Ostdeutsche rund 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus noch nicht im gegenwärtigen Kapitalismus angekommen sind



Anteile der Panelmitglieder, die bisher einmal oder mehrmals arbeitslos waren, im Trend 1996 bis 2004. An 100% fehlende Prozente: Bisher noch nicht arbeitslos gewesen.

Ergebnisse einer systemübergreifenden
Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher
vom DDR-Bürger zum Bundesbürger zwischen
1987 und 2004

Kurzinformation über die 18. Welle 2004
Leipzig, Dezember 2004

Forschungsleiter und Verfasser: Prof. Peter Förster, Leipzig
Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bei der Sächsischen Längsschnittstudie handelt es sich um die vermutlich einzige sozialwissenschaftliche Längsschnittuntersuchung, die seit 1987, d. h. seit über anderthalb Jahrzehnten, den politischen Einstellungswandel einer hinreichend großen, identischen Population junger Ostdeutscher zwischen ihrem 14. und (2004) 31. Lebensjahr begleitet, über die Endzeit der DDR, die Wende und die Vereinigung hinweg.

Der Neuigkeitswert der Ergebnisse besteht vor allem darin, dass sie einen wissenschaftlich gesicherten Einblick in den langen Weg dieser jungen Leute (Geburtsjahrgang 1972/73) aus dem real existierenden Sozialismus in den real existierenden Kapitalismus, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger geben. Dabei treten teilweise überraschende Entwicklungen zu Tage, die allein durch die Anlage als Längsschnittstudie sichtbar werden.

Die von Jahr zu Jahr steigende Anzahl von Messpunkten, die damit zunehmende Genauigkeit der Prozessanalyse und die mögliche Berechnung von Entwicklungstrends gestatten genaue Analysen des Einstellungswandels und der Faktoren/Bedingungen, die zu diesem Wandel geführt haben. Wir finden Antworten nicht nur auf die Frage, welche Veränderungen eingetreten sind, sondern auch auf die nicht weniger wichtige Frage danach, warum es dazu gekommen ist. Vermutungen oder Behauptungen können durch exakte und beweiskräftige Fakten ersetzt werden. Auf dieser Grundlage sind außerdem prognostische Aussagen zur künftigen Entwicklung des Einstellungswandels möglich.

Die Wut wächst weiter:

„Warum können die Politiker in Deutschland nicht ein einziges Problem lösen? Wozu sind sie überhaupt da?“ (Maurer)

„Welches Datum steht für die komplette Streichung von Sozialleistungen (Rente, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kita-Zuschüsse usw.) bereits fest? Wo bleiben die versprochenen Arbeitsplätze? Wann hören Sie auf zu lügen? Das Volk ist nicht dumm. Wenn der Mensch auch träge ist, es wird doch auf die Situation in Deutschland hin heftigste, vulkanartige Ausbrüche geben! Was wollen Sie dann tun? In den Luftschutzkeller fliehen, Herr Schr. ? Das wird Ihnen auch nichts nützen! Besser, ich begegne den Politikern niemals!“ (Arbeitslos)

„Ob sie wissen, was sie mit ihrer Politik (Wirtschaft, Renten, Steuern, Menschenrechte usw.) den Bürgern der BRD antun. Die ganze Regierung gehört ausgetauscht, da sie nur die eigenen Interessen vertritt und nicht die der Bevölkerung!“ (Arbeitslos)

„Würden Sie sich heute für 24 Stunden als Arbeitsloser auf Arbeitssuche oder als Bürger mit gesundheitlichen Problemen unter Volk mischen? Als Mutter mit 2 Kindern mal einkaufen gehen, wenn man kaum Geld zur Verfügung hat, um zu sehen, wie schwer es derzeit im Land ist. Damit Sie sehen, was die Probleme der einfachen Menschen sind?“ (Erziehungsurlaub)

„Wie soll das mal weitergehen? Na gut, noch schlechter kann es gar nicht mehr werden.“ (Packerin)

„Wie kann man es mit seinem Gewissen vereinbaren, 16 Millionen Menschen zu vera....? Warum vertreten Sie Banken und Konzerne, die den Hals nicht voll kriegen und bluten Deutschland aus? Wie können Sie sich gegenüber dem Sozialismus als Sieger hinstellen? Warum spüre ich so wenig von den angeblich überlegenen christlichen und demokratischen Werten?“ (Angestellte)

„Wie viel Geld wollen Sie uns noch aus der Tasche ziehen? Wollen wir mal ein Jahr tauschen? Sie leben so wie ich und ich so wie Sie?“ (Mediengestalter)

„Fragen an Politiker zu stellen ist völlig überflüssig. Antworten bekommt man sowieso nicht.“ (Techniker)

Typische Antworten von Panelmitgliedern auf die 2004 gestellte offene Frage, welche Fragen sie ihrerseits hochrangigen Politikern zur Situation in Ostdeutschland stellen würden.

Inhaltsübersicht:

	Seite
0. Vorbemerkungen	
0.1 Hauptaussagen zum politischen Einstellungswandel bei den heute 31-Jährigen zwischen 1987 und 2004	6
0.2 Angaben zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur Untersuchungspopulation	10
1. Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR	13
2. Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende	14
3. Das vereinte Deutschland ist für die meisten der 31-Jährigen zu einer Selbstverständlichkeit geworden	17
4. Skepsis und Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem nehmen weiter zu	20
4.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik	20
4.2 Aufwertung politischer Kenntnisse aus dem früheren Schulunterricht	26
4.3 Bereitschaft zur politischen Partizipation geht gegen Null	28
4.4 Nur eine Minderheit glaubt an die Zukunftsfähigkeit des gegenwärtigen Kapitalismus	30
4.5 Kritik an der rot-grünen Regierungskoalition nimmt deutlich zu	32
4.6 Fortschritt oder Rückschritt?	33
4.7 Dennoch finden sich die meisten in der neuen Gesellschaft zurecht	33
5. Das ohnehin geringe Vertrauen zu den demokratischen Parteien stürzt weiter ab	34
6. Good bye Lenin bedeutet nicht good bye DDR	41
6.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger	41
6.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht immer besser ab	45

7. Sozialismus – eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt	52
7.1 Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden	52
7.2 Fast die Hälfte plädiert für eine reformsozialistische Alternative	56
8. Keine Zukunft im Osten	57
9. Existenzielle Ängste dämpfen die Zukunftszuversicht und die Systembindung	62
10. Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem	68
10.1 Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes	69
10.2 Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung	81
10.3 Abnehmende Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit	84
10.4 Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden	88
11. Anhang	
11.1 Ablehnung von Ausländern nimmt wieder zu	88
11.2 Skepsis gegenüber der Osterweiterung der EU	89
11.3 Die abgewanderten jungen Leute sind für den Osten verloren	92
11.4 Weitere Angaben zur Untersuchungspopulation	95
11.5 Erläuterungen zu Längsschnittanalysen	97

(Außer dieser Kurzfassung existiert noch eine Langfassung, in der die erwähnten Zusammenhänge und Differenzierungen ausführlicher dargestellt sind.)

0. Vorbemerkungen

0.1 Hauptaussagen zum politischen Einstellungswandel bei den heute 31-Jährigen zwischen 1987 und 2004

1. Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) belegen die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück.

Von diesen regressiven Tendenzen faktisch ausgenommen war jedoch die Überzeugung, in der DDR eine sichere Zukunft zu haben. Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, darunter nicht zuletzt die Tatsache, dass 1989, am Ende der 10.Klasse für faktisch alle TeilnehmerInnen der Untersuchung feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Sie hatten eine sichere berufliche Perspektive, für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bestand kein Anlass. Diese und weitere sozialen Erfahrungen wirken bis in die Gegenwart nach und bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR.

Die damals gewonnenen Daten sind aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland.

2. Für die große, wenn auch abnehmende Mehrheit der in die Studie einbezogenen gegenwärtig 31-jährigen jungen Ostdeutschen gibt es kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende. Nur eine Minderheit stellt 15 Jahre nach dieser Zäsur in Frage, dass die Wende richtig war. Die meisten bezweifeln aber in zunehmendem Maße, dass die Ziele der ‚friedlichen Revolution‘ im Herbst ‚89 erreicht wurden. Viele zweifeln auch daran, dass die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben.

3. Das vereinte Deutschland ist für die meisten von ihnen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Allerdings ist gegenwärtig ein Rückgang der Zustimmung zu beobachten. Die Vereinigungsfolgen für Ostdeutschland werden noch immer überwiegend ambivalent bewertet. Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses.

4. Die Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch fast anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz.

Das betrifft in besonderem Maße die jetzige Wirtschaftsordnung und das politische System in der Bundesrepublik. Die Zufriedenheit mit beiden Seiten ging schon am Ende der Kohl-Ära massiv zurück, nach einem kurzzeitigen Anstieg nach dem Regierungswechsel 1998 und den damit verbundenen neuen Hoffnungen hat sie erneut mehr als zuvor abgenommen.

5. Die zunehmende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht auch aus der Tatsache hervor, dass die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation von Jahr zu Jahr geringer geworden ist und jetzt gegen Null geht. Diese Bereitschaft, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende keinen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab.

Auch der starke Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der jetzigen Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist die Erfahrung, als Ostdeutscher nach wie vor nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden - ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft.

6. Das Vertrauen zu den demokratischen Parteien ist nur sehr schwach entwickelt, dazu mit weiter abnehmender Tendenz. Die Trends belegen: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat sich der Anteil der jungen Erwachsenen, die zu keiner der demokratischen Parteien Vertrauen haben, drastisch auf rund zwei Drittel erhöht. Stark beeinflusst wird dieser Prozess durch die außerordentlich kritische Sicht auf die heute herrschende politische Klasse, die im Hinblick auf Moral und Ehrlichkeit mehrheitlich auf eine Stufe mit den Politikern in der DDR gestellt wird.

7. Die kritische Sicht dieser jungen Ostdeutschen auf das jetzige Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten und weiter wachsenden Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur eine Minderheit (weniger als 10%) glaubt daran, dass dieses System die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird und dass es das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell sei. Ebenfalls nur eine Minderheit hofft, dass das jetzige System erhalten bleibt, die meisten erhoffen das Gegenteil. Besonders diese Ergebnisse lassen auf eine tief verinnerlichte systemkritische Haltung schließen, deren Quellen vermutlich weit in die zu DDR-Zeiten erfahrene gesellschaftliche Sozialisation zurückreichen.

8. Die Kritik des größten Teils der Panelmitglieder an ihrem gesellschaftlichen Umfeld führte zeitgleich zu teilweise überraschenden Entwicklungen anderer politischer Grundeinstellungen. Sie äußert sich insbesondere im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein sehr langwieriger Prozess erweist. Bei den meisten dieser 31-Jährigen ist konstant eine „Doppelidentität“ festzustellen: Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist bei ihnen offensichtlich tiefer verwurzelt, als lange Zeit angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird. Dafür spricht auch, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik erst sehr schwach entwickelt ist und ebenfalls zurückgeht.

9. Beim Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik schneidet die DDR auf sozialem Gebiet immer besser ab. Das gilt vor allem in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den

Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen bei den 31-Jährigen auch gegenwärtig positive Erinnerungen überwiegen.

Mit hoher Konstanz halten sie mehrheitlich an der Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR um so positiver beurteilt, je negativer die heutigen Erfahrungen der jungen Leute mit den Folgen der Vereinigung sind. Diese positiven Erinnerungen stehen in keinem Zusammenhang mit ihren früheren politischen Bindungen, bedeuten keine ideologische Verklärung der DDR.

Zahlreiche TeilnehmerInnen vertreten die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen.

Zu einer totalen Verurteilung der DDR als „lebenslanger Knast“ ist etwa ein Drittel bereit.

10. Die ansteigende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht mit einer zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Sozialistisches Gedankengut ist trotz des Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Dafür spricht auch, dass fast die Hälfte von ihnen für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System plädiert. Dass die sozialistischen Gesellschaftsideale sich eines Tages durchsetzen werden, glauben gegenwärtig allerdings ebenso wenige wie das jetzige Gesellschaftsmodell für zukunftsfähig halten.

11. Die persönliche Zukunftszuversicht – zugleich aussagekräftiges Kriterium für die Beurteilung der Zukunft der Gesellschaft – hat nach der Wende und der deutschen Einheit nicht zugenommen, sondern erheblich abgenommen. Als ein sehr ernstes Signal ist zu werten, dass immer weniger der 31-Jährigen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab - Echo der realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zeit, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Das hat zugleich beträchtliche Folgen für die Einstellung zum politischen System und zur Wirtschaftsordnung, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern.

Etwa ein Viertel dieser jungen Erwachsenen lebt bereits in den alten Bundesländern und hat sich dort integriert; fast alle wollen auch dort bleiben einschließlich ihrer Kinder.

12. Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder wird durch eine Vielzahl von existenziellen Alltagsängsten beeinträchtigt, die aus den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen. Vor allem die stark belastenden Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor Armut im Alter, vor eigener Arbeitslosigkeit und Eintreten einer persönlichen Notlage, nach „Hartz IV“ vor weiteren Reformen der Regierung – für sie im Vergleich mit der Vorwendezeit völlig neue Erfahrungen - haben erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem politischen System und der Wirtschaftsordnung.

13. Dank der Anlage als Längsschnittstudie bei einer identischen Population wurden mehrere Einflussfaktoren nachgewiesen, die hinter den erwähnten Trends stehen. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner aktuelle persönliche Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem bringen.

13.1 Entscheidender aktueller Einflussfaktor ist die Grunderfahrung Arbeitslosigkeit, die immer mehr dieser jungen Ostdeutschen machen müssen, bis 2004 rund zwei Drittel! Der Anteil derer, die bereits mehrfach Arbeitslosigkeit erlebt haben und bei denen ihre ernstesten negativen Auswirkungen besonders deutlich sichtbar werden, hat sich zwischen 1996 und 2004 von 17% auf 34% verdoppelt!

Sie geht wie ein Riss durch die gesamte Population und wirkt sich stark dämpfend auf die Zufriedenheit und Identifikation mit der jetzigen Ordnung aus, bestärkt Zweifel an ihrer Zukunftsfähigkeit, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit der TeilnehmerInnen.

Die übergroße, weiter zunehmende Mehrheit meint, dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems ist, Angst vor der Zukunft macht, den Menschen ihr Selbstbewusstsein und ihre Lebensfreude nimmt, Verlust an individuellen Freiheiten bedeutet und die Menschen arm bzw. krank macht. Bei sehr vielen von ihnen haben sich die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit zu der Auffassung verdichtet, dass es ohne Arbeit keine Freiheit gibt!

Dabei spielen keineswegs nur die direkten, persönlichen Erfahrungen eine Rolle, sondern auch indirekte Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner/Eltern/Geschwister/enge Freunde) sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen materiellen und psychischen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die weiter zunehmende Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes, die in ihren Auswirkungen denen von erfahrener Arbeitslosigkeit faktisch gleich zu setzen ist.

Weiter stellte sich heraus, dass nur wenige Panelmitglieder Demokratie tatsächlich erleben, dass ein großer Teil die deklarierte Chancen- bzw. Verteilungsgerechtigkeit vermisst und noch immer die Erfahrung machen muss, von vielen Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden.

13.2 Die in der DDR erfahrene Sozialisation der 31-Jährigen hat bis in die Gegenwart nachhaltige Langzeitwirkungen. Das betrifft vor allem die damaligen Alltagserfahrungen auf sozialer Ebene, insbesondere die erlebte soziale Sicherheit. Auch die damalige politische Erziehung und Bildung sind nachweislich nicht völlig wirkungslos geblieben.

Fazit:

Die vorliegenden Trends führen alles in allem zu der Feststellung, dass der Zeitraum von anderthalb Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen größeren Teil der jetzt 31-Jährigen politisch für das neue Gesellschaftssystem einzunehmen. Sie stehen ihm noch immer mehrheitlich skeptisch oder kritisch gegenüber, in jüngster Zeit sogar mit einer zunehmenden Tendenz. Nach ihrer Enttäuschung über die Herrschaft der SED in der Endzeit der DDR sind die meisten von ihnen trotz grundsätzlicher Bejahung von Wende und deutscher Einheit erneut enttäuscht vom jetzigen System, sehen es nicht als das „Ende der Geschichte“ an. Seine Zukunftsfähigkeit schätzen sie ebenso gering ein wie gegenwärtig eine Verwirklichung sozialistischer Ideale. Das gilt für die jungen Frauen in erheblich stärkerem Maße als für die jungen Männer, Ausdruck ihrer deutlich stärkeren Betroffenheit von den negativen Vereinigungsfolgen.

Die Kehrseite davon ist, dass die meisten Panelmitglieder konstant an einer Doppelidentität festhalten, sich schon als Bundesbürger, aber zugleich noch als DDR-Bürger fühlen; dass sie sich in zunehmendem Maße mit sozialistischen Idealen identifizieren und eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System vorziehen würden. Die Mehrheit hält den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.

Einer der entscheidenden Faktoren für diese systemkritische Haltung ist die Massenarbeitslosigkeit im Osten, von der immer mehr selbst betroffen sind und die viele als existenzielle Bedrohung und als Verlust an Freiheit erleben. Systemkritik erwächst zugleich aus dem erheblichen Defizit an erlebbarer Demokratie und an sozialer Gerechtigkeit.

Heute ist völlig offen, ob diese 31-Jährigen sich für das jetzige Gesellschaftssystem politisch engagieren werden oder ob sie sich Alternativen zuwenden und wenn ja – welchen? Das lässt sich gegenwärtig kaum voraussagen, zu ungewiss ist die Zukunft. Um so interessanter wird es sein, ihren Weg langfristig weiter zu verfolgen und zu dokumentieren.

0.2 Angaben zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur Untersuchungspopulation

Bei der Sächsischen Längsschnittstudie handelt es sich nicht um eine ein- oder mehrmalige Meinungsumfrage, sondern um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, begonnen und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen zwischen ihrem 14. und (2004) 31. Lebensjahr.

Dass die Studie seit nunmehr 17 Jahren (2004) immer noch existiert, verdankt sie einem glücklichen Umstand vor der Wende: Im Frühjahr 1989, etwa ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR, endete eine Längsschnittstudie (Intervallstudie) zum politischen Mentalitätswandel bei älteren SchülerInnen, die zwischen 1987 und 1989 in Zusammenarbeit des damaligen Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ), der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau durchgeführt wurde. Zu Beginn der Studie besuchten die Panelmitglieder die 8. Klasse und waren 14 Jahre alt, am Ende verließen sie die 10. Klasse im Alter von 16 Jahren.

Da die damaligen Ergebnisse einen deutlichen Rückgang der politischen Grundeinstellungen signalisierten, wurden die Panelmitglieder im Rahmen der letzten Befragung in der 10.Klasse gebeten, auch nach dem Verlassen der Schule (als Lehrling, Student, Arbeiter) weiter an ähnlichen Forschungsprojekten teilzunehmen. Dazu erklärte sich erfreulicherweise freiwillig rund jedes zweite von ihnen (genaue Zahlen s. u.) bereit, mit Angabe ihrer damaligen Adressen.

Nach der Wende bemühten wir uns sehr intensiv und zeitaufwändig darum, diese nunmehr etwa 17-Jährigen Jugendlichen im Frühjahr 1990 für die Fortsetzung der Befragungen unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu gewinnen, eine einmalige Chance sozialwissenschaftlicher Forschung („Groß-Experiment Deutsche Einheit“). Das ist bei einem hinreichend großen Teil von ihnen gelungen.

Entscheidend für die Aussagekraft der Daten ist, dass es sich bei dem 1987 gebildeten Panel um eine Zufallsauswahl der 14-Jährigen des Jahrganges 1972/73 aus 72 8. Klassen in 41 Schulen der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt gehandelt hat, die repräsentativ für die 14-Jährigen in der DDR insgesamt war. Wie Berechnungen nachweisen, sind die nach der Wende erfassten Teilpopulationen wiederum eine Zufallsauswahl aus der da-

maligen Gesamtpopulation, sie können deshalb ebenfalls als repräsentativ für die genannte Altersgruppe gelten (ausführlicher Nachweis vgl. Förster 2002, S. 13 f.).

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989, d. h. in der Endzeit der DDR) dokumentierte die Untersuchung den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase (seit Frühjahr 1990) begleitet sie nun den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Die generelle Forschungsfrage ist, wie sie mit dem gegenwärtigen kapitalistischen System zurecht kommen, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne auch eine politische Identifikation mit diesem System bzw. mit der Bundesrepublik Deutschland entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule (POS) als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, mehr oder weniger nachhaltig, geprägt worden. Zugleich waren bzw. sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

Wir ergänzen diese generellen Angaben durch konkrete Zahlen:

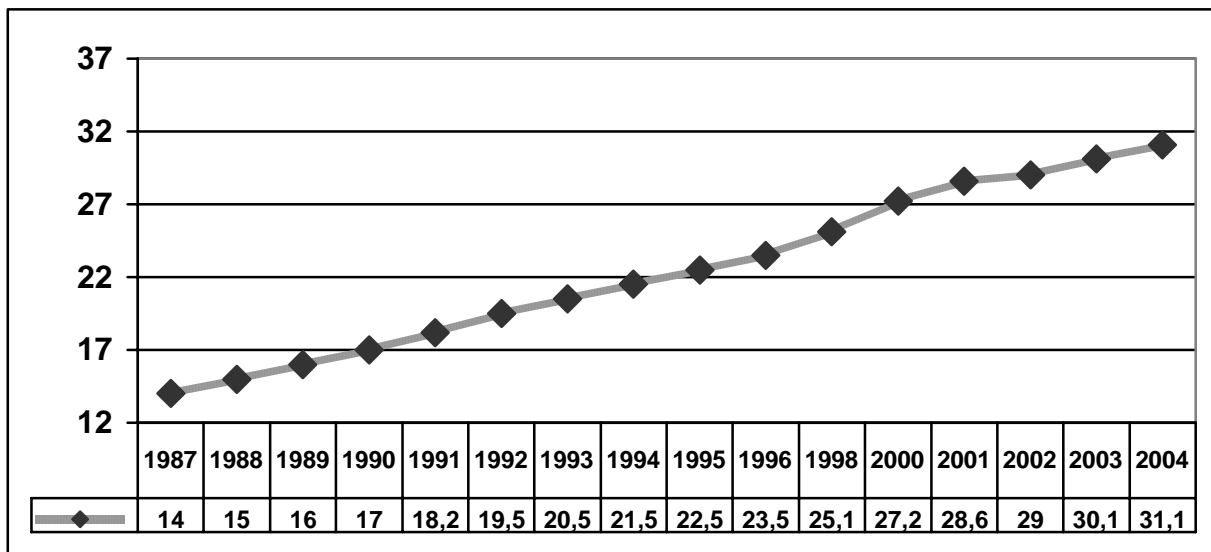
In die drei Untersuchungswellen vor der Wende waren 1281 SchülerInnen einbezogen. Im Frühjahr 1989 erklärten sich im Rahmen der 3. Welle 587 TeilnehmerInnen schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) reduzierte sich dieser Kreis in der Wendezeit auf ca. 485 Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher (2004) 15 (postalischen) Befragungen nach der Wende.

Die 18. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte Mai bis Ende Juli 2004 statt. 414 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen rechtzeitig ausgefüllt zurück, das sind 71% derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten, eine hinreichend hohe Quote.

Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt: 31,1 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 46%, entsprechend weiblich 54%. Als Besonderheit ist hervorzuheben: Von den TeilnehmerInnen leben 91 in den alten Bundesländern (22%) bzw. 7 im Ausland (2%); weitere Angaben zur Population siehe Anhang.

Die Anzahl der Befragten lag in den Jahren 1990 bis 1994 zwischen 170 und 276, ab 1995 zwischen 316 und 420 mit stark zunehmender Tendenz.

Durchschnittsalter der TeilnehmerInnen zu den Zeitpunkten der Befragung vor und nach der Wende (identische Population):



Die folgenden Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche der Altersgruppe der (2004) 31-Jährigen verallgemeinert werden, insbesondere im Hinblick auf die ermittelten Zusammenhänge und Trends. Sie widerspiegeln sozusagen im Kleinen wichtige Aspekte des Prozesses der deutschen Einheit, seiner Licht- wie Schattenseiten, vor allem hinsichtlich der generellen Zusammenhänge und Tendenzen. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht beansprucht.

Der Autor ist Forschungsleiter der Studie seit 1987, vor der Wende im Zusammenwirken mit Wissenschaftlern der Universität Leipzig und der PH Zwickau. Die Studie steht hinsichtlich Anlage und Auswertung in der Tradition der Längsschnittforschung des ZIJ, das zwischen seiner Gründung 1966 und seiner Abwicklung 1990 zahlreiche Untersuchungen dieser Art durchgeführt hat.

Seit 2002 besteht eine enge inhaltliche Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Elmar Brähler (Leiter der Selbstständigen Abteilung medizinische Psychologie und medizinische Soziologie an der Universität Leipzig) und Dr. Hendrik Berth (Universitätsklinikum Dresden) im Hinblick auf die Untersuchung der Zusammenhänge von Arbeitslosigkeit und Gesundheit sowie weiterer wichtiger psychologischer Fragestellungen.

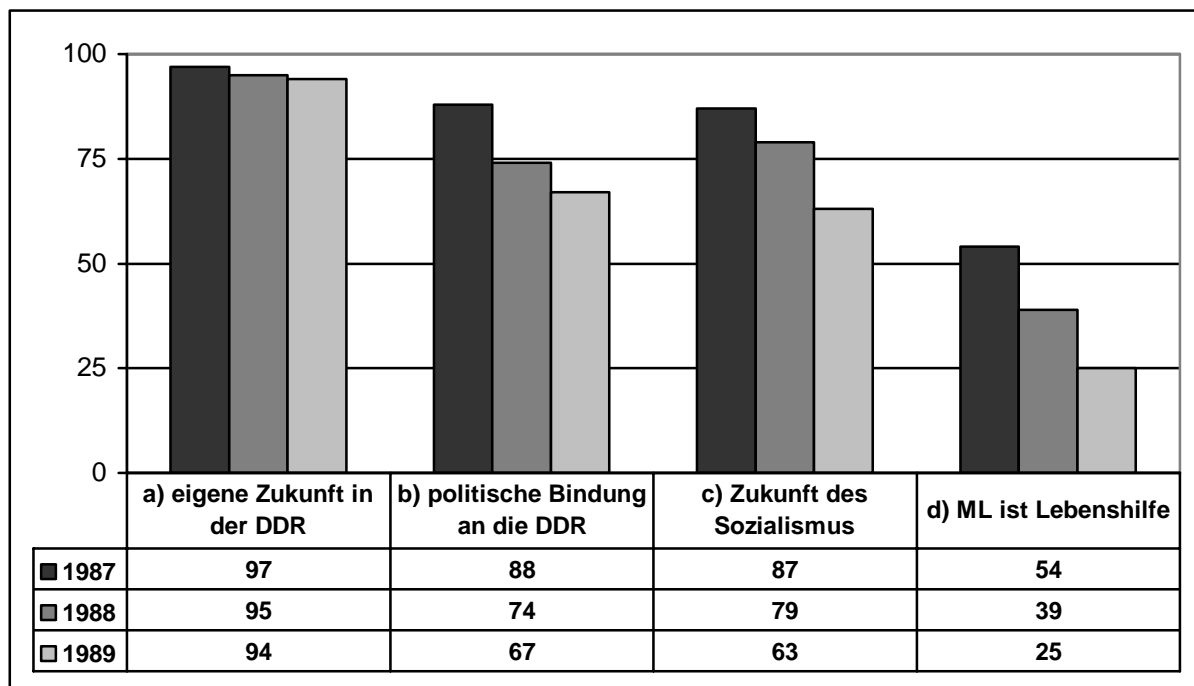
Bei den folgenden Ergebnissen handelt es sich um eine Auswahl wesentlicher Trends, aus denen die Grundrichtung des politischen Einstellungswandels besonders deutlich hervorgeht. Auf breite Interpretationen wird verzichtet, da die dargestellten Trends meist für sich selbst sprechen.

Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Förderung der Studie seit der 16. Welle im Jahr 2002.

1. Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR

Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) belegen die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre politische Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück:

Abbildung 1. 1: Veränderungen ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 - Zusammengefasste Anteile sehr starker (Antwortposition 1) und starker (2) Zustimmung in Prozent. Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder.



Fragetexte: a) „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 b) „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“
 c) „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“
 d) „Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.“

Antwortmodell: Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des „ML“ als Lebenshilfe (schon 1987 nur schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus nahmen in dieser Zeit immer mehr ab. Ein „Nullpunkt“ war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht.

Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94% an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62% ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet. Die weiblichen Panelmitglieder äußerten sich damals signifikant positiver als die männlichen, ein aus heuti-

ger Sicht bemerkenswerter Sachverhalt, bewerten sie doch heute das jetzige System meist signifikant weniger positiv.

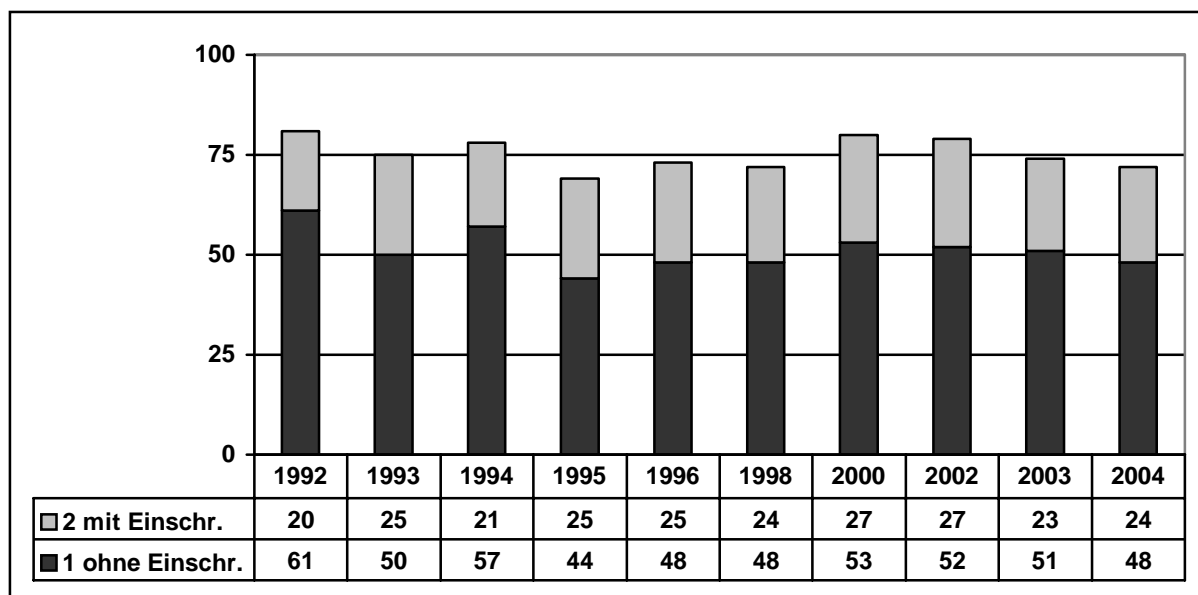
Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, darunter nicht zuletzt die Tatsache, dass 1989, am Ende der 10.Klasse für faktisch alle TeilnehmerInnen der Untersuchung feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Sie hatten eine sichere berufliche Perspektive, für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bestand kein Anlass. Diese und weitere sozialen Erfahrungen wirken bis in die Gegenwart nach und bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR.

Die damals gewonnenen Daten sind aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland. Mehr noch: Vieles in ihrem Denken und Fühlen ist überhaupt nur auf dem Hintergrund ihrer damaligen Erfahrungen erklärbar (ausführlicher dargestellt in der Publikation des Verfassers dieser Dokumentation „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit“, Verlag Leske + Budrich, 2002).

2. Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende

Für die große, wenn auch abnehmende Mehrheit der in die Studie einbezogenen gegenwärtig 31-jährigen jungen Ostdeutschen gibt es kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende. Nur eine Minderheit stellt 15 Jahre nach dieser Zäsur in Frage, dass die Wende richtig war. 2004 gilt das für 10% der Panelmitglieder (Antwortpositionen 4+5; 2003: 4%):

Abbildung 2.1: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2004



Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Allerdings unterliegt auch diese Grundeinstellung bemerkenswerten Schwankungen: Schon zwischen 1994 und 1998 kam es vorübergehend zu einem signifikanten und relevanten Abbau dieser Einstellung, Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit dieser jungen Ostdeutschen mit der wirtschaftlichen Situation im Osten in der Endzeit der Regierung Kohl. Eine ähnliche

rückläufige Tendenz ist auch ab 2000 zu erkennen (d. h. nach dem Regierungswechsel), Widerspiegelung erneut zunehmender Enttäuschungen. Insgesamt gesehen ist der Anteil der Zustimmungen deutlich von 81% 1992 auf 72% 2004 gefallen.

Die meisten bezweifeln in zunehmendem Maße, dass die Ziele der 'friedlichen Revolution' im Herbst '89 erreicht wurden:

Tabelle 2.1: „Die Ziele der 'friedlichen Revolution' im Herbst '89 sind heute verwirklicht.“

Das entspricht meiner Meinung

	1 vollkommen 4 kaum	2 im großen und ganzen 5 überhaupt nicht	3	4	5	X	
2002	2	26	(28)	58	13	1	2,86
2003	2	21	(23)	58	17	2	2,96
2004	1	18	(19)	53	22	6	3,13

Nur noch ein knappes Fünftel der Panelmitglieder (19%) bejaht 2004, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden. 53% äußern sich ambivalent, immerhin 28% stellen das in Abrede. Die Tendenz der Zustimmung gegenüber 2002 ist deutlich abnehmend, die der Ablehnung erheblich zunehmend: von 14% auf 28%.

Sehr zurückhaltend wird auch auf die erst seit 2003 gestellte Frage beantwortet, ob die Ostdeutschen im Herbst '89 die Freiheit errungen haben, eines der wichtigsten Ziele:

Tabelle 2.2: „Mit der friedlichen Revolution im Herbst '89 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Gesamt 2003	15	43	(58)	35	6	1	2,36
Gesamt 2004	17	35	(52)	37	9	2	2,45
männlich	26	34	(60)	31	7	2	2,26
weiblich	9	36	(45!)	41	11	3	2,61

Nur die knappe Hälfte (52%) der Panelmitglieder stimmt 2004 zu, dass mit der Wende die Freiheit errungen wurde, der kleinere Teil von ihnen einschränkungslos. Die jungen Frauen äußern sich erheblich kritischer als die jungen Männer, eine Tendenz, die sich durch die gesamte Studie zieht.

Sehr aufschlussreich sind die Antworten auf eine bereits 2003 gestellte offene Frage (d.h. ohne Vorgaben) danach, in welcher Hinsicht die Freiheit errungen wurde und in welcher Hinsicht nicht. Im Kern geht es darum, dass nach Auffassung dieser jungen Ostdeutschen vor allem die Reisefreiheit gewonnen wurde, die aber von vielen nicht genutzt werden kann, da ihre wirtschaftliche Situation dies nicht zulässt. Freiheit wird faktisch mit Reisefreiheit gleichgesetzt.

Einige typische Aussagen, die in vielen Variationen wiederkehren, lauten:

„Ohne Arbeit kann ich die errungene Freiheit nicht genießen.“

„Reisefreiheit – aber was nützt es, reisen zu können, wenn man durch die derzeitige Politik immer weniger Geld in der Tasche hat! Außerdem wird die wirtschaftliche Situation im Osten immer wackliger, so dass die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird – aber wir können ja reisen!

Wir haben jetzt die Freiheit, die Partei unserer Wahl auf dem Wahlzettel anzukreuzen – aber wem kann man trauen?! ...“

„a) Reisefreiheit, mit Geld ist ALLES materielle zu kaufen.

b) Wir haben uns die Geisel der Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit (horrende Zuzahlungen im Gesundheitswesen), utopisches Renteneintrittsalter, vermehrte Kriminalität erkaufte.“

„Die Freiheit wurde in beinahe jeder Hinsicht errungen, aber uns wurde schnell klar, dass uns viele Freiheiten nichts nützen, wenn man sie sich in dieser Gesellschaft nicht leisten kann!“

„a) Reisefreiheit, die Freiheit, jederzeit Bananen zu kaufen, für Geld alles zu bekommen. b) dass Freiheit so teuer ist und von einem Arbeitsplatz abhängt.“

„Freiheit haben wir errungen in jeder Hinsicht, aber Sicherheit verloren, d.h. soziale Sicherheit und die meisten Menschen materielle Sicherheit. Jetzt ist alles risikoreicher und nur noch kommerziell. Alles hat eine Kehrseite.“

„Man kann reisen, wohin man will, man kann äußern, was man denkt, beruflich steht einem alles offen, man kann sich persönlich frei entfalten, man kann seinen Kindern etwas bieten, Wünsche erfüllen... ABER: das geht alles nur mit Geld und das bekommt man nur mit einem Job. Ohne den ist die Freiheit nur halb soviel wert!“

„Freiheit verbinde ich einzig und allein mit der Möglichkeit, überall hin reisen zu können.“

„a) Man kann nun ohne Einschränkungen die Welt erkunden,

b) wenn man, wie ich z. Zt., arbeitslos ist, ist man in vielerlei Hinsicht in seiner Freiheit eingeschränkt, z. B.: kein Geld, keine Reisen; keine Arbeit: man kann sich auch nicht beruflich frei entfalten und privat ist man auch eingeschränkt.“

„Es wurden zwar einige Freiheiten errungen (Reisefreiheit, Pressefreiheit u. a.), aber was nützt die ganze Freiheit, wenn man sich jeden Monat auf dem Arbeitsamt oder Sozialamt melden muss. Früher war für die Kinder eine Perspektive vorhanden, heute: keine Lehrstelle – kein Job – kein Geld – schiefe Bahn.“

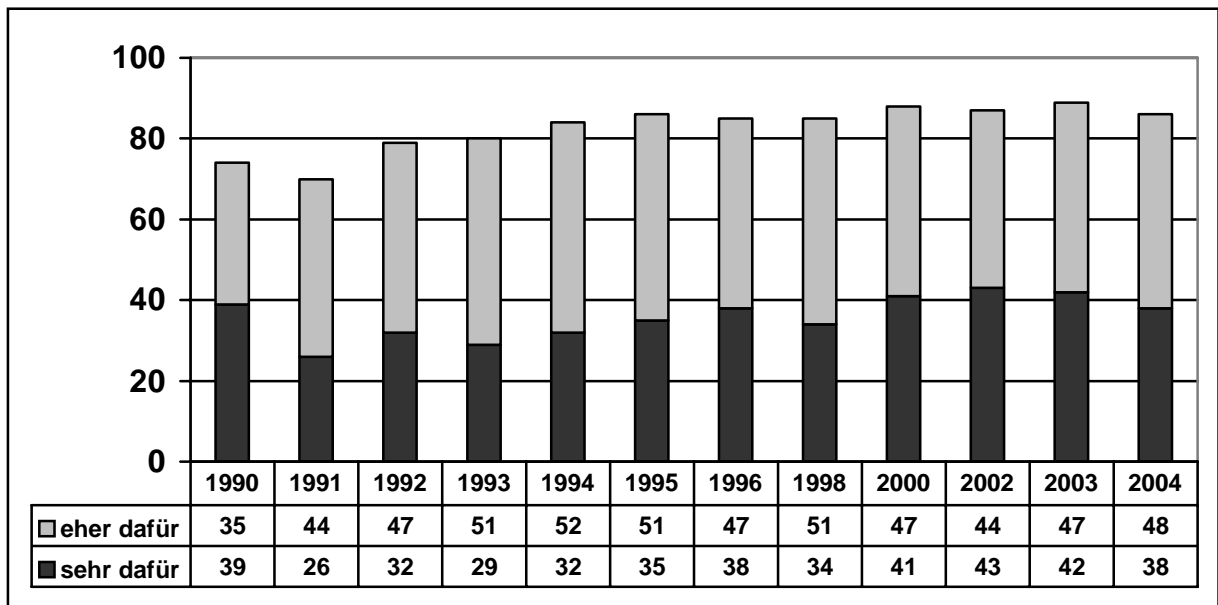
„Die Freiheit in der BRD besteht wohl darin, mit Geld tun und lassen zu dürfen, was man will!“

„a) Reisefreiheit, Recht auf persönliche Entwicklung, Meinungsfreiheit. b) In dieser Gesellschaft ist man frei, wenn man Geld hat.“

3. Das vereinte Deutschland ist für die meisten der 31-Jährigen zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Allerdings ist nach einer seit 1990 fast kontinuierlich wachsenden Bejahung gegenwärtig ein leichter Rückgang der Zustimmung zu beobachten:

Abbildung 3.1: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 bis 2004. Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Zustimmung



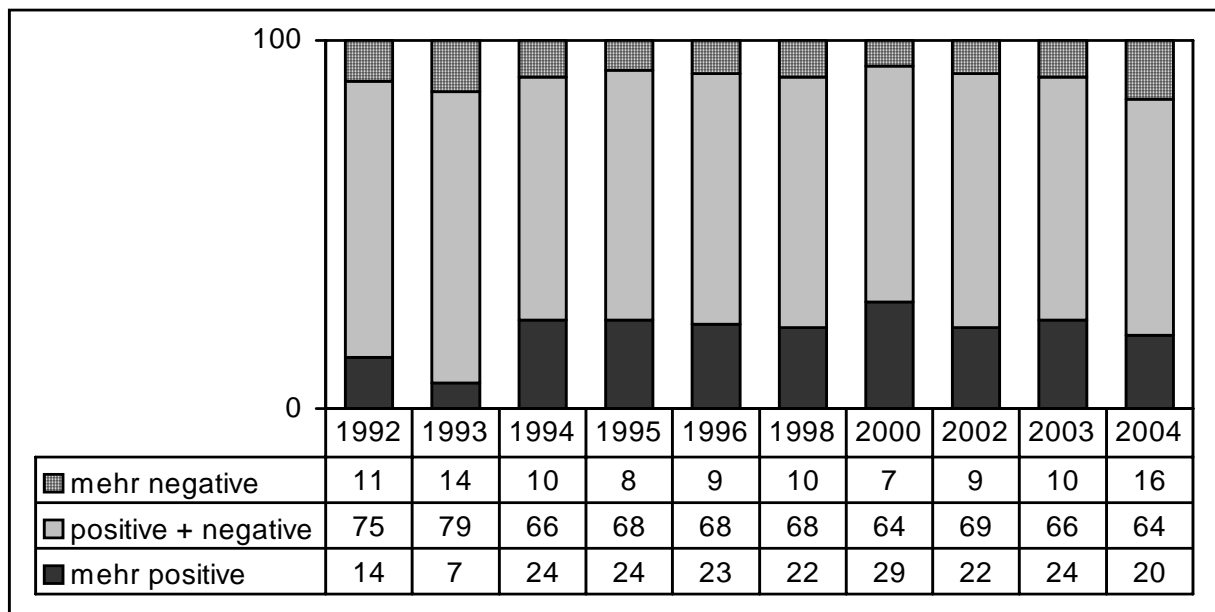
Frage­text: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Die Daten von 1990 wurden im Frühjahr erhoben, also noch vor dem Beitritt. Ab 1991 wurde der Frage­text mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

Trotz der überwiegenden Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Abbildung 3.2: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 bis 2004



Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

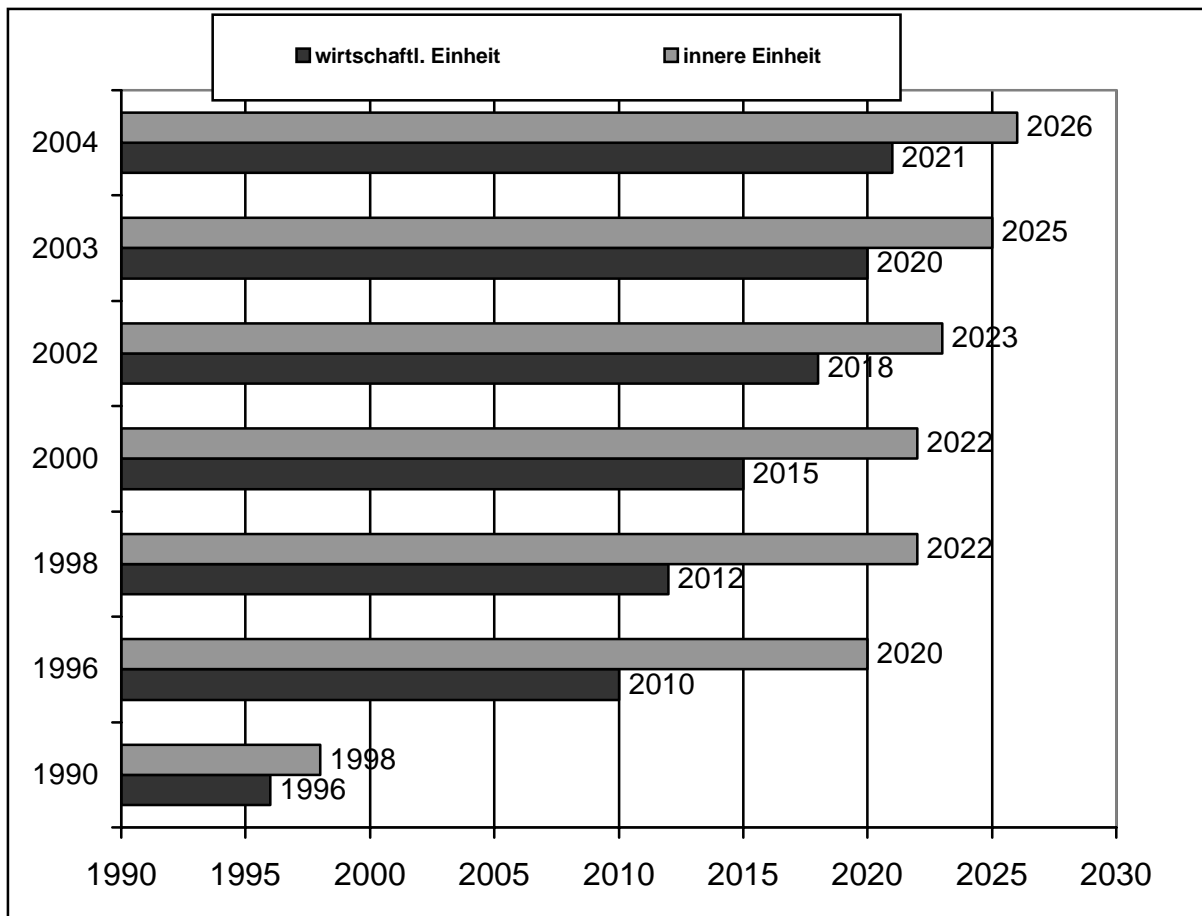
Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland

1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative 3 mehr negative Veränderungen

Der bis 2000 erkennbare generelle Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, ist gestoppt, mit Sicherheit auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland. Deutlich zugenommen hat dafür der Anteil derer, die negative Veränderungen erkennen: 16% - der höchste Anteil seit Beginn der Messungen 1992.

Hinzu kommt, dass die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Abbildung zeigt die auf dieser Grundlage berechneten prognostizierten Jahre:

Abbildung 3.3: Prognostizierte Jahre für die Herstellung der wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit zu den sechs Befragungszeitpunkten zwischen 1990 und 2004



Fragetext: „Wie lange wird es dauern ...
a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?
b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?“ (freie Angaben in Jahren)

Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des ZIJ vom September 1990 für den SPIEGEL, berechnet für die Altersgruppe der 18 - bis 24-Jährigen.

Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses.

Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2004 davon aus, dass es noch rund 17 Jahre (!) dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2021). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre) berechnet (das wäre 1996 gewesen!).

Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 22 Jahre (d. h. im Jahre 2026). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen!).

2004 wurde den im Osten lebenden Panelmitglieder darüber hinaus folgende Frage gestellt: „Und wie lange wird es dauern, bis Ihr Einkommen 100% des Einkommens im Westen beträgt? Bitte die Anzahl der Jahre direkt eintragen.“. Als Durchschnittswert wurde dafür 15,9 Jahre berechnet!

Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich demnach seit der Vereinigung ständig vergrößert und vergrößert sich immer noch! Diese Vorstellungen sind keine Zahlenspielereien, sondern widerspiegeln wie kaum ein anderes Ergebnis sehr anschaulich die ursprünglichen großen Hoffnungen auf das vereinte Deutschland und die nachfolgenden Enttäuschungen dieser jungen Leute von den Realitäten des Vereinigungsprozesses und von einer gesicherten Zukunft in Ostdeutschland.

4. Skepsis und Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem nehmen weiter zu

4.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik

Die Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch fast anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz:

Tabelle 4.1: Zufriedenheit mit der Gesellschaft, 18. Welle 2004
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden
 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

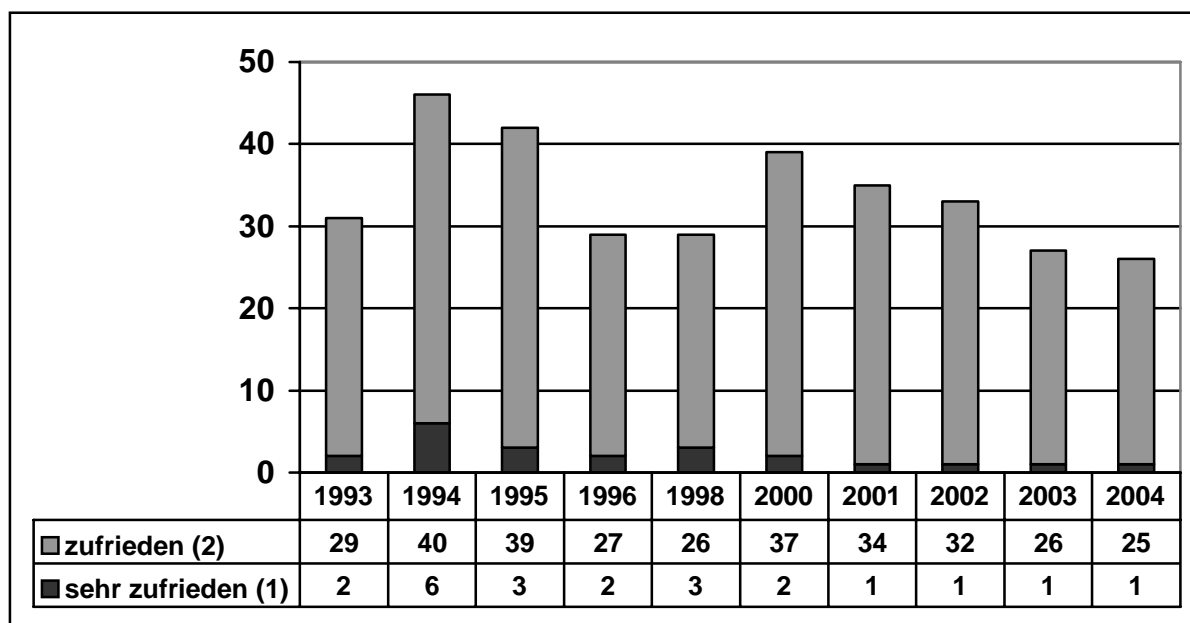
	1	2	(1+2)	3	4
mit der Demokratie	1	31	(32)	46	22
mit der Wirtschaftsordnung	1	25	(26)	46	28
mit dem politischen System in der BR Deutschland	0	20	(20)	46	34
mit der Familienpolitik	0	8	(8)	38	54!
mit der Sozialpolitik	0	8	(8)	44	48
mit der Jugendpolitik	0	6	(6)	41	53
mit der Gesundheitspolitik	0	6	(6)	34	60!
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	0	9	(9)	35	56!
mit der Rentenpolitik	0	4	(4)	39	57!
mit der Steuerpolitik	0	2	(2)	33	65!
<hr/>					
2003:					
mit der Außenpolitik	7	48	(55)	32	13
mit der Militärpolitik	3	42	(45)	38	17

Bei den 2004 einbezogenen Aspekten überwiegt eindeutig geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit:

Mit der Demokratie ist nur rund ein Drittel zufrieden, davon 1% sehr (2000 waren es noch 46%!), mit der Wirtschaftsordnung 26% (1% sehr) und - besonders wesentlich - mit dem politischen System 20% (Null Prozent sehr). Bei allen anderen Aspekten liegen die Prozentquoten mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder durchweg unter 10%. Unzufrieden äußern sich mehr als die Hälfte mit der Jugendpolitik des Staates (53%), mit der Familienpolitik (54%), mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland (56%), mit der Rentenpolitik (57%), mit der Gesundheitspolitik (60%) sowie mit der Steuerpolitik (65%). Fast durchgängig sind gegenüber den vorangegangenen Jahren starke Regressionen zu verzeichnen. Wir können das hier nur exemplarisch belegen.

Das betrifft insbesondere die Wirtschaftsordnung, einem der aussagekräftigsten Kriterien der Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem:

Abbildung 4.1: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 - 2004. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Zufriedenheit (AP 2)



Fragetext: Wie zufrieden sind Sie mit ... der jetzigen Wirtschaftsordnung?

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

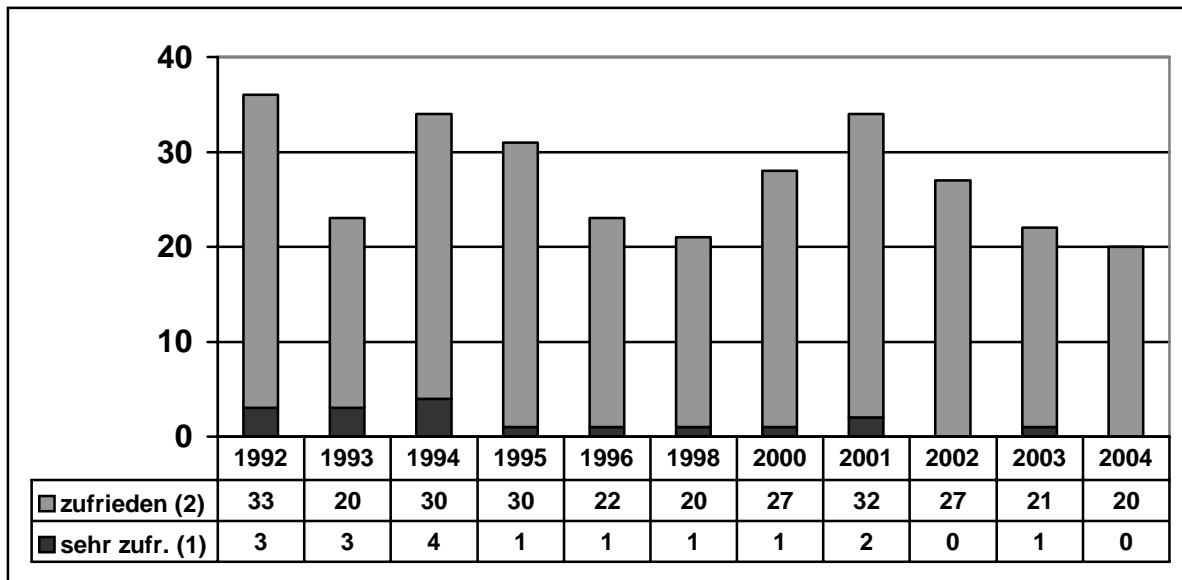
Erkennbar ist, dass der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke überschritten hat. Diese jungen Ostdeutschen stehen der jetzigen Wirtschaftsordnung mehrheitlich kritisch gegenüber. Darüber hinaus fällt der starke Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 46% auf 29% auf, der im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel) gestoppt schien, sich danach jedoch erneut durchgesetzt hat, jetzt allerdings auf einem niedrigeren Niveau! 2004 äußert wie schon 2003 rund ein Viertel (26%) Zufriedenheit, das sind die bisher geringsten Anteile seit Beginn unserer Messungen hierzu im Jahr 1993! Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass sich unter den jetzigen wirtschaftlichen Bedingungen eine positive Entwicklung durchsetzt, ist sehr unwahrscheinlich.

Zu diesen Ergebnissen passt, dass 2004 nur 28% der Panelmitglieder zustimmen, die Erfahrung gemacht zu haben, in einer sozialen Marktwirtschaft zu leben; 50% verneinen dies und 22% meinen, das wäre schwer zu sagen. Damit im Zusammenhang steht, dass der Anteil de-

rer, die erfahren haben, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können, stark zurückgegangen ist: Von 21% im Jahr 2000 auf nur 7% 2004!

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem politischen System:

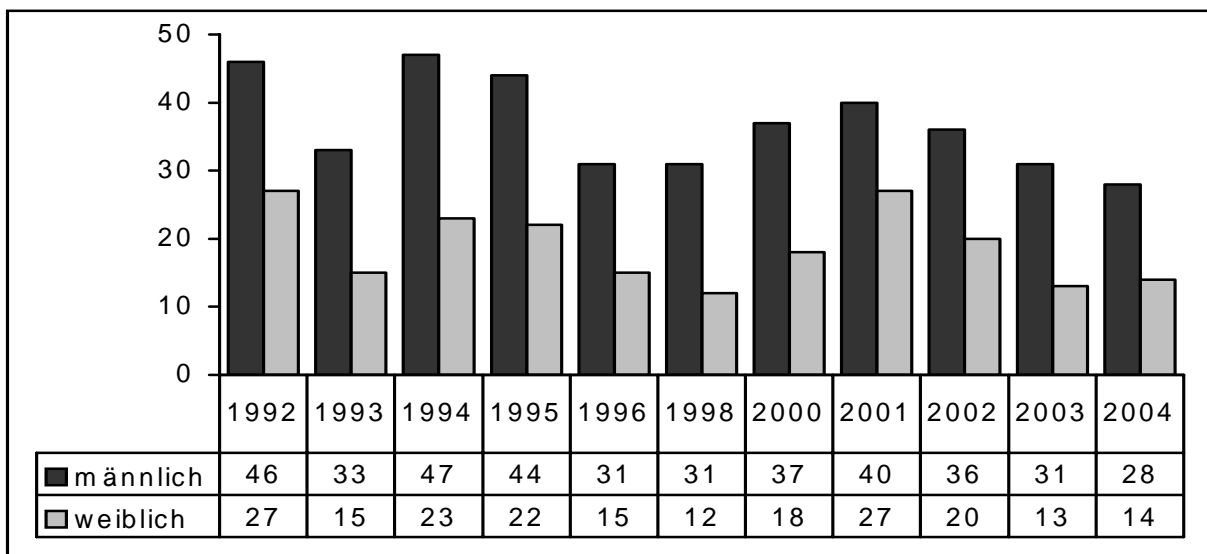
Abbildung 4.2: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 - 2004. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden. Das Maximum der Zufriedenheitsquote betrug 36% (1992). Zwischen 1994 und 1998 war ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen, der nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU in der Endzeit der Kohl-Ära stand (s. u.). Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen Teilnehmern zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere dem politischen System. Die erneute leichte Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht ab 2002 einem deutlichen Negativtrend. 2004 sind lediglich 20% mit dem politischen System zufrieden; das entspricht der Zufriedenheitsquote von 1998, vor dem Regierungswechsel.

Aufschlussreich sind die außerordentlich großen Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen:

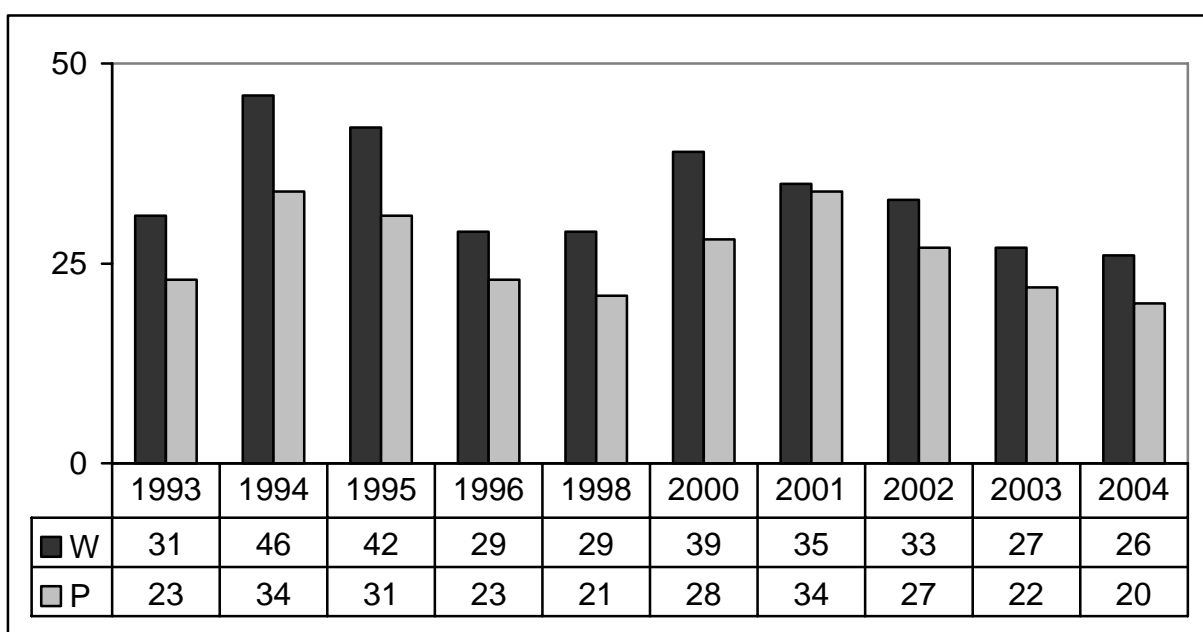
Abbildung 4.3: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2004, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2)



Die weiblichen Panelmitglieder sind mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg noch erheblich weniger zufrieden sind als ihre männlichen Altersgefährten (die Unterschiede sind durchweg signifikant). 86% von ihnen sind 2004 mehr oder weniger unzufrieden - deutlicher kann die überaus kritische Sicht dieser jungen Frauen auf das jetzige Gesellschaftssystem kaum zum Ausdruck kommen.

Aufschlussreich ist eine zeitlich parallele Betrachtung der Veränderungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits:

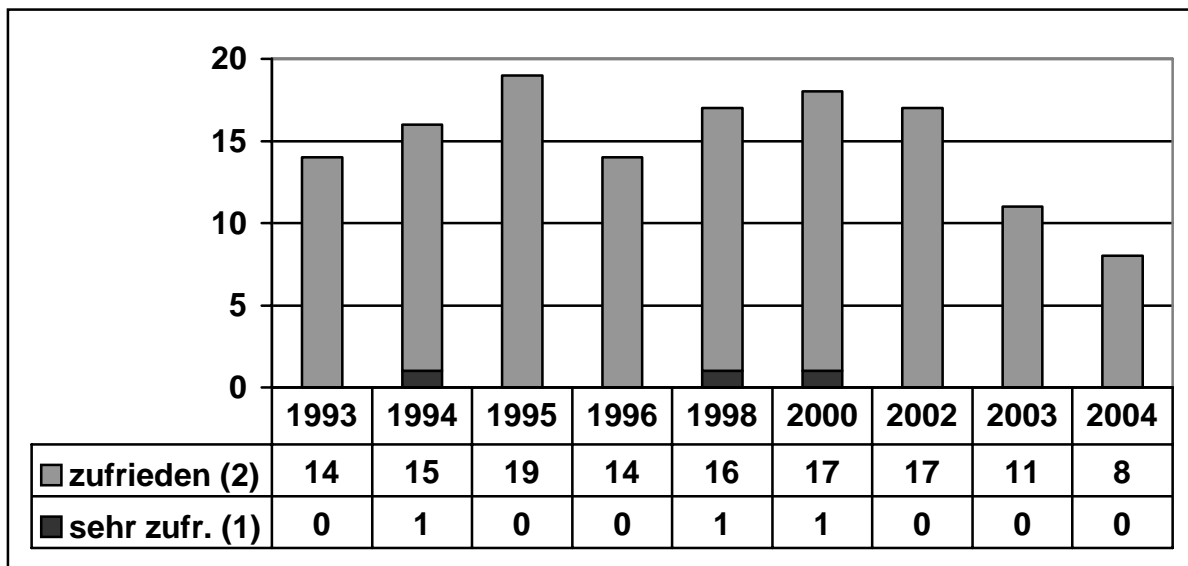
Abbildung 4.4: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2004, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet. Die Häufigkeiten sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2) wurden zusammengefasst.



Anhand der tatsächlich in dieser Weise abgelaufenen Bewusstseinsprozesse ist ablesbar, dass in diesem reichlichem Jahrzehnt die Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer ausfällt, je schwächer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ist. Daraus ergibt sich die Prognose, dass mit weiter abnehmender Zufriedenheit mit der wirtschaftlicher Effektivität des Systems auch die politische Legitimität des Systems abnehmen wird.

Ebenfalls zu allen Zeitpunkten äußerst schwach entwickelt war die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik. Nur Minderheiten äußern sich positiv. Der bisher höchste Wert der zufriedenen Panelmitglieder betrug im Jahr 1995 19%!

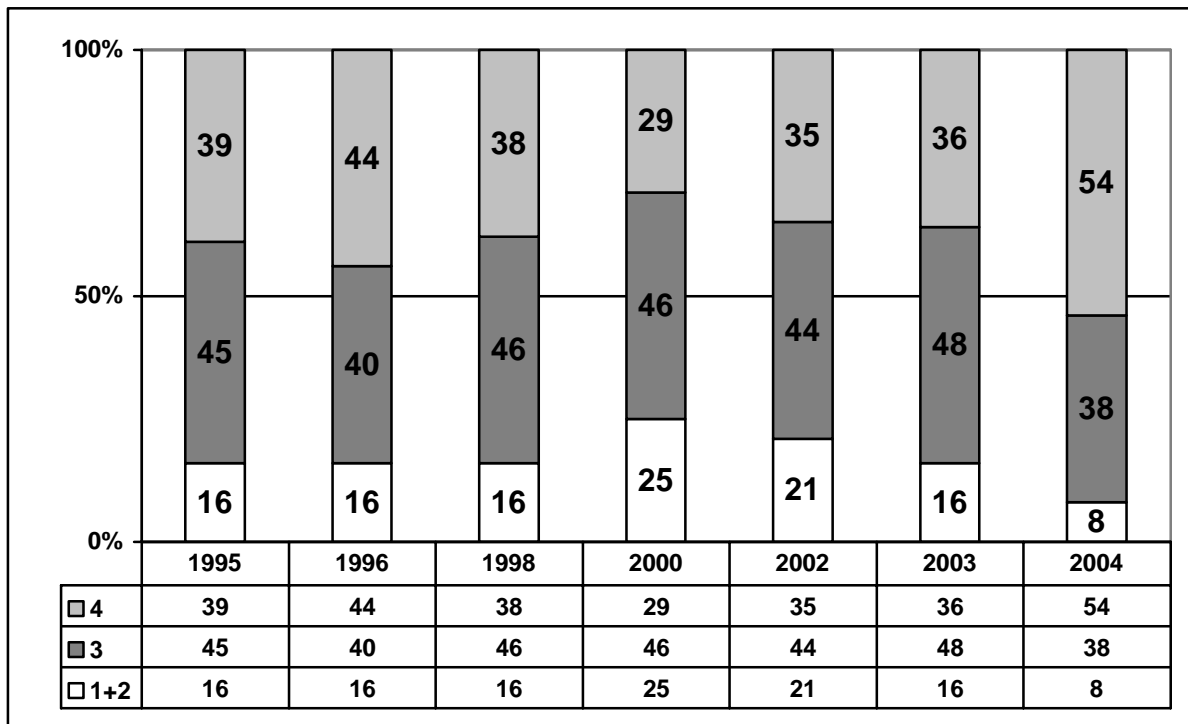
Abbildung 4.5: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik im Trend 1993 bis 2004. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote faktisch unverändert gering. 2004 wird der bisher geringste Wert von 8% erreicht, der Anteil sehr zufriedener Panelmitglieder liegt bei Null.

Aufschlussreich ist auch der Trend zur Zufriedenheit mit der Familienpolitik, die für die Panelmitglieder zunehmend von Relevanz ist. Da hier vor allem die Prozentquoten unzufriedener Panelmitglieder zugenommen hat, stellen wir deren Anteile mit dar:

Abbildung 4.6: Zufriedenheit mit der Familienpolitik im Trend 1996 bis 2004



Fragetext: Wie zufrieden sind Sie mit der Familienpolitik?

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Wie bei vielen anderen Sachverhalten wird auch hier sichtbar, dass sich nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) zunächst eine positive Tendenz andeutete, die sich danach jedoch kontinuierlich umkehrte – Ausdruck enttäuschter Hoffnungen.

Mit diesen kritischen Bewertungen geht einher, dass nur verhältnismäßig wenige Panelmitglieder zustimmen, dass im jetzigen Gesellschaftssystem Freiheit und Menschenrechte gegeben seien:

Tabelle 4.4: Einstellung zu Freiheit und Menschenrechten im jetzigen Gesellschaftssystem 2004

	Das entspricht meiner Meinung					
	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Im jetzigen Gesellschaftssystem sind die Menschen erstmals wirklich frei.“</i>						
Gesamt	5	23	(28)	40	22	10
<i>„Im jetzigen Gesellschaftssystem werden die Menschenrechte geachtet.“</i>						
Gesamt	3	31	(34)	38	17	11
männlich	4	43	(47)	28	15	10
weiblich	2	20	(22!)	46	20	12

Lediglich 28% der Panelmitglieder vertreten die Auffassung, dass die Menschen im jetzigen System erstmals frei sind, 40% äußern sich ambivalent, 32% ablehnend. Nicht viel mehr

stimmen zu, dass im jetzigen System die Menschenrechte geachtet werden (junge Frauen nur 22%!), 38% äußern sich hierzu ambivalent, 28% ablehnend.

Diese Auffassungen stehen erwartungsgemäß in einem engen Zusammenhang mit den bisherigen persönlichen Erfahrungen mit dem Gesellschaftssystem: Vor allem jene stellen die Achtung der Menschenrechte im jetzigen Gesellschaftssystem in Frage, die verneinen, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten bzw. Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können. Selbst die verbreiteten Bedrohungsängste vor weiteren Reformen der Regierung (s. u.) wirken sich aus: Mit zunehmenden Ängsten geht der Anteil jener TeilnehmerInnen, die die Achtung der Menschenrechte bejahen, deutlich signifikant von 54% auf 27% zurück!

4.2 Aufwertung politischer Kenntnisse aus dem früheren Schulunterricht

Erstaunlich viele Panelmitglieder schreiben der jetzigen Gesellschaft Merkmale zu, die ihnen im früheren Staatsbürgerkundeunterricht („Stabü-Unterricht“) gelehrt wurden. Dazu wurden ihnen mehrere typische Aussagen vorgelegt, zu denen sie angeben, ob sie ihren heutigen Erfahrungen zufolge zutreffen. Zu einigen Aussagen liegen mittlerweile Trends vor:

Tabelle 4.3: Heutige Auffassung der 31-Jährigen zu zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts vor der Wende

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
	1	2	0
„Stimmt die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind?“			
2000	76	8	16
2002	75	8	17
2003	75	8	17
2004	78	6	16
„Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf?“			
1996	52	18	30
1998	48	21	31
2000	51	25	24
2002	54	23	23
2003	51	23	26
2004	52	27	21
„Im Stabi-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach ihren heutigen Erfahrungen zu?“			
1996	49	21	30
1998	50	24	26
2000	50	29	21
2002	45	29	26
2003	47	26	27
2004	53	22	25
„Stimmt es, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem die Quelle von Konflikten und Kriegen ist?“			
2002	27	38	35
2003	35	28	37
2004	38	27	35
„Stimmt die damalige These, dass im Gesellschaftssystem der BRD die herrschenden Politiker in erster Linie die Interessen der Reichen und Mächtigen vertreten?“			
2004	64	15	21

Nach rund 15 Jahren persönlicher Erfahrung der Panelmitglieder mit dem Gesellschaftssystem der Bundesrepublik wird den damaligen Lehrsätzen von sehr vielen zugestimmt. Immerhin rund drei Viertel der Panelmitglieder (78%) halten 2004 die Behauptung für richtig, dass die eigentlichen Mächtigen die großen Konzerne und Banken wären. Nur 6% weisen sie zurück, mit 16% ist der Anteil derer vergleichsweise niedrig, die sich darüber nicht im klaren sind.

Jeweils die reichliche Hälfte meint, dass die ihnen früher vermittelten Thesen der Existenz von Ausbeutung (53%) bzw. Klassenkampf (52%) heute tatsächlich zutreffen würden.

Ein reichliches Drittel (38%) hält die damalige Behauptung heute für richtig, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem die Quelle von Konflikten und Kriegen sei.

2004 ergab eine weitere Frage, dass knapp zwei Drittel (64%) die damalige These heute für richtig halten, wonach die herrschenden Politiker in erster Linie die Interessen der Reichen und Mächtigen vertreten würden.

Aufschlussreich ist in diesem Kontext auch die seit Jahren mehrheitliche Zustimmung zu der These „Es war nicht alles falsch, was wir früher in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ Diese Formulierung war schon in den ersten Befragungen nach 1990 sehr oft bei den verbalen Angaben der Panelmitglieder zu lesen; seit der 14. Welle wurde sie deshalb als Fragestellung vorgegeben, um ihre Verbreitung genauer quantifizieren zu können:

Tabelle 4.4: Zustimmung zur These „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“

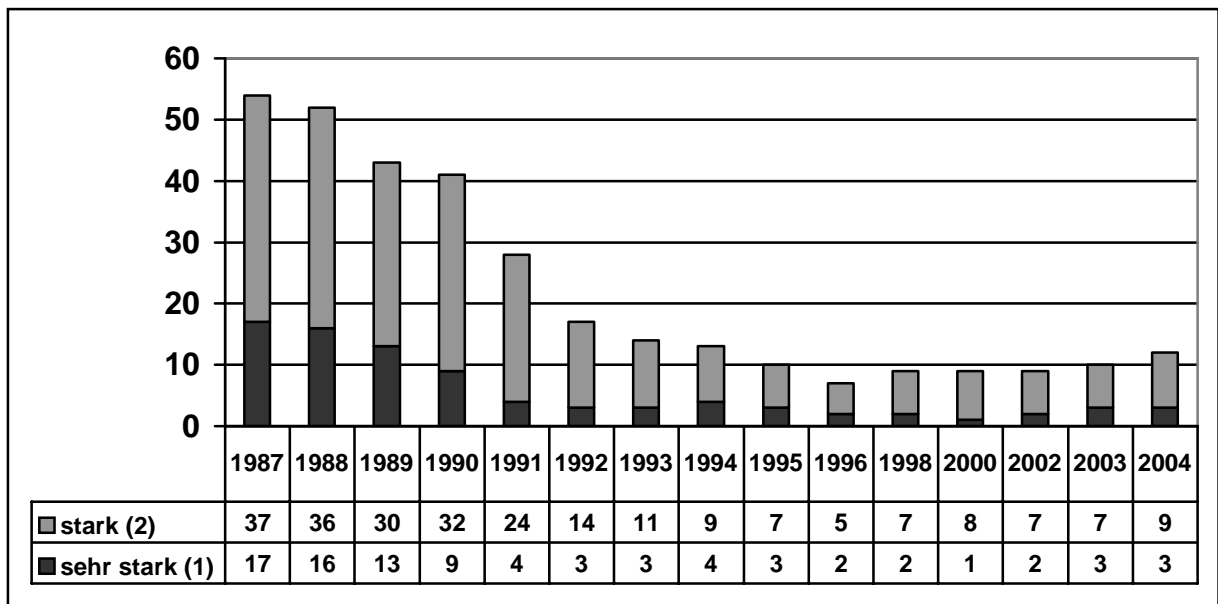
	Das entspricht meiner Meinung						
	1	2	(1+2)	3	4	5	X
2000	38	35	(73)	19	6	2	2,00
2002	38	35	(73)	20	6	1	1,97
2003	41	33	(74)	18	5	3	1,97
2004	40	35	(75)	19	5	1	1,91
2004							
<i>Urteil über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung:</i>							
mehr positive Veränderungen	36	26	(62)	25	10	3	2,16
positive und negative	38	38	(76)	20	4	0	1,91
mehr negative	57	31	(88)	11	0	1	1,58
<i>persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem:</i>							
positive	28	38	(66)	22	10	2	2,20
sowohl positive als auch negative	42	34	(76)	20	4	0	1,86
negative	74	22	(96)	4	0	0	1,30

Rund drei Viertel stimmen der These mit hoher Konstanz zu, nur eine Minderheit lehnt sie ab. Deutlich differenzierend wirken die Beobachtungen und Urteile über die Veränderungen im Osten bzw. die persönlichen Erfahrungen, die die Panelmitglieder bisher mit dem jetzigen Gesellschaftssystem gemacht haben: Negative Beobachtungen und Erfahrungen bestärken in der Auffassung, dass nicht alles falsch gewesen sei, was früher über den Kapitalismus gelernt wurde.

4.3 Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null

Ein weiterer Beleg für die anhaltende kritische Haltung gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem ist der gravierende Rückgang der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Dazu liegen im Rahmen einer umfangreichen Batterie von Lebenszielen Daten seit 1987 vor:

Abbildung 4.7: Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2004.
Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)

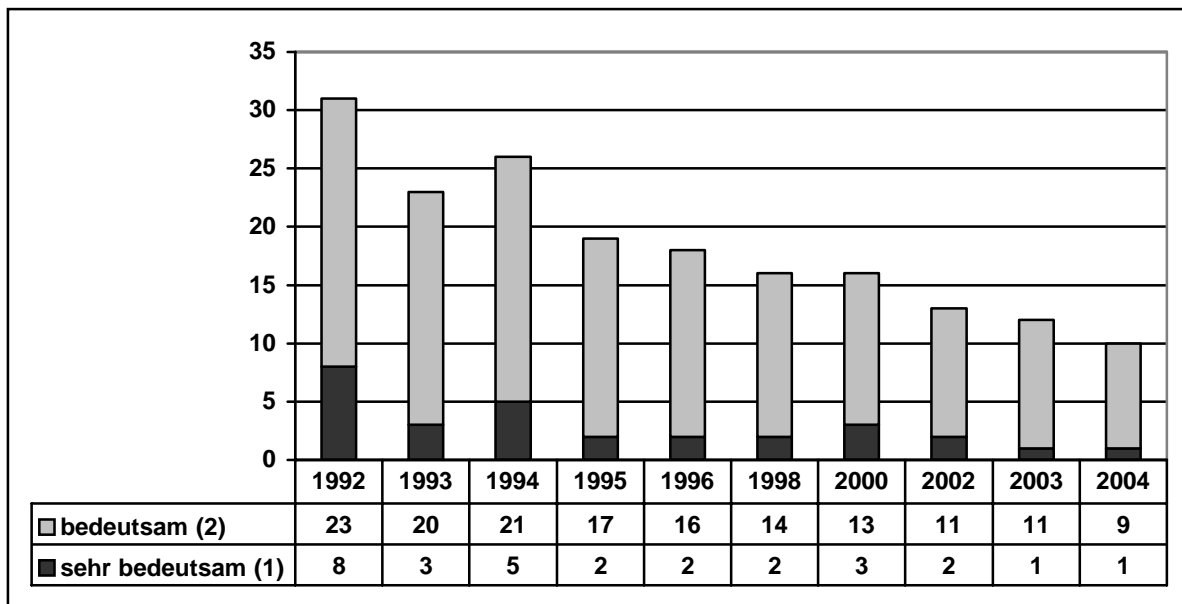


Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „aktiv am politischen Leben teilnehmen“?
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen, Widerspiegelung der sich seit Mitte der 80er Jahre verstärkenden Enttäuschung von der Herrschaft der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der Wende (genauer ab 1991, im Frühjahr 1990 wollten immerhin noch 41% sich aktiv politisch betätigen) weiter gegangen ist, sich sogar absturztartig verstärkt hat. Diese Tatsache kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und der Verweigerung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden.

Diese Enttäuschung äußert sich auch in dem klaren Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 4.8: Lebensorientierung „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 bis 2004. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)



Die Trendrichtung ist sehr ähnlich: Der Anteil der Panelmitglieder, die zur „Elite“ der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig. Wollten 1992 immerhin noch 31% in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2004 auf 10% (weiblich: 6%), d. h. auf rund ein Drittel davon zurück - ebenfalls ein Indiz für die zunehmende Distanzierung. Hintergrund ist sehr wahrscheinlich u. a. die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder überhaupt keine Chancen zu haben, in die nach wie vor ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft.

4.4 Nur eine Minderheit glaubt an die Zukunftsfähigkeit des gegenwärtigen Kapitalismus!

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 4.5: Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“</i>							
2000	1	9	(10)	30	32	28	(60)
2001	1	5	(6)	28	32	34	(66)
2002	0	5	(5)	28	34	33	(67)
2003	1	3	(4)	26	34	36	(70)
2004	0	2	(2)	17	38	43	(81)
männlich	0	3	(3)	23	36	38	(74)
weiblich	0	1	(1)	13	39	47	(86!)

„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“

2000	0	7	(7)	33	29	31	(60)
2001	1	14	(15)	38	26	21	(47)
2002	1	6	(7)	31	32	30	(62)
2003	1	5	(6)	32	28	34	(62)
2004	1	5	(6)	22	30	42	(72)

„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“

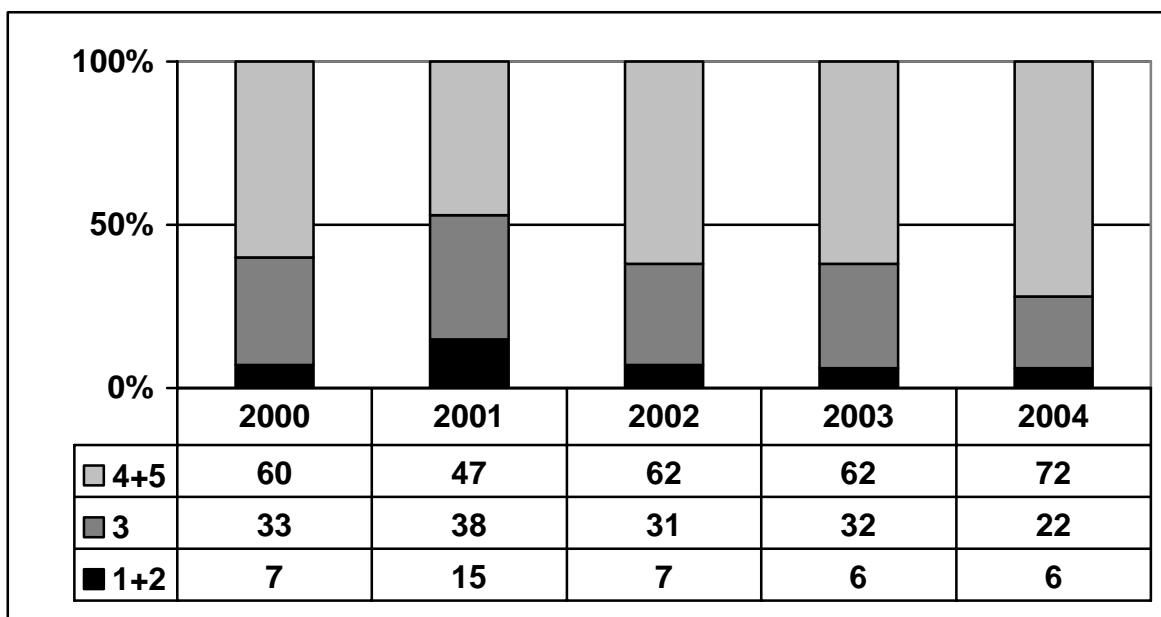
2001	3	15	(18)	43	21	18	(39)
2002	1	11	(12)	38	25	25	(50)
2003	1	10	(11)	32	27	30	(57)
2004	1	8	(9)	30	24	37	(61)
männlich	2	9	(11)	36	16	37	(53)
weiblich	1	6	(7)	24	31	38	(69!)

Fast unverändert glaubt 2004 nur eine Minderheit der Panelmitglieder daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, die meisten (70%) zweifeln daran, von den jungen Frauen mehr als von den jungen Männern.

Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, stieg zwar Ende 2001 (nach den Ereignissen vom 11. September) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt 2004 ebenfalls eine Minderheit.

Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge, haben im Frühjahr 2004 nur noch halb so viele wie 2000: 9%; 61% erhoffen das Gegenteil, 30% äußern sich ambivalent. Nur eine (abnehmende) Minderheit betrachtet offensichtlich das jetzige System als das „Ende der Geschichte“. Dieser Abbau auf sehr niedrigem Niveau ist u. a. mit auf die Zunahme der Ängste vor weiteren Reformen der Regierung zurückzuführen, aber auch auf solche negativen Erfahrungen mit dem System wie die zunehmende Massenarbeitslosigkeit.

Abbildung 4.9: Ausprägung der Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge, im Trend 2000 bis 2004



Fragetext: „Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Die Abbildung veranschaulicht noch einmal die erhebliche Abnahme der Hoffnung, dass das jetzige System für immer erhalten bleiben möge bzw. die Zunahme der gegenteiligen Haltung.

Generell lassen besonders diese Ergebnisse auf eine tief verinnerlichte kritische Grundhaltung gegenüber dem kapitalistischen System schließen, deren Quellen vermutlich weit in die zu DDR-Zeiten erfahrene gesellschaftliche Sozialisation zurückreichen.

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem äußert sich nicht zuletzt in weit verbreiteten Zweifeln daran, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben:

Tabelle 4.7: Erfahrung, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben, im Trend 1998 bis 2004

„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie in einer menschlichen Gesellschaft leben?“

Jahr	ja	nein	schwer zu sagen
1998	30	36	34
2000	37	37	26
2002	34	36	30
2003	38	34	28
2004	31	43	26

Ein knappes Drittel (31%) meint 2004, diese Erfahrung gemacht zu haben, deutlich mehr (43%) verneinen dies, 26% weichen einer Antwort aus. Die Quote der kritischen Antworten liegt damit noch unter der von 1998, am Ende der Regierung Kohl.

4.5 Kritik an der rot-grünen Regierungskoalition nimmt deutlich zu

Seit dem Jahr 2000, d. h. nach dem Regierungswechsel von 1998, äußerten sich die Panelmitglieder dazu, welchen Einfluss die Politik der Bundesregierung auf ihr Leben hat. Dabei gaben sie 2000 eine Prognose in dieser Hinsicht ab, 2002, 2003 und 2004 beurteilten sie die geleistete Arbeit:

Tabelle 4.8: Urteile der Panelmitglieder über den Einfluss der Politik der Bundesregierung auf ihr Leben
 2000: „Welchen Einfluss wird die Politik der Bundesregierung auf Ihr Leben haben? Diese Politik wird mein Leben...
 2002, 2003, 2004: „Welchen Einfluss hatte die Politik der Bundesregierung auf Ihr Leben? Diese Politik hat mein Leben ...
 1 eher verbessern /eher verbessert
 2 weder verbessern noch verschlechtern / weder verbessert noch verschlechtert
 3 eher verschlechtern/eher verschlechtert
 0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	3	0
2000	5	42	33	20
2002	8	50	29	13
2003	8	53	28	11

2004 7 43 40 10

Lediglich 5% erwarteten 2000 von der rot-grünen Regierungskoalition eine Verbesserung ihres Lebens, aber 33% eine Verschlechterung. Die meisten vermuteten, dass sich nichts ändern wird. 2002 und 2003 hat sich an diesen Relationen nur wenig geändert. Im Frühjahr 2004 sind jedoch erhebliche Veränderungen zu erkennen: 40% äußern jetzt, dass die Regierungspolitik sich negativ auf ihr Leben ausgewirkt hat, der Anteil derer, die weder positive noch negative Veränderungen erlebt haben, ging dafür auf 43% 2004 zurück. Das muss nicht kommentiert werden.

4.6. Fortschritt oder Rückschritt?

Skepsis bzw. Kritik gegenüber dem Gesellschaftssystem widerspiegeln sich nicht zuletzt im Urteil der Panelmitglieder darüber, ob es sich bei den Veränderungen seit der Wende grundsätzlich eher um einen Fortschritt oder eher um einen Rückschritt handelt. Dazu liegen Trenddaten seit 1996 vor:

Tabelle 4.7: Fortschritt oder Rückschritt?

„Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“

- 1 eher als Fortschritt
- 2 eher als Rückschritt
- 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
- 0 Das ist schwer zu sagen.

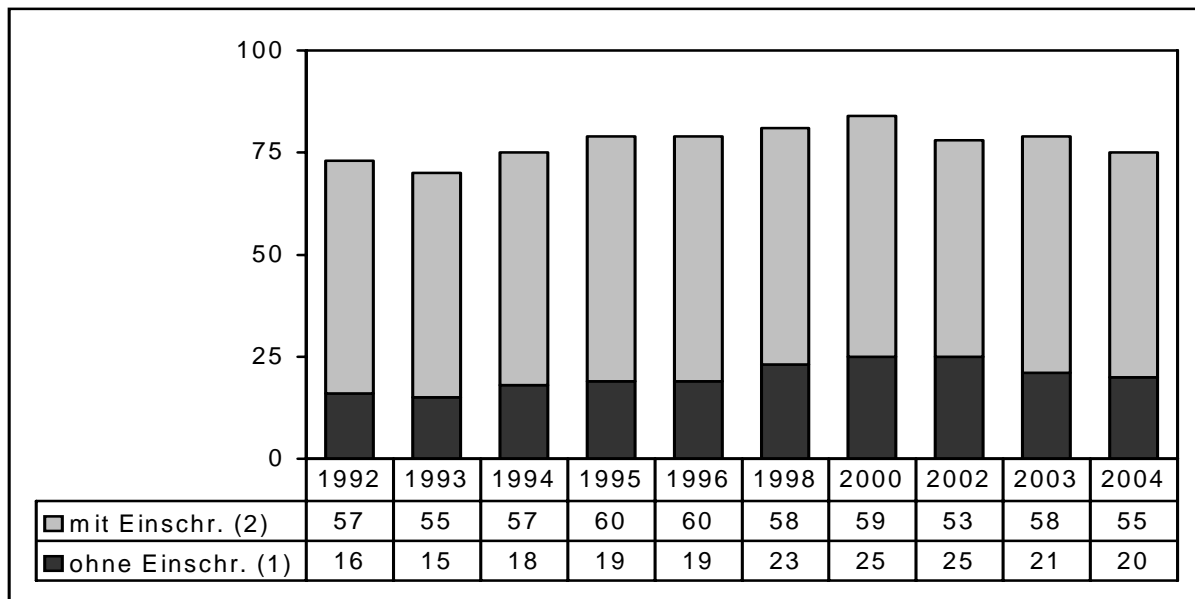
	1	2	3	0
1996	42	9	45	4
1998	40	10	45	5
2000	44	9	44	3
2002	39	11	48	2
2003	38	11	48	3
2004	30	17	51	2

Nach 1996 ist der Anteil derer, die die Entwicklungen in Ostdeutschland als Fortschritt betrachten, signifikant von 42% auf 30% zurückgegangen (auch hier mit Ausnahme des Jahres 2000). Dafür hat sich die Quote jener von 9% auf 17% etwa verdoppelt, die sie für einen Rückschritt halten sowie derer leicht erhöht, die sich ambivalent äußern. Vor allem bei den jungen Frauen hat die kritische Beurteilung deutlich zugenommen.

4.7 Dennoch finden sich die meisten in der neuen Gesellschaft zurecht

Die bestehende Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem hindert die meisten dieser jungen Ostdeutschen jedoch keineswegs daran, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden:

Abbildung 4.10: Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft im Trend 1992 bis 2004. Anteile der Panelmitglieder, die einschränkungslos (1) bzw. mit Einschränkungen (2) zustimmen, sich zurechtzufinden



Fragetext: „Wie kommen Sie - alles in allem - mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?“
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Nur wenige Teilnehmer haben größere Schwierigkeiten, die „Spielregeln“ des jetzigen Systems zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Im Jahr 2000 traf das für 84% zu, darunter 25% ohne Einschränkung. Seitdem ist allerdings auch in dieser Hinsicht eine signifikante rückläufige Tendenz zu beobachten.

5. Das ohnehin geringe Vertrauen zu den demokratischen Parteien stürzt weiter ab

Als ein wesentliches Kriterium der Identifikation mit dem gegenwärtigen System wurde bereits von 1991 an die Haltung der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien erfasst. Obwohl diese Studie sich ausdrücklich nicht als Parteienforschung versteht, sind durch diese Längsschnittanalysen interessante Einblicke und Erkenntnisse entstanden, auf die wir hier nur in gekürzter Form eingehen können.

Die gesellschaftskritische Haltung der Panelmitglieder äußert sich sehr drastisch in ihrer Distanz gegenüber den politischen Parteien. Wir informieren zunächst über die im Frühjahr 2004 ermittelten Vertrauensquoten:

Tabelle 5.1: Ausprägung des Vertrauens zu den Parteien 2004

	„Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“				
	1 sehr großes	2 großes	3 geringes	4 überhaupt keins	
	1	2	(1+2)	3	4
CDU/CSU	1	14	(15)	48	37
SPD	0	8	(8)	52	40
PDS	1	9	(10)	40	50

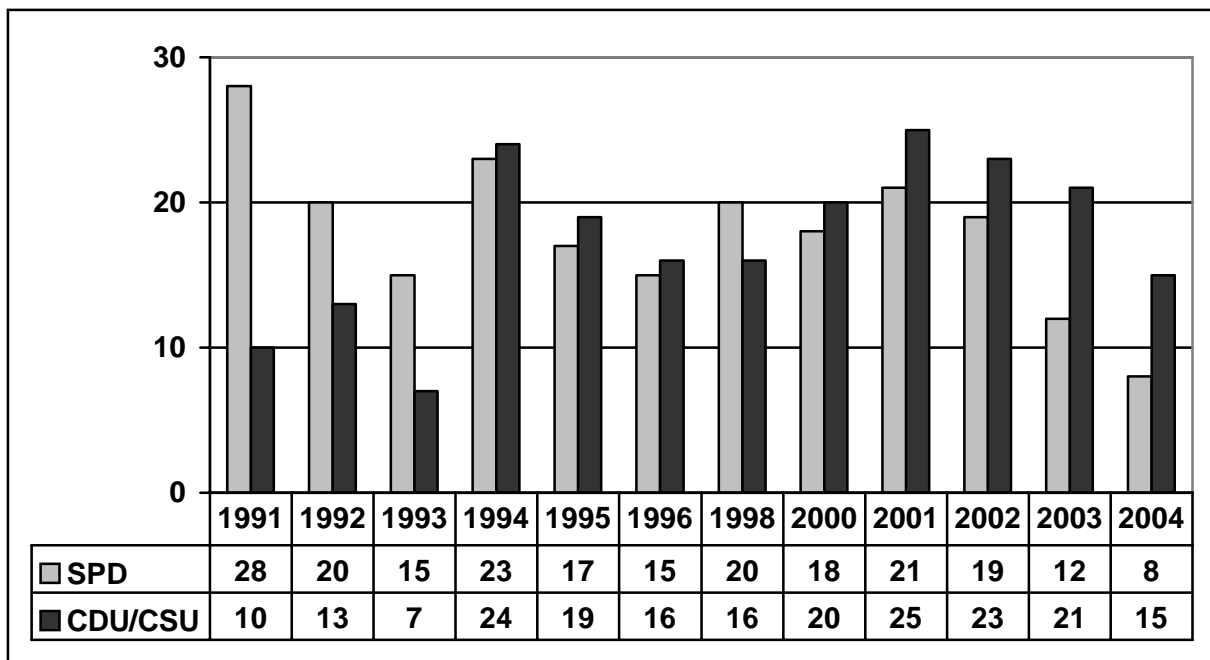
FDP	1	6	(7)	43	50
Bündnis 90/Die Grünen	1	7	(8)	39	53

Republikaner oder andere rechte Parteien	0	2	(2)	12	86

Diese Daten müssen nicht kommentiert werden, im Grunde genommen sind die Vertrauensquoten allesamt unerheblich und widerspiegeln drastisch eine sehr schwache Vertrauensbasis. Aufschlussreicher ist eine Trendanalyse, bei der wir uns hier auf die Angaben zur SPD, zu CDU/CSU und zu den Grünen/Bündnis 90 beschränken.

Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden drei weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP (und Republikaner). Aus den Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die Unionsparteien CDU/CSU und für die SPD:

Abbildung 5.1 :Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2004 (Ap 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Die höchste Quote derer, die Vertrauen äußern , beträgt 1991 28% in Bezug auf die SPD (darunter sehr großes Vertrauen: 6%).

Bemerkenswert und unübersehbar ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 24% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 fast kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Dieser erhebliche Vertrauensverlust (auf einem niedrigen Niveau) ging zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System. Nach dem Regierungswechsel 1998 stiegen die Vertrauensquoten gegenüber

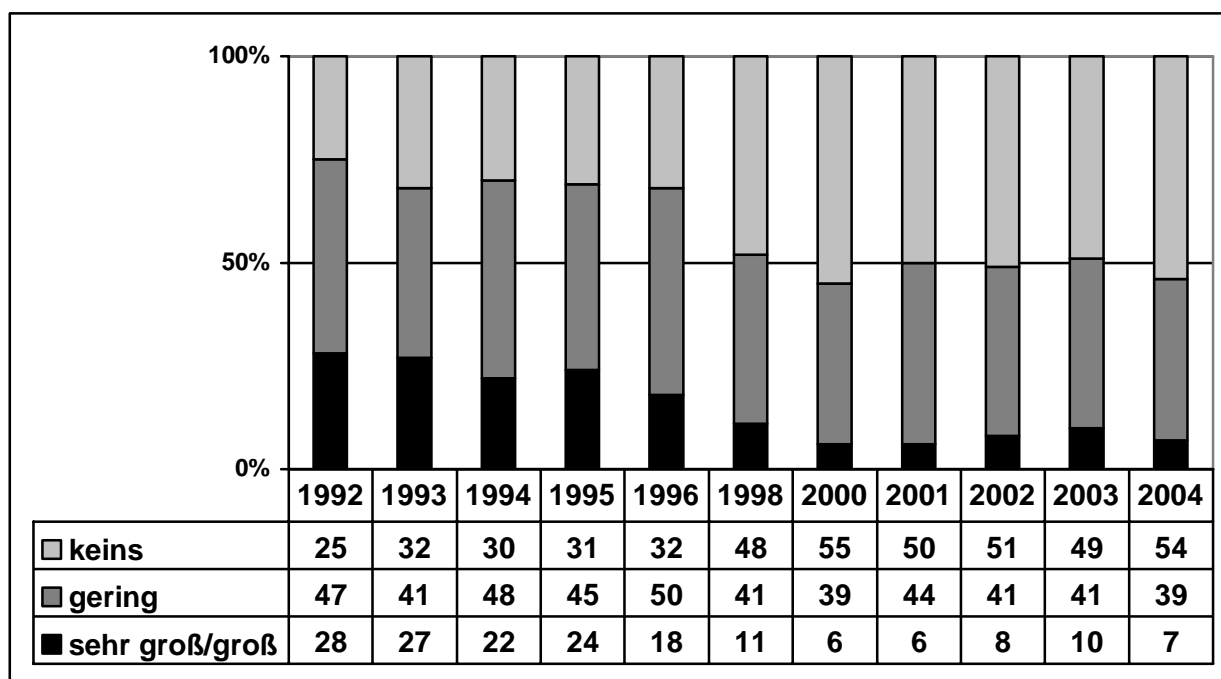
CDU/CSU (hier ablesbar an den Daten ab 2000) zunächst leicht an, um dann erneut signifikant zurückzugehen.

Auch die Vertrauensquoten gegenüber der SPD gehen nach dem ersten Absturz zwischen 1991 und 1993 im Jahr 2001 erneut deutlich zurück, deutlicher sogar als hinsichtlich CDU/CSU. Mit dem starken Vertrauensverlust gegenüber der SPD korreliert wiederum der oben erwähnte Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System.

Wesentlich ist, dass zwischen 2003 und 2004 bei beiden Parteien der Anteil derer deutlich zugenommen hat, die überhaupt kein Vertrauen zu ihnen haben: Bei der CDU von 28% auf 37%, bei der SPD von 33% auf 40%, der höchste Anteil bisher überhaupt seit Beginn dieser Analysen. Zumindest in Bezug auf das Vertrauen haben die Unionsparteien offensichtlich nicht vom Vertrauensverlust gegenüber der SPD profitieren können.

Auch den anderen demokratischen Parteien ist es in den 90er Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen. Besonders auffällig ist vor allem der Absturz des Vertrauens gegenüber Bündnis 90/Grüne:

Abbildung 5.2 : Entwicklung des Vertrauens gegenüber Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2004



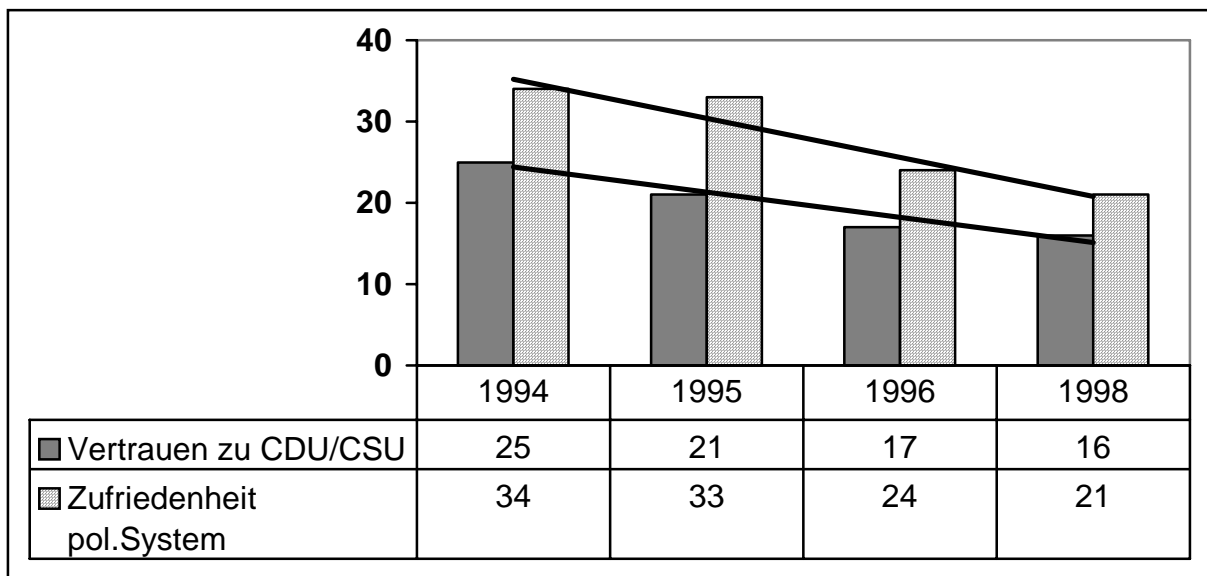
Ein sehr aussagekräftiger Trend: Zwischen 1992 und 2004 verringerte sich der Anteil der Panelmitglieder, die sehr großes oder großes Vertrauen äußerten, auf ein Viertel: von 28% auf 7%. Demgegenüber verdoppelte sich die Quote jener, die überhaupt kein Vertrauen besitzen: von 25% auf 54%. Besonders hoch ist diese Quote seit der Bildung der rot-grünen Regierungskoalition (hier ab 2000).

(Die Trends des Vertrauens zu PDS, FDP und zu den Republikanern bzw. anderen rechten Parteien sind in der Langfassung dieser Erstinformation zu finden (S. 64 ff.). Die Angaben zum Vertrauen gegenüber Letzteren über 12 Jahre hinweg lassen erkennen, dass die Vertrauensquoten der 31-Jährigen gegenüber rechten Parteien minimal und dazu rückläufig sind. Für einen Rechtsruck gibt es keine Belege.)

Korrelationen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie), mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht.

So zeigte sich zwischen 1994 und 1998, dass mit abnehmendem Vertrauen zu CDU/CSU auch die Zufriedenheit mit dem politischen System zurückgegangen war.

Abbildung 5.3: Entwicklung des Vertrauens gegenüber CDU/CSU und der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998, im Zusammenhang betrachtet (die Ap 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



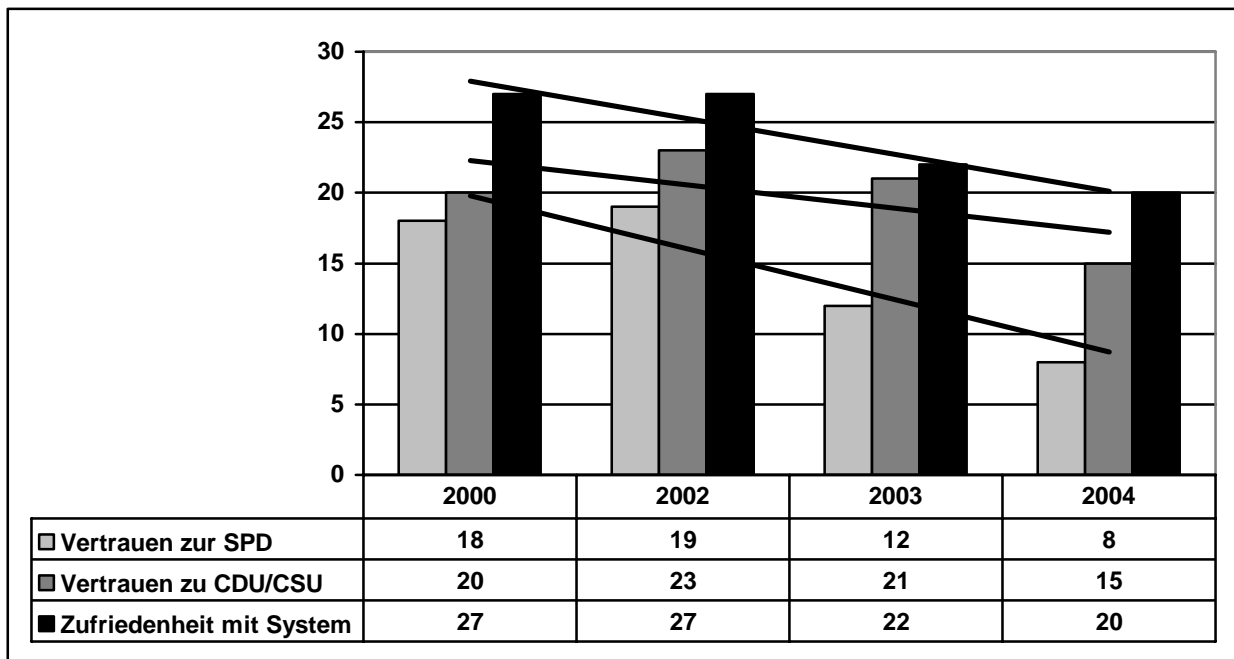
(Die Prozentwerte beziehen sich auf die 1998 berechneten Daten; vgl. Förster 2002, S. 98)

Fragetexte: Inwieweit haben Sie Vertrauen zur CDU/CSU?
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt kein

Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System?
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Ein ähnlicher Prozess ist nach 2000 (d. h. nach dem Regierungswechsel) zu beobachten, jetzt in Bezug auf die SPD, zugleich aber auch in Bezug auf die Unionsparteien:

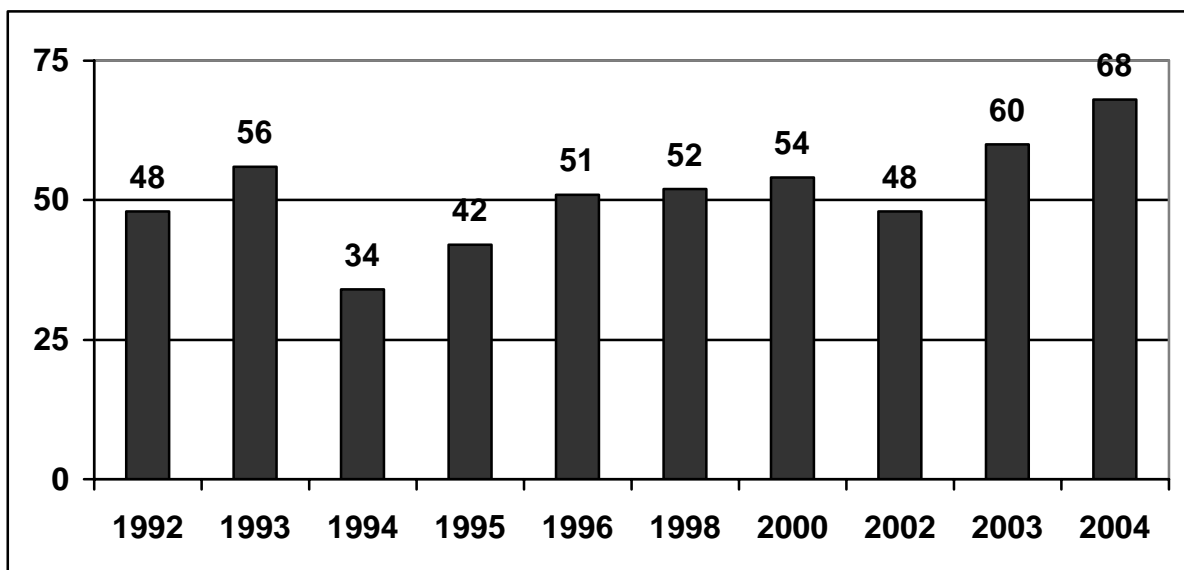
Abbildung 5.4: Entwicklung des Vertrauens gegenüber der SPD bzw. den Unionsparteien und der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 2000 und 2004, im Zusammenhang betrachtet (die Ap 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



Wieder ist der synchron verlaufende Trend gut erkennbar. Bedingte Längsschnittkorrelationen bestätigen diese Zusammenhänge, wir können hier nicht ausführlicher darauf eingehen.

Aus dieser Sicht ist von erheblicher Bedeutung, dass in den vergangenen 12 Jahren der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben, zugenommen hat:

Abbildung 5.5: Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien (SPD, CDU/CSU, PDS, FDP, B90/Grüne) sehr großes (AP 1) oder großes (AP 2) haben, im Trend 1992 bis 2004



Schon 1992 und 1993 war dieser Anteil sehr hoch, ging jedoch ab 1994 (Bundestagswahlen)

wieder deutlich zurück, um danach wieder fast kontinuierlich anzusteigen auf 68% im Jahre 2004, die bisher höchste Quote seit 1992. Für die Politik sollte diese Entwicklung wohl ein Alarmsignal sein.

Seit 1993 wird auch erfasst, von welcher Partei die Panelmitglieder sich „am besten vertreten fühlen“ (es wurde also keine „Sonntagsfrage“ gestellt). Anders als bei der Vertrauensfrage wählen sie dabei nur eine Partei aus:

Tabelle 5.2: Häufigkeit der Nennung der Parteien als Interessenvertreter 2004
„Und von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“ (ohne 7 „eine andere“)

	1	2	3	4	5	6	0
	1 SPD 2 CDU/CSU 3 Republikaner oder andere rechte Partei 4 Bündnis 90/Grüne 5 PDS 6 FDP 7 eine andere 0 keine						
Ges.	7	16	2	5	10	5	55
<i>Geschlechtergruppen:</i>							
m	8	21	5	6	9	6	45
w	6	12	0	5	10	4	63
<i>Wohnregion (ohne Ausland):</i>							
NBL	7	18	2	3	11	4	55
ABL	7	11	2	11	5	10	54
<i>Links-Rechts-Einordnung (ohne Position „weiß nicht“):</i>							
Links	17	8	0	14	26	2	33
weder-							
noch	4	17	0	3	4	7	65
Rechts	0	29	17	0	4	4	46

In einigen Untergruppen bestehen mehr oder weniger deutliche Unterschiede: Die männlichen Panelmitglieder sehen sich häufiger von CDU/CSU vertreten als die weiblichen, Letztere meinen dafür erheblich häufiger, von keiner Partei vertreten zu werden.

Die Panelmitglieder, die im Osten leben, präferieren etwas häufiger die CDU/CSU und die PDS als die im Westen (ohne jene, die im Ausland leben).

Weitaus stärker differenziert die weltanschauliche Position: Während Linksorientierte sich häufiger von SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS vertreten fühlen, äußern dies Rechtsorientierte häufiger in Bezug auf CDU/CSU und Republikaner oder andere rechte Parteien. Von Letzteren geben auch deutlich mehr an, sich von keiner Partei vertreten zu fühlen (46% zu 33%). Von der größten Gruppe, den Unentschiedenen nennen in diesem Zusammenhang die meisten keine Partei (65%), 17% die CDU/CSU.

Dazu liegen ebenfalls Zeitreihen seit 1993 vor:

Tabelle 5.3: Präferenz der Parteien als Interessenvertreter im Trend 1993 bis 2004
 „Von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“ (Spaltenprozenzte)

	93	94	95	96	98	00	02	03	04
CDU/CSU	7	19	19	15	12	20	20	19	16
SPD	9	13	9	11	17	13	13	12	7
PDS	6	17	14	9	11	10	11	8	10
B90/Grüne	15	10	8	10	5	3	3	6	5
FDP	5	2	1	2	2	3	4	5	5
Republikaner	5	4	2	3	2	2	2	2	2
von einer anderen	1	2	0	0	1	2	4*)	0	0
von keiner	52	33	47	50	50	47	43	48	55

*) 2002: Schillpartei

Diese Angaben können hier nicht ausführlich interpretiert werden. Auffällig ist aber, dass ab 2000 bis 2003 bei CDU/CSU sich ein leicht zunehmender Trend andeutet, bei SPD dagegen ein negativer. Auffällig ist auch der markante Negativtrend bei B90/Grüne bis 2002, der 2003 gestoppt scheint. Bemerkenswert ist durchgehend (mit Ausnahme im Wahljahr 1994) der sehr hohe Anteil derer, die sich von keiner Partei vertreten fühlen.

Nach wie vor unterliegen diese Präferenzen starken Veränderungen, selbst von einem Jahr zu anderen wie zuletzt zwischen 2003 und 2004:

Tabelle 5.4: Längsschnittkorrelation zwischen den Angaben der Panelmitglieder zu der Partei, die ihre Interessen am besten vertritt, 2003 und 2004. Absolute Werte
 „Von welcher dieser Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“
 (die Zahlen sind von links nach rechts zu lesen)

		<u>2004</u>								
		von keiner	SPD	CDU/CSU	Rep.	B90/Gr.	PDS	FDP	andere	n
<u>2003</u>										
von keiner	156	4	9	3	5	10	4	1	192	
SPD	21	18	4	1	2	2	0	0	48	
CDU/CSU	22	3	45	1	0	0	5	0	76	
Republikaner	3	0	1	5	0	0	0	0	9	
B90/Grüne	8	0	0	0	15	0	0	0	23	
PDS	5	1	0	0	0	24	0	0	30	
FDP	4	0	5	0	0	0	11	0	20	
andere	1	0	0	0	0	0	0	0	1	
		220	26	64	10	22	36	20	1	<u>399</u>

Insgesamt nennen nur 118 Panelmitglieder gleich 30% 2004 wieder dieselbe Partei als Interessenvertreter wie 2003! Gehen wir bis in das Jahr 1993 (9. Welle) zurück, dann verringert sich dieser Anteil auf 15%!

Selbst ein Vergleich zwischen den anderen zeitlich aufeinander folgenden Wellen (9. zur 10., 10. zur 11. usw.) fördert nur geringe Quoten konstanter Nennungen der Parteien zu Tage. Nach wie vor bestehen fast keine feste Bindungen an die Parteien. Stark beeinflusst wird dieser Prozess durch die außerordentlich kritische Sicht auf die heute herrschende politische Klasse, die im Hinblick auf Moral und Ehrlichkeit mehrheitlich auf eine Stufe mit den Politikern in der DDR gestellt wird (s. u.).

6. Good bye Lenin bedeutet nicht good bye DDR!

Die Beziehungen der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR stehen von der ersten Welle nach der Wende an im Mittelpunkt dieser Studie. Inzwischen liegt eine Fülle von Ergebnissen vor, die im Rahmen dieser Erstinformation nur angedeutet werden können. Sie dokumentieren, dass auch bei den 31-Jährigen der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger komplizierter verläuft, als dies unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erwartet wurde.

6.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

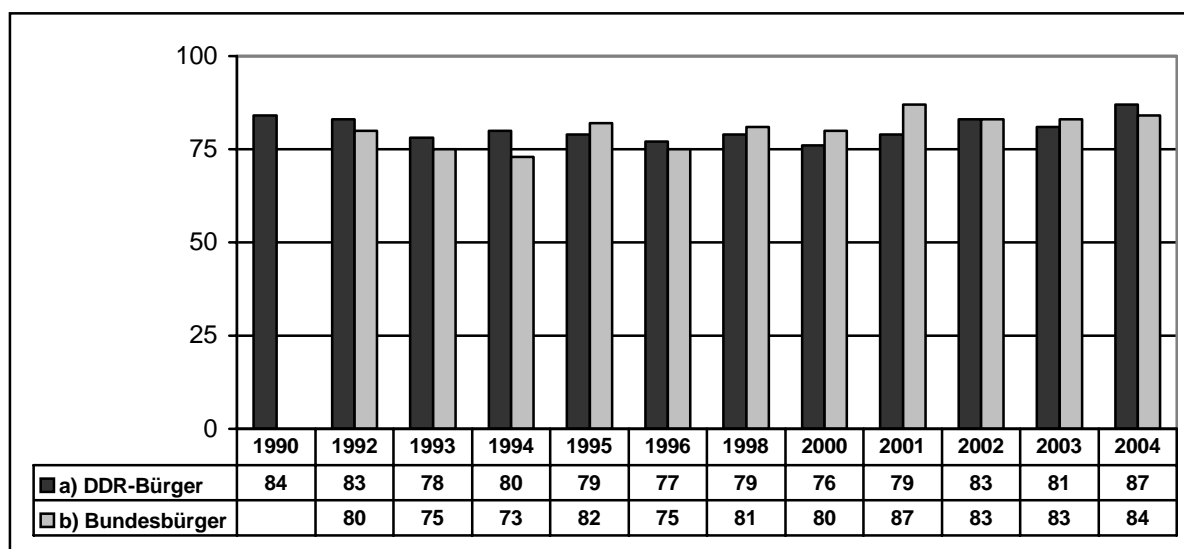
Die Unzufriedenheit des größten Teils der Panelmitglieder mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld äußert sich auf spezifische Weise im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich noch immer als ein unerwartet langwieriger Prozess erweist:

Abbildung 6.1: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2004. Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Verbundenheit

„Als was fühlen Sie sich?“

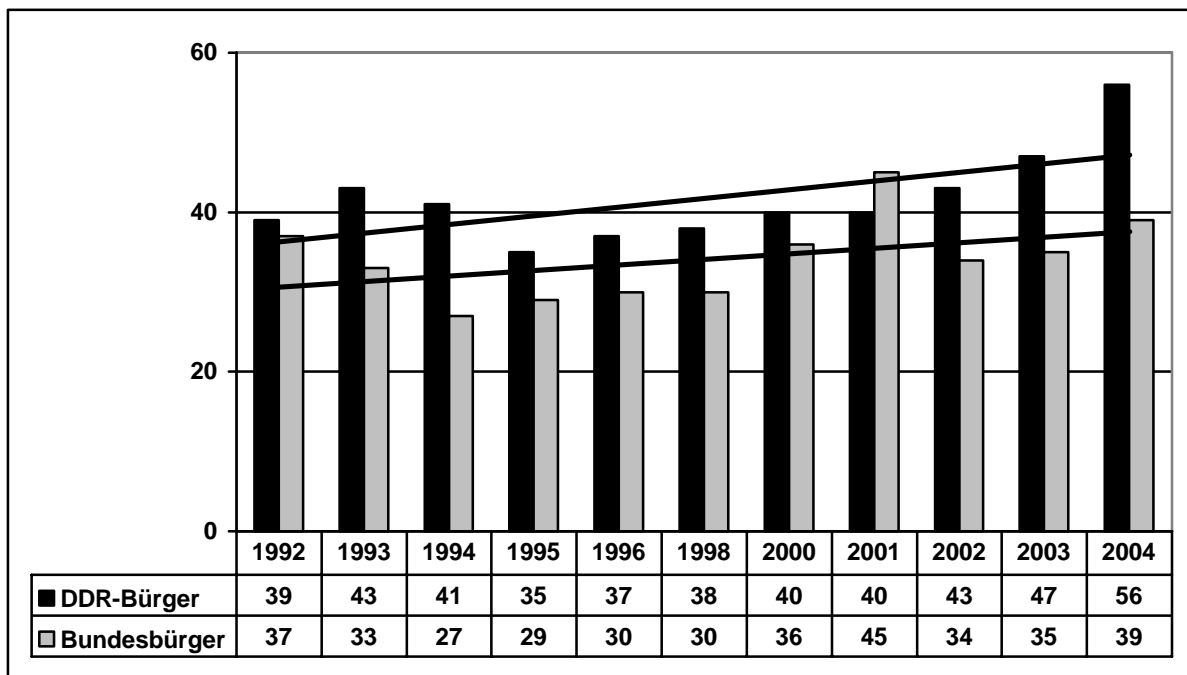
a) als Bürger der ehemaligen DDR
b) als Bürger der Bundesrepublik Deutschland

1 vollkommen 2 etwas schon 3 eigentlich nicht 4 überhaupt nicht



Die Verbundenheit mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2004 nicht verstärkt. Lediglich Ende 2001/Anfang 2002, d.h. kurz nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwunden ist. Andererseits ist die Verbundenheit mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. Im Jahr 2004 stimmen zwar die Prozentverteilungen bei Zusammenfassung der Antwortpositionen 1 und 2 nahezu überein, einschränkungslos identifizieren sich jedoch signifikant mehr TeilnehmerInnen der Studie mit der DDR als mit der BRD: 56% gegenüber 39%! Diese bemerkenswerte Erscheinung war auch – mit einer Ausnahme 2001 – in allen vorhergehenden Jahren zu beobachten:

Abbildung 6.2: Ausprägung einschränkungsloser Identifikation (AP 1) mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1992 und 2004



Die Prozentquoten der Panelmitglieder mit einer einschränkungslosen Identifikation mit der DDR sind nach dem Rückgang im Jahre 1995 auf 35% danach wieder kontinuierlich auf 56% angewachsen.

Eine Kopplung beider Angaben (die Antwortskala wurde dafür dichotomisiert) ergibt im Jahr 2004: bei 72% (2003: 68%) der Panelmitglieder ist eine „Doppelidentität“ zu beobachten. Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufzugeben zu haben; 12% (2003: 14%) fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; 14% haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch vorwiegend als DDR-Bürger. Die restlichen 2% fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Das Zugehörigkeitsgefühl zu der vor 14 Jahren untergegangenen DDR wurde auch von diesen jungen Menschen nicht als Ballast abgeworfen. Ausdrücklich betont sei, dass es sich dabei nicht um politische Bindungen an die untergegangene DDR handelt. Großes Gewicht haben dabei vielmehr tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit und Jugend, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen.

Vor allem die Erinnerungen an die damals erfahrene Sozialpolitik, insbesondere die soziale Sicherheit, spielen bis in die Gegenwart eine große Rolle, wir kommen darauf zurück. Diese und weitere Ergebnisse verweisen darauf, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien Verbundenheit mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird.

Darauf lässt auch schließen, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik noch immer sehr schwach ausgeprägt ist:

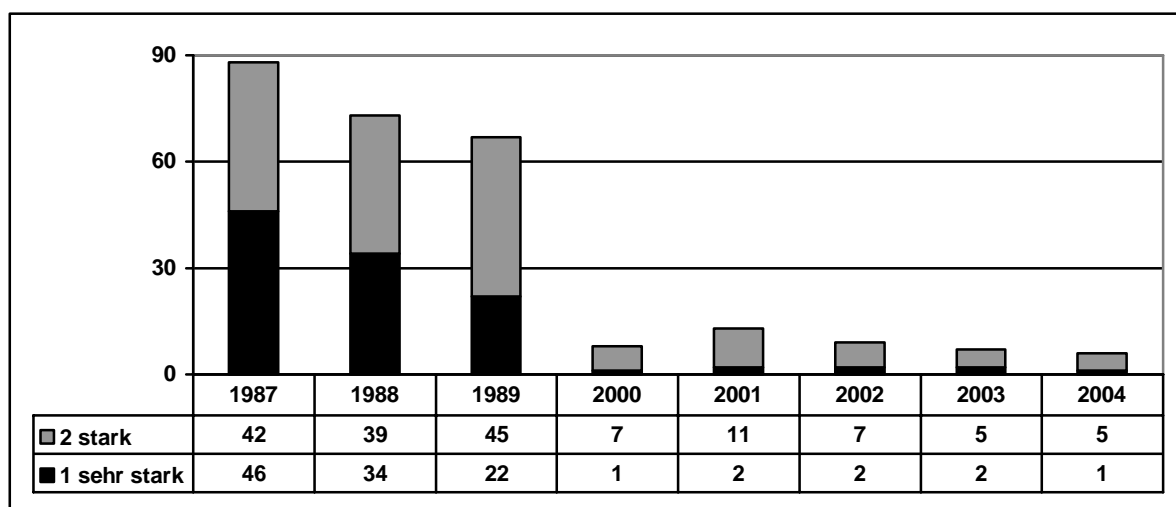
Tabelle 6.1: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik
 „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2000	1	7	(8)	22	38	32
2001	2	11	(13)	31	35	21
2002	2	7	(9)	27	34	30
2003	2	5	(7)	29	31	33
2004	1	5	(6)	21	33	40
lebt im Osten	1	3	(4)	19	33	44
lebt im Westen	1	8	(9)	29	34	28

Eine Minderheit von 6% fühlt sich im Jahr 2004 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, von den jungen Frauen tendenziell weniger als von den jungen Männern. Erwähnenswert ist, dass sich die Panelmitglieder signifikant ($P = .033$) in Abhängigkeit davon unterscheiden, ob sie im Osten oder im Westen leben (Erstere äußern sich häufiger stark ablehnend).

Wir stellen hier noch einmal die Trends der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR zwischen 1987 und 1989 bzw. der politischen Identifikation mit der Bundesrepublik zwischen 2000 und 2004 gegenüber:

Abbildung 6.3: Vergleich der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend (identische Population der Teilnehmer der 18. Welle)



Fragetexte:

1987 – 1989 „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“

2000 – 2004: „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik verbunden.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Offensichtlich ist aus der zwischen 1987 und 1989 deutlich zunehmenden kritischen Haltung gegenüber der DDR später keine politische Identifikation mit der Bundesrepublik hervorgegangen. Mit Ausnahme von 2004 bestehen keine signifikanten Korrelationen mit den Verteilungen von 1989 : P 2000 = .418; 2001 = .400; 2002 = .635; 2003 = .986; 2004 = .027 (sign). Auch der 2004 bestehende Zusammenhang ist zu gering, um daraus Folgerungen abzuleiten. Allerdings können wir nicht überprüfen, ob unmittelbar nach der Wende positive Korrelationen bestanden.

Die Widersprüchlichkeit im Denken der Panelmitglieder über das vereinte Deutschland zeigt sich auch in anderen Ergebnissen der Studie, z. B. in ihren Einstellungen zum eigenen Erleben der DDR und zu ihrem Untergang:

Tabelle 6.2: Einstellungen zum Erleben und zum Untergang der DDR

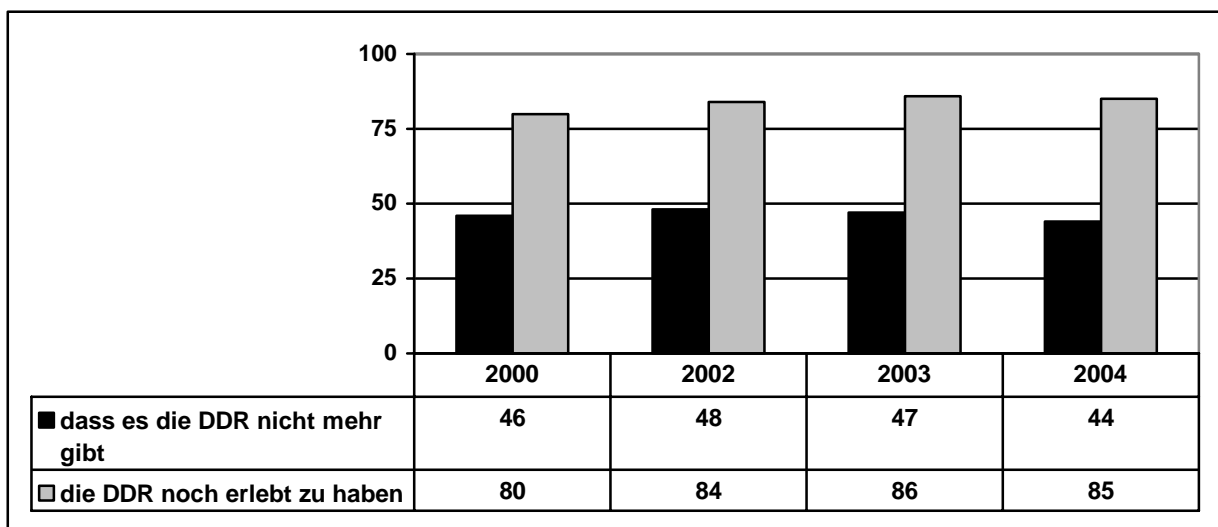
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt</i>						
2000	25	21	(46)	35	13	6
2002	22	26	(48)	33	13	6
2003	23	24	(47)	34	13	6
2004	21	23	(44)	37	12	7

Ich bin froh, die DDR noch erlebt zu haben

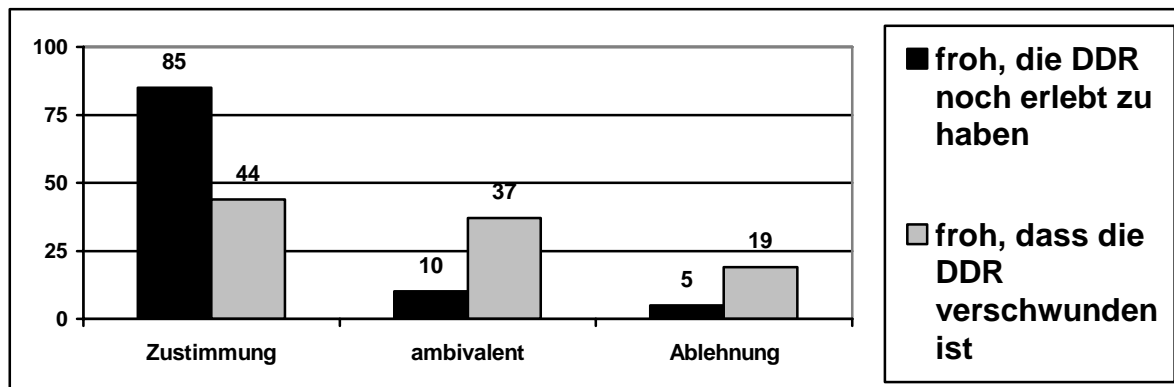
2000	53	27	(80)	14	4	2
2002	57	27	(84)	11	3	2
2003	62	24	(86)	10	2	2
2004	62	23	(85)	10	3	2

Abbildung 6.4: Anteile sehr stark bzw. stark zustimmender Panelmitglieder im Trend 2000 bis 2004



Differenzierter betrachtet stellen sich für 2004 die Relationen wie folgt dar:

Abbildung 6.5: Einstellung zum Erleben und zum Untergang der DDR 2004



Einerseits äußern 2004 44%, froh zu sein über den Untergang der DDR, darunter 21% ohne Einschränkung. 37% äußern sich ambivalent, 19% widersprechen dem. Diese Relationen haben sich seit 2000 nur unwesentlich verändert.

Andererseits äußern im Jahr 2004 85% der Panelmitglieder, froh darüber zu sein, dass sie die DDR noch erlebt haben, die meisten davon einschränkungslos. Das gilt auch für große Mehrheit (76%) derer, die froh sind über den Untergang der DDR. Der Trend seit 2000 verweist auf eine signifikante Zunahme der einschränkungslosen Ausprägung dieser Einstellung hin. Diese Angaben lassen darauf schließen, dass sehr viele dieser jungen Ostdeutschen sich noch immer positiv an sie bzw. an bestimmte Seiten des Lebens in ihr erinnern. Das gilt selbst für die überwiegende Mehrheit derer, die einschränkungslos froh sind, dass es die DDR nicht mehr gibt. Um welche Seiten es sich dabei vor allem handelt, geht aus dem Systemvergleich frühere DDR-heutige BRD hervor, auf den wir jetzt eingehen.

6.2. Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht immer besser ab

Seit 1993 nehmen die Panelmitglieder zu ausgewählten Aspekten des gesellschaftlichen Lebens einen Systemvergleich vor, der zu teilweise überraschenden Ergebnissen und Trends führt. Wir geben zunächst einen Gesamtüberblick für 2004:

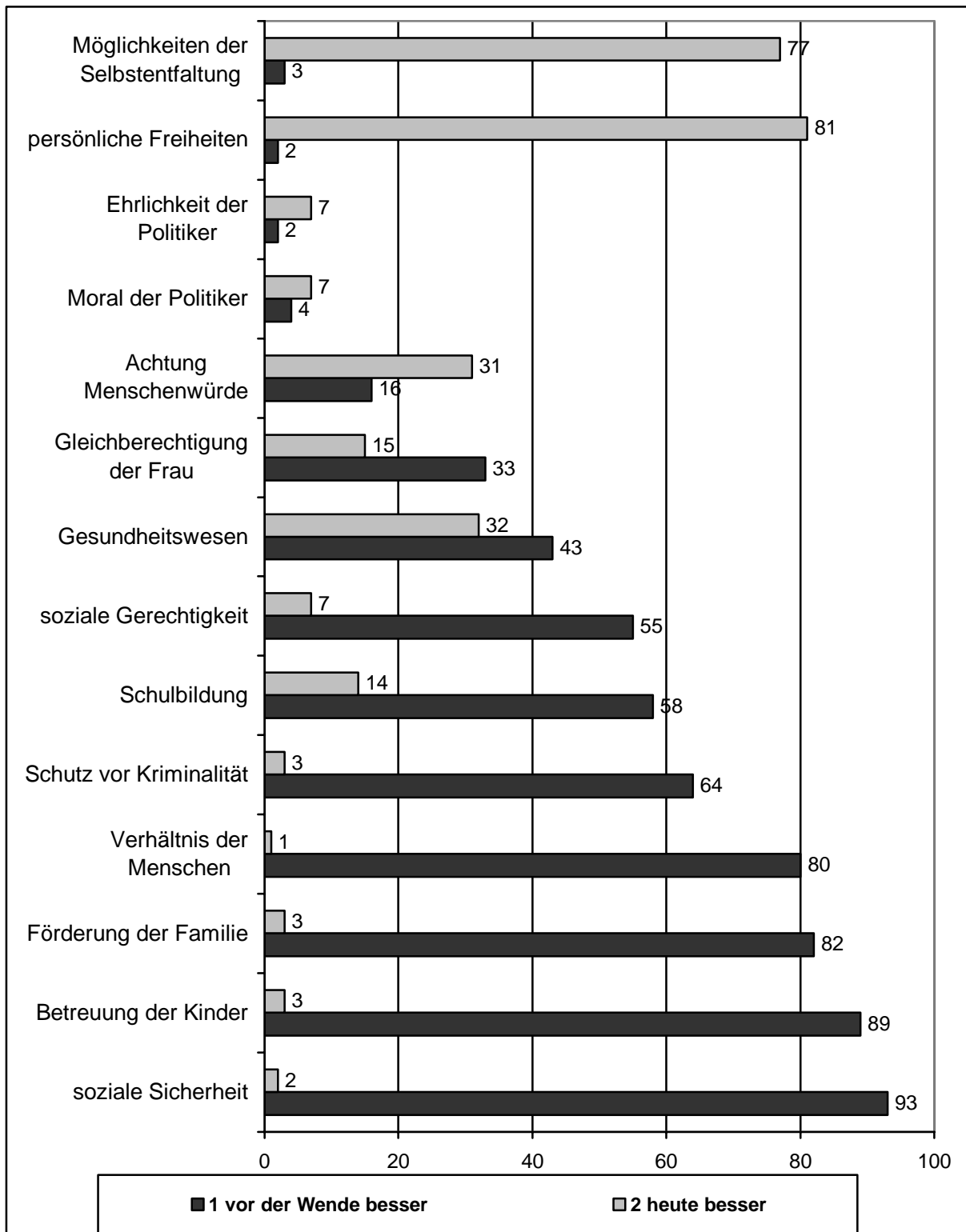
Tabelle 6.3: Systemvergleich: „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.“ (2004)

Auf diesem Gebiet ...
 1 war es vor der Wende besser
 2 ist es heute besser
 3 gibt es kaum einen Unterschied
 0 Das kann ich nicht beurteilen.

	1	2	3	0
soziale Sicherheit	93	2	3	2
Betreuung der Kinder	89	3	4	4
Verhältnis der Menschen untereinander	80	1	16	3
Förderung der Familie	82	3	6	9
Schutz gegen Kriminalität	64	3	20	13
Schulbildung	58	14	17	11
soziale Gerechtigkeit	55	7	20	18
Gleichberechtigung der Frau	33	15	37	15
Gesundheitswesen/medizinische Betreuung	43	32	16	9
Achtung der Menschenwürde	16	31	40	13
Moral der herrschenden Politiker	4	7	77	12
Ehrlichkeit der herrschenden Politiker gegenüber den Bürgern	2	7	83	8
persönliche Freiheiten	2	81	13	4
Möglichkeit, sich selbst zu entfalten	3	77	15	5
2000:				
Möglichkeiten der Freizeitgestaltung	11	76	13	0
Demokratische Mitwirkung	2	56	21	21

Wir stellen die Relationen der Antwortpositionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“ noch einmal grafisch gegenüber:

Abbildung 6.6: Systemvergleich 2004. Nur AP „vor der Wende besser“ und „heute besser“



Die Panelmitglieder geben sehr differenzierte Urteile ab; außerdem ist der Anteil derer überwiegend gering, die einem Urteil ausweichen, weil sie den betreffenden Sachverhalt nicht beurteilen können. Das Maximum liegt 2004 bei 18% (soziale Gerechtigkeit), das Minimum bei 2% (soziale Sicherheit).

Generell wird sichtbar, dass die DDR-Verhältnisse in sozialer Hinsicht auch im Jahr 2004 noch immer gut abschneiden.

Auf diesen Gebieten meinen sie mehrheitlich, dass es vor der Wende besser gewesen wäre: in Bezug auf soziale Sicherheit (93%), Betreuung der Kinder (89%), Förderung der Familie (82%), Verhältnis der Menschen untereinander (80%), Schutz gegenüber Kriminalität (64%), Schulbildung (58%), soziale Gerechtigkeit (55%). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen positive Erinnerungen überwiegen, wir kommen auf sie zurück. Ein Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar in Bezug auf das Gesundheitswesen (43%) und die Gleichberechtigung der Frau (33%).

Hervorhebenswert ist, dass diese Urteile in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Systembindung bzw. mit der politischen DDR-Identifikation vor der Wende (die damals erfasst wurden) stehen, also keine Langzeitwirkungen der politischen DDR-Sozialisation sind.

Ihnen stehen vier Gebiete des Lebens gegenüber, bei denen die Panelmitglieder mehrheitlich der jetzigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (81%) und die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (77%). Aus den vorangegangenen Befragungen ging außerdem hervor, dass die heutigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung deutlich gegenüber früher präferiert werden (2000: 76%) sowie die Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung (2000: 56%; beides 2003 und 2004 nicht erfasst).

Ein Vorsprung der heutigen Situation gegenüber der früheren besteht auch hinsichtlich der Achtung der Menschenwürde: 31%; mit 40% sind allerdings noch mehr der Meinung, dass es kaum einen Unterschied zu früher gäbe, ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart.

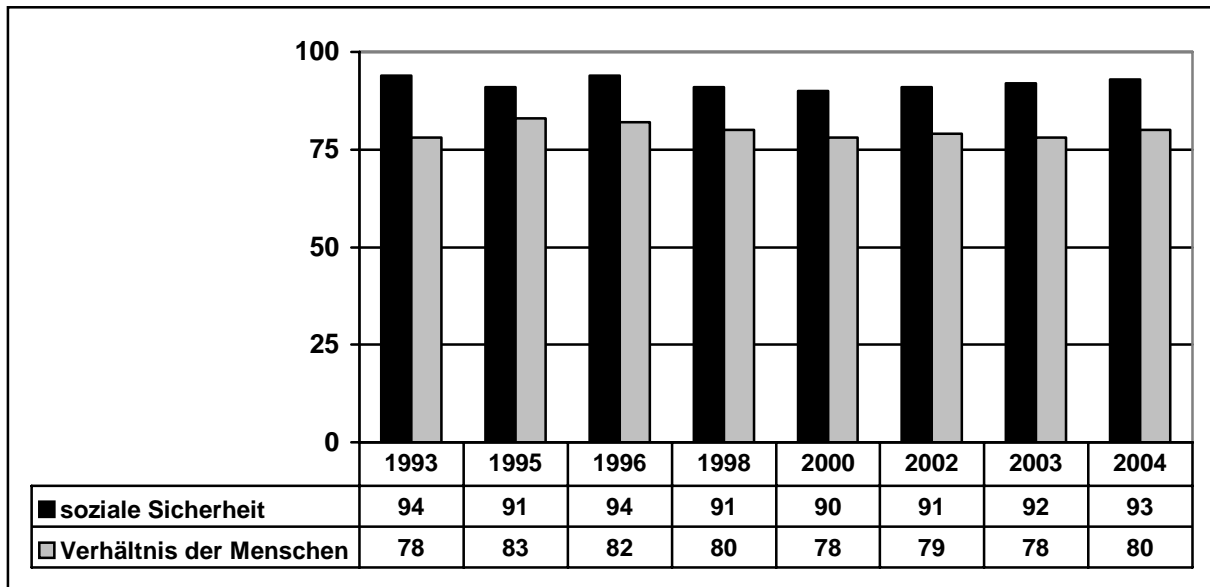
Deutlich kritisch fallen die Urteile über die Moral und die Ehrlichkeit der herrschenden Politiker aus: Hinsichtlich der Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern sehen mit 83% die meisten keinen Unterschied zwischen früher und heute und nur 7% präferieren die jetzige Situation. Dasselbe gilt für die Moral der herrschenden Politiker gegenüber den Bürgern: 77% sehen keinen Unterschied zu früher und nur 7% schätzen die heutige Situation besser ein. Korrelationen belegen, dass die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem in bedeutendem Maße durch die das System vertretenden Politiker vermittelt wird, auf die ein großer und dazu zunehmender Teil der Panelmitglieder nicht gut zu sprechen ist. Aussagen über Politiker in den zahlreichen offenen Fragen (ohne Vorgaben) tragen ausschließlich ein negatives Vorzeichen, häufig ist die Rede von Affären, Skandalen, Korruption, Unehrlichkeit u. ä.

Im Rahmen der 18. Welle wurde dazu wiederum eine offene Frage gestellt. In der Einleitung haben wir bereits einige typische Aussagen zitiert. Grundtenor ist der Zweifel, ob die Politiker überhaupt über die Situation im Osten informiert sind, ob sie um die Auswirkungen ihrer Politik auf die Menschen wissen. Deutliche Kritik wird daran geäußert, dass mit Sparmaßnahmen stets beim „einfachen Volk“ begonnen würde und nicht bei den Politikern. Aus zahlreichen Formulierungen geht hervor, dass die 31-Jährigen die Kompetenz der Politiker bezweifeln, die anstehenden Probleme zu lösen. Viele meinen, keine Fragen stellen zu wollen, da sie sowieso keine Antworten erhalten würden. Im Vergleich mit früher gestellten Fragen dieser Art ist eine Zuspitzung der Formulierungen nicht zu übersehen.

Als Vorzug unserer Studie erweist sich auch hier, dass diese Urteile in ihrer Veränderung über längere Zeiträume betrachtet werden können. So geht aus den langjährigen Trends hervor, dass die positiven Urteile über die DDR keine zufälligen Angaben sind, sondern meist eine erstaunlich hohe Konstanz aufzuweisen haben. Wir können das hier nur exemplarisch belegen.

Die höchste Konstanz der Urteile ist in Bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die außerordentlich hohe Quote derer, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander größer bzw. besser gewesen sei als heute, hat sich über 11 Jahre hinweg nur unwesentlich verändert:

Abbildung 6.7: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1993 bis 2004

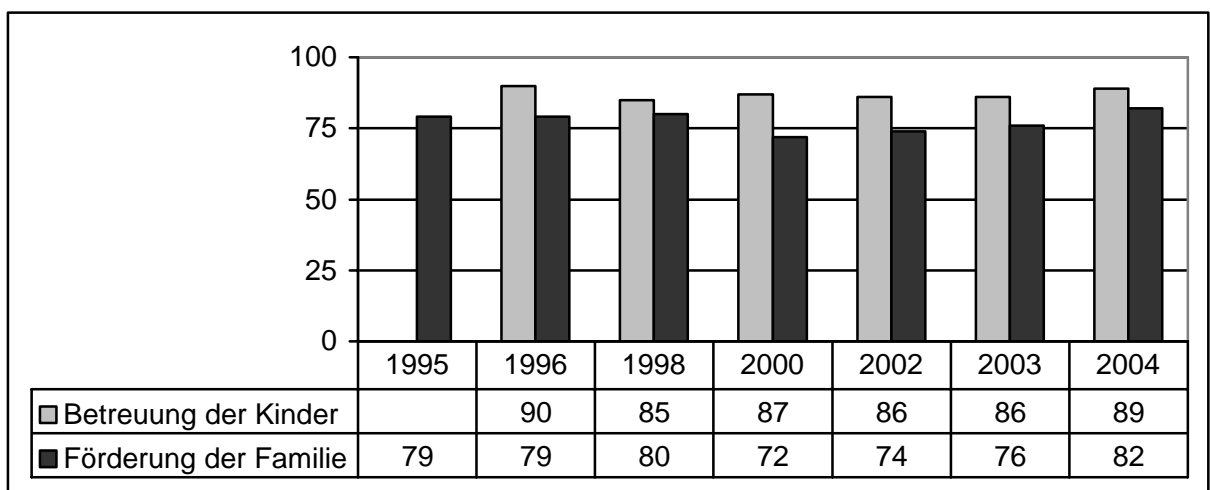


Diese Urteile wiegen insofern besonders schwer, als nur 2% bzw. 3% angeben, das nicht beurteilen zu können. Das Urteil über die soziale Sicherheit scheint mittlerweile unerschütterlich geworden zu sein und das DDR-Bild zu dominieren.

Ähnliches gilt für das Verhältnis der Menschen untereinander, über drei Viertel präferieren in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende.

Ähnlich hoch und sehr konstant sind die Urteile über die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie – Aspekte, bei denen die Panelmitglieder mittlerweile eigene Erfahrungen bzw. Kompetenz gesammelt haben:

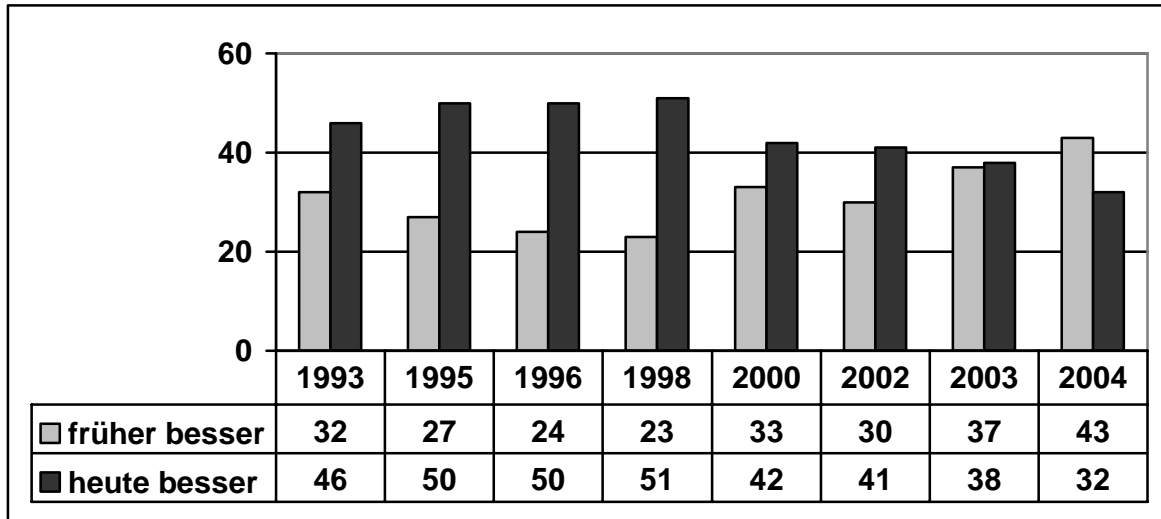
Abbildung 6.8: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie vor der Wende besser waren als heute, im Trend 1995 bis 2004



In Bezug auf die Förderung der Familie wird 2004 der bisher höchste Wert erreicht: 82%.

Aufschlussreich ist im Zusammenhang mit den im Befragungszeitraum laufenden Diskussionen zur Gesundheitsreform der Trend im Hinblick auf Gesundheitswesen/medizinische Betreuung:

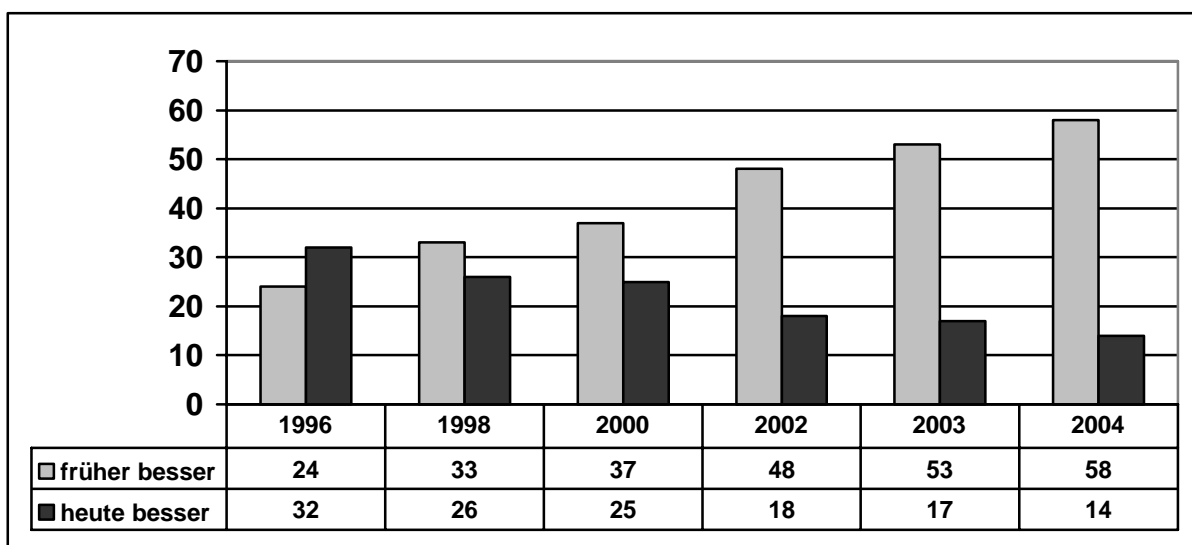
Abbildung 6.9: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass Gesundheitswesen /medizinische Betreuung vor der Wende bzw. heute besser sei, im Trend 1995 bis 2004



Während zwischen 1993 und 1998 das frühere Gesundheitswesen/medizinische Betreuung tendenziell schlechter und das heutige tendenziell besser beurteilt wurde, kehrt sich ab 2000 dieses Verhältnis um. Kritik wird von vielen Panelmitgliedern insbesondere über die Bürokratisierung geäußert (z. B. die Praxisgebühr, „die vielen Laufereien wegen Überweisungen“, die Verteuerung der Zuzahlungen, aber auch die Vielzahl der Krankenkassen („Wozu brauchen wir 300 Krankenkassen? Warum nicht eine für alle?“).

Sehr interessant ist schließlich der Trend in Bezug auf die Schulbildung:

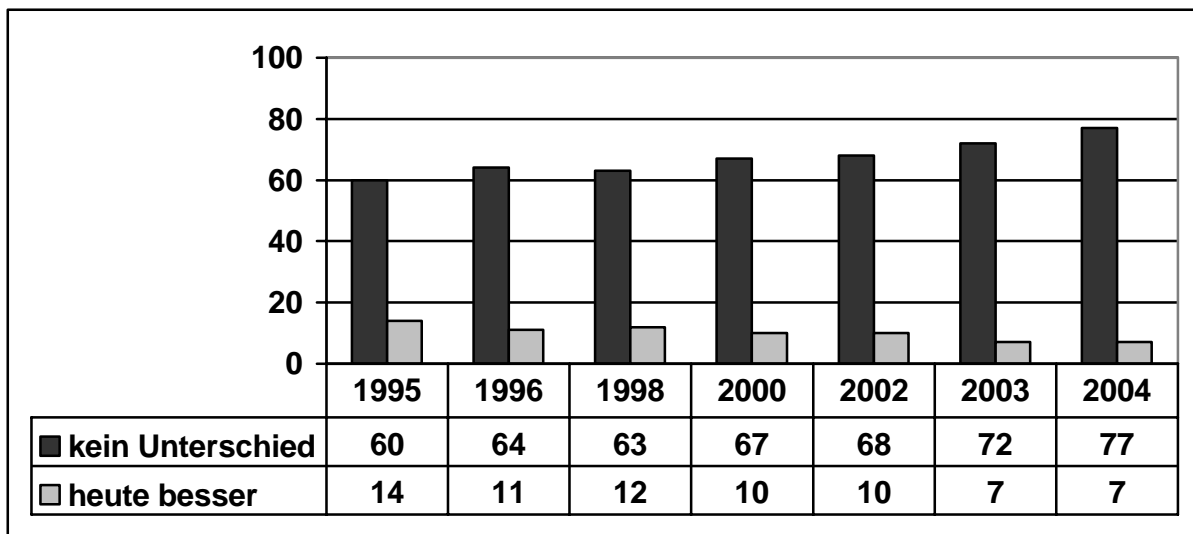
Abbildung 6.10: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Schulbildung vor der Wende bzw. heute besser sei, im Trend 1996 bis 2004



Sichtbar wird, dass immer mehr Panelmitglieder die Auffassung vertreten, die Schulbildung vor der Wende sei besser gewesen als heute. Zwischen 1996 und 2004 hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt! Der deutliche Anstieg dieses Anteils ab 2002 steht vermutlich auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ergebnisse der PISA-Studien.

Wesentlich ist schließlich auch der Trend im Hinblick auf die Moral der herrschenden Politiker:

Abbildung 6.11: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Moral der herrschenden Politiker vor der Wende besser gewesen wäre bzw. heute besser sei, im Trend 1995 bis 2004



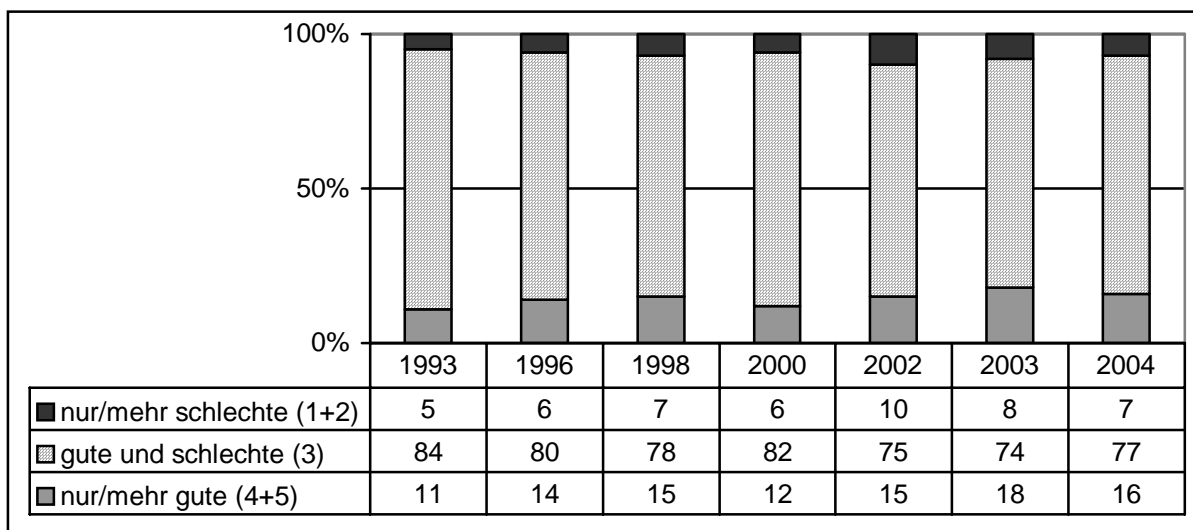
Fast kontinuierlich und signifikant hat seit 1995 der Anteil der Panelmitglieder zugenommen, die keinen Unterschied hinsichtlich der Moral der herrschenden Politiker zwischen früher und heute sehen. Dafür ist der Anteil jener, die die Moral der heutigen Politiker besser beurteilen, auf sehr niedrigem Niveau zurückgegangen. Ähnlich kritisch wird die „Ehrlichkeit der Politiker gegenüber den Bürgern“ bewertet: Sowohl 2003 als auch 2004 meinen 83%, dass es in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen früher und heute gäbe.

Faktisch unverändert hält die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen in ihren Erinnerungen an die DDR daran fest, dass diese „gute und schlechte Seiten“ gehabt habe:

Abbildung 6.12: Verhältnis von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der TeilnehmerInnen im Trend 1993 - 2004 (die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst)

„Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“ Es gab in der DDR...

1 nur schlechte Seiten 2 mehr schlechte als gute Seiten 3 gute und schlechte Seiten
 4 mehr gute als schlechte Seiten 5 nur gute Seiten



Nicht überraschend ist, dass auch zwischen dieser globalen Beurteilung der DDR einerseits und der Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik im Hinblick auf die Existenz von Ausbeutung, Klassenkampf u. a. früher gelehrten Merkmalen wiederum ein Zusammenhang besteht ($r = .31$; $P = .000$): Je kritischer die Panelmitglieder die Situation in der heutigen Bundesrepublik hinsichtlich dieser Merkmale bewertet wird, um so positiver beurteilen sie die DDR (und umgekehrt).

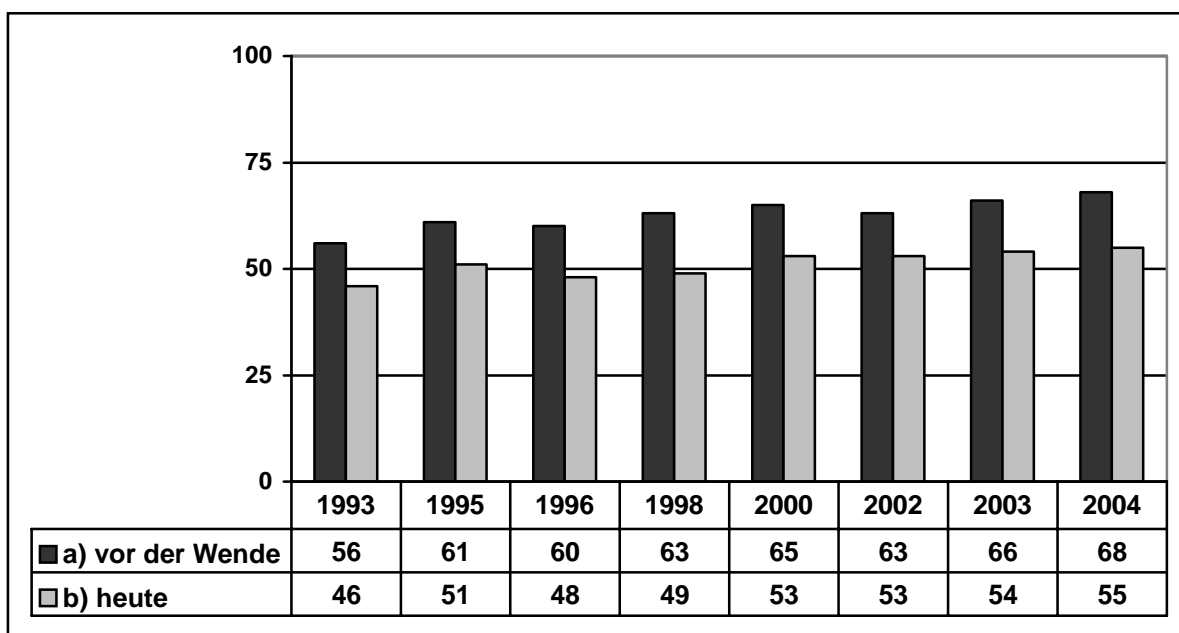
In ihren zusätzlichen Notizen vertreten nach wie vor zahlreiche TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang immer wieder die Kindereinrichtungen in der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken und in jüngster Zeit in deutlich zunehmendem Maße das Schulsystem. Nach wie vor wird kritisiert, dass „viele im Osten bewusst platt gemacht wurde.“

7. Sozialismus – eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt

7.1 Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Ausdruck der verbreiteten Unzufriedenheit der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem – gewissermaßen ihre Kehrseite – ist auch die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil von ihnen wieder oder noch an sozialistische Ideale glaubt. Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Abbildung 7.1: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 - 2004 (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



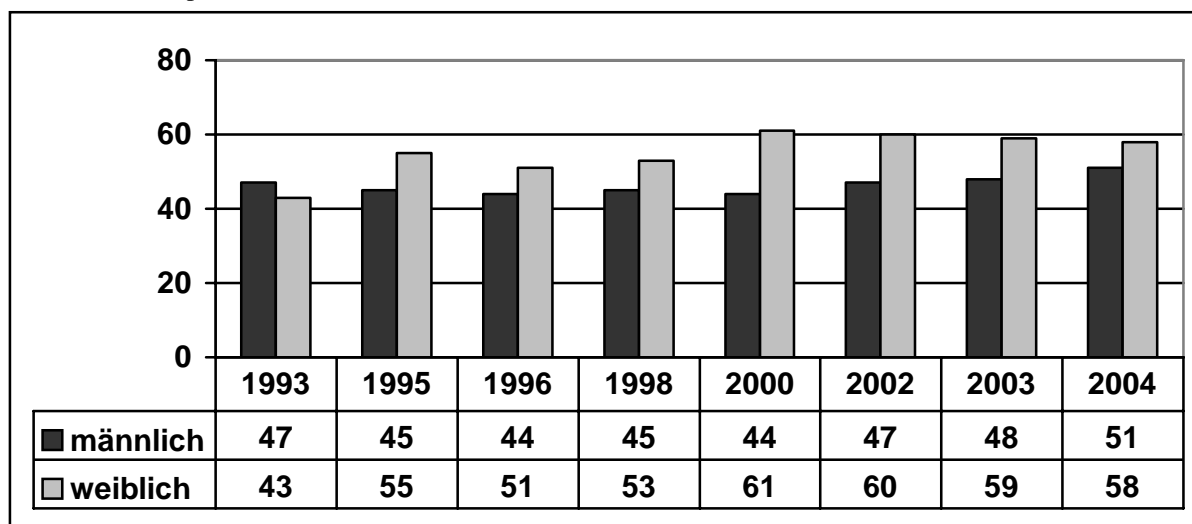
Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin
 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2004 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein signifikanter Zuwachs von 46% auf 55% zu beobachten.

Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern „hautnah“ als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus“ keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert. Mehr noch: Diese Ideale finden zunehmend Zuspruch.

Bei näherer Betrachtung ist allerdings zu erkennen, dass dieser zunehmende Trend bis 2003 ausschließlich für die jungen Frauen gilt, von denen durchgängig (außer 1993) erheblich mehr an sozialistische Ideale glauben als von den jungen Männern. Wir betrachten dazu den Trend zwischen 1993 und 2004:

Abbildung 7.2: Identifikation mit sozialistischen Idealen im Trend 1993 bis 2004, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Die Daten von 2004 deuten auf eine leichte Zunahme der Identifikation bei den jungen Männern hin, während sie bei den jungen Frauen nach einer deutlichen Zunahme zwischen 1993 und 2000 danach auf etwas höherem Niveau faktisch gleich geblieben ist

Die Zustimmung eines beträchtlichen und zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Zusammenhangsanalysen belegen: Je geringer die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Demokratie), um so größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

In dieselbe Richtung weist der Einfluss der persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem: Bereits ambivalente, mehr noch negative Erfahrungen gehen mit überdurchschnittlich häufiger Bejahung sozialistischer Ideale einher:

Tabelle 7.1: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und der Identifikation mit sozialistischen Idealen andererseits 2004

	Identifikation mit sozialistischen Idealen:				n
	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen	
<i>Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung:</i>					
zufrieden/eher zufrieden	0	46	43	11	89
eher unzufrieden	4	48	42	6	251
unzufrieden	14	63	18	5	73

(N = 413; r = -.22; P = .000)

Persönliche Erfahrungen mit dem Gesellschaftssystem:

nur/überwiegend positiv	2	40	44	14	93
positive und negative	5	52	38	5	296
nur/überwiegend negativ	13	74	9	4	23

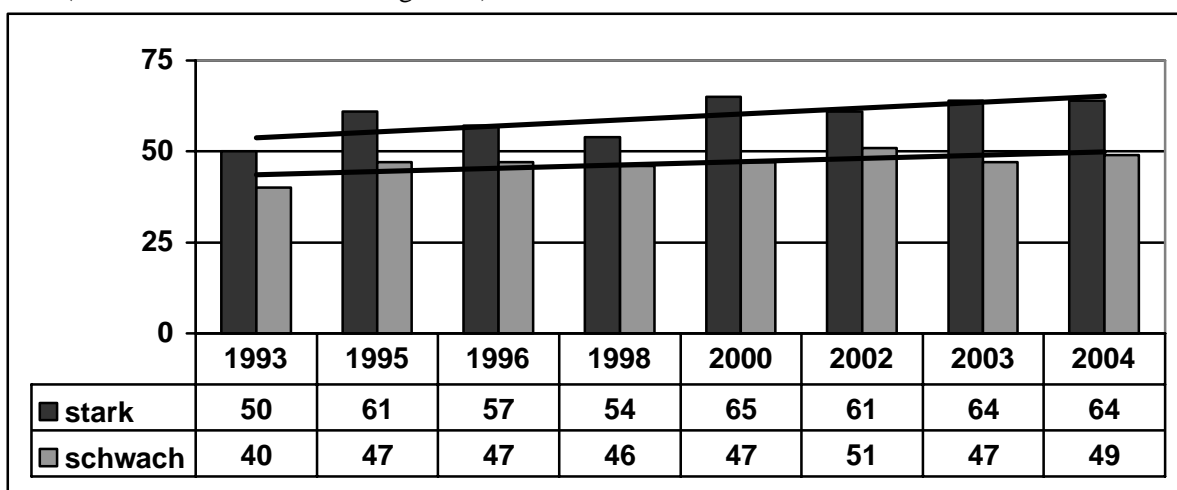
(r = -.23; P = .000)

Diese Zusammenhänge sind noch im Längsschnitt zu analysieren.

Die Abbildung 7.1 enthält noch eine weitere interessante Information: Im Kontext mit diesem Zuwachs geht ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einher, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 56% 1993 auf 65% 2000 bzw. 68% 2004. Die zunehmende Bejahung sozialistischer Ideale in der Gegenwart hat offensichtlich mit dazu beigetragen, sich auch in der Erinnerung, sozusagen rückwirkend, wieder häufiger zu ihnen zu bekennen. Die Bedingungen hierfür sind noch genauer zu untersuchen.

An dieser Stelle kann nur angedeutet werden, dass wir es hier auch mit nachweisbaren Langzeitwirkungen politischer Sozialisation zu DDR-Zeiten zu tun haben:

Abbildung 7.3: Extremgruppenvergleich: Heutige Identifikation mit sozialistischen Idealen bei den Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren, im Trend 1993 – 2004 (AP 1 +2 wurden zusammengefasst)



Die generelle Zunahme der Identifikation mit sozialistischen Idealen in diesem Zeitraum geht überwiegend auf jene Panelmitglieder zurück, die vor der Wende stark systemverbunden waren.

Die Sympathie für sozialistische Ideale geht auch daraus hervor, dass – und zwar in Übereinstimmung mit aktuellen Umfragen - fast drei Viertel der Panelmitglieder den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt wurde:

Tabelle 7.2: Zustimmung zum Sozialismus als Idee 2004

„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“

Das entspricht meiner Meinung 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamt 2004	31	39	(70)	21	6	3	414

Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung:

zufrieden/eher zufrieden	21	42	(63)	23	8	6	90
eher unzufrieden	28	37	(65)	26	7	2	251
unzufrieden	53	40	(93)	6	1	0	73

(r = -.27; P = .000)

Persönliche Erfahrungen mit dem Gesellschaftssystem:

nur/überwiegend positiv	23	36	(59)	24	10	7	93
positive und negative	31	40	(71)	23	5	1	297
nur/überwiegend negativ	70	26	(96)	4	0	0	23

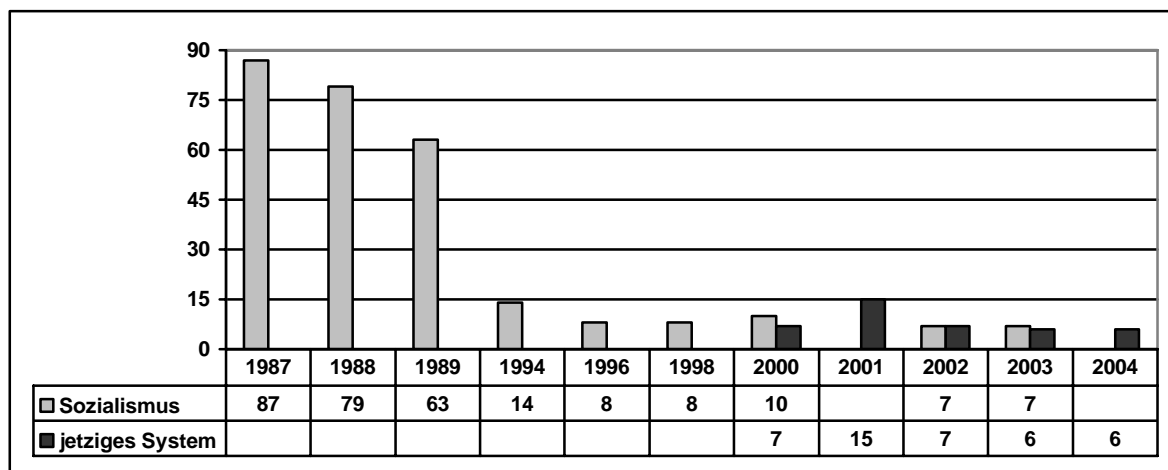
(r = -.25; P = .000)

Je geringer die Zufriedenheit bzw. je negativer die Erfahrungen mit dem jetzigen System, desto häufiger sieht man den Sozialismus als eine gute Idee an. Natürlich gilt auch hier die Umkehrung.

Ein leichter positiver Zusammenhang besteht auch zur früheren Systembindung vor der Wende (P = .009).

Nur eine Minderheit von 7% glaubt allerdings daran (2003), dass die sozialistischen Ideale sich eines Tages durchsetzen werden. Wir ergänzen diesen Trend mit den bereits erwähnten Angaben zur Auffassung der 31-Jährigen über die Zukunftsfähigkeit des gegenwärtigen Systems:

Abbildung 7.4: Glaube an die Zukunft der Systeme



Fragetexte:

Sozialismus 1987 bis 1989: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“; ab 1994 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen.“ (2001 und 2004 nicht gefragt)

jetziges System 2000 bis 2004: „Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige zukunftswürdige Zukunftsmodell.“ (ab 2000)

Der vom Inhalt her bedingt mögliche Vergleich in den Jahren 2000 bis 2003 macht deutlich, dass die 31-Jährigen von einer Minderheit abgesehen gegenwärtig weder dem Sozialismus noch dem gegenwärtigen Kapitalismus eine Zukunft zuschreiben.

7.2 Fast die Hälfte plädiert für eine reformsozialistische Alternative!

Für eine reformsozialistische Alternative zur jetzigen politischen Ordnung sprechen sich trotz des erlebten Zusammenbruchs des DDR-Sozialismus 2004 viele TeilnehmerInnen aus:

Tabelle 7.3 Einstellung zu einem reformierten Sozialismus 2004

„Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“

Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamt 2004	19	26	(45)	28	15	12	414

Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung:

zufrieden/eher zufrieden	8	21	(29)	29	20	22	89
eher unzufrieden	17	29	(46)	26	16	12	251
unzufrieden	38	22	(60)	34	3	3	73

($r = -.29$; $P = .000$)

Persönliche Erfahrungen mit dem Gesellschaftssystem:

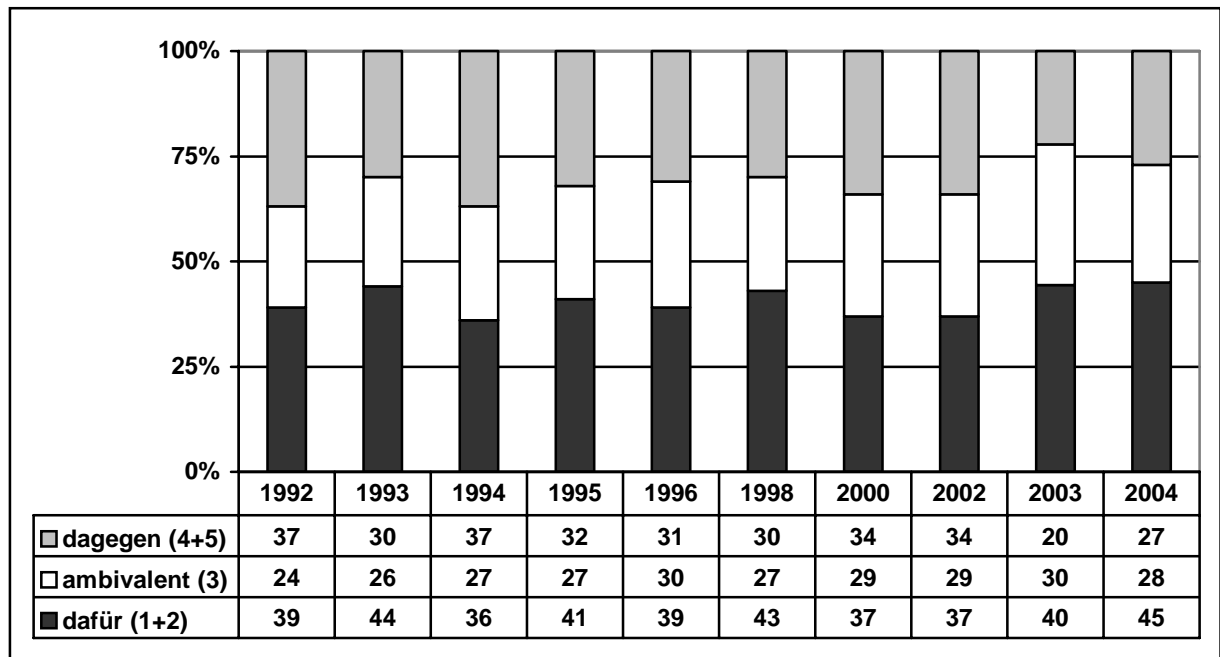
nur/überwiegend positiv	12	17	(29)	28	19	24	92
positive und negative	17	30	(47)	29	14	10	297
nur/überwiegend negativ	74	9	(83)	13	4	0	23

($r = -.29$; $P = .000$)

Fast die Hälfte (45%) würde einen reformierten Sozialismus der jetzigen Ordnung vorziehen. Erwartungsgemäß spielen dabei wiederum die persönlichen aktuellen Erfahrungen eine wesentliche Rolle. Ein leichter, aber signifikanter Zusammenhang besteht auch mit der früheren Systembindung ($P = .003$).

Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor:

Abbildung 7.5: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2004 (reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Schon optisch ist erkennbar: Die 31-Jährigen sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 2004 würden immerhin 45% eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, die bisher höchste Quote, 27% votieren dagegen, 28% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist offen.

8. Keine Zukunft im Osten!

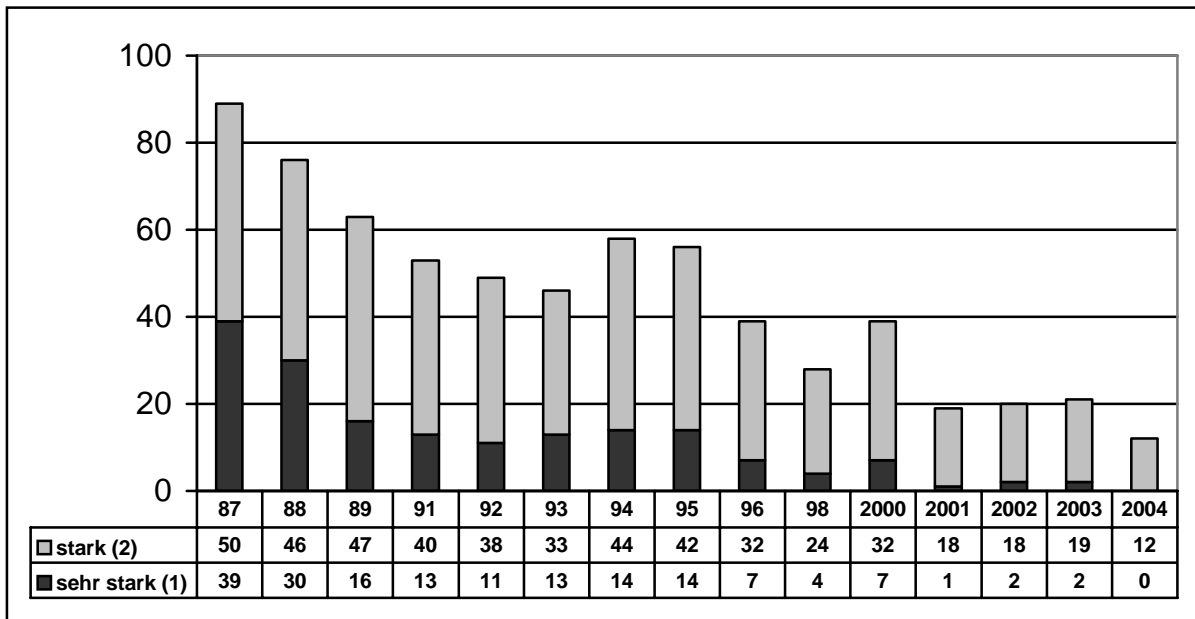
Die folgenden Zeitreihen zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder zwischen 1987 und 2004 geben in spezifischer Weise Aufschluss über die Reflexion von über anderthalb Jahrzehnten massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die Endzeit der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse mit ihren tief reichenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder. Unsere langjährigen Trends unterstreichen die Auffassung der Autoren der Shellstudie Jugend 2000, dass Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft geradezu seismographischen Charakter tragen (vgl. Jugend 2000, S. 286).

Im Rahmen dieser Erstinformation beschränken wir uns auf eine verkürzte grafische Darstellung der Trends. Zunächst die seit 1987 vorliegenden Trends zur gesellschaftlichen und zur persönlichen Zukunftszuversicht unserer Panelmitglieder:

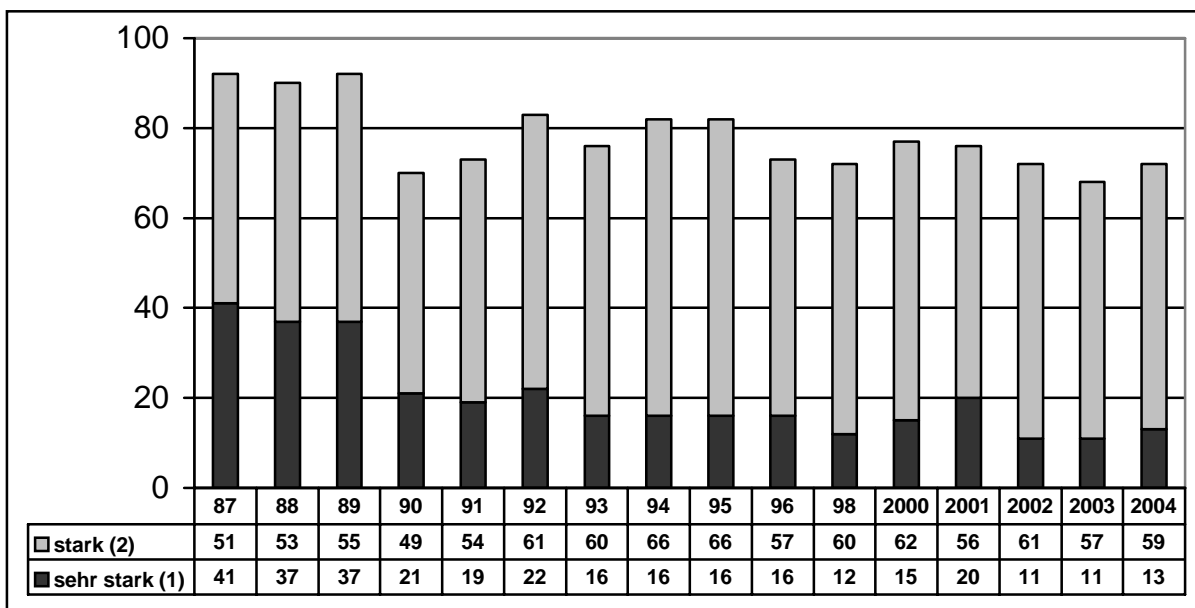
Abbildung 8.1: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der a) gesellschaftlichen und b) persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2004 (zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2)

Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
 a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?
 b) für Sie persönlich?“
 1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

a) gesellschaftliche Zuversicht: 1987 - 1989 Entwicklung in der DDR
 ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland (1990 nicht erhoben)



b) persönliche Zuversicht:



Generell ist seit 1987 ein rückläufiger Trend erkennbar. Das gilt in besonderem Maße für die gesellschaftliche Zukunftszuversicht. Wie unsere Studie zeigt, ist diese im gesamten Untersu-

chungszeitraum fast kontinuierlich stark zurückgegangen. Der erste große Einbruch war bereits in der Endzeit der DDR zu beobachten, Widerspiegelung der damaligen Krisenerscheinungen, die auch von den Panelmitgliedern deutlich reflektiert und kritisch bewertet wurden. Nach der Wende und der Vereinigung kehrte sich der rückläufige Trend der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht keineswegs um, sondern setzte sich vielmehr verstärkt fort. 1998 äußerte sich nur noch knapp ein Drittel (28 %) mehr oder weniger stark zuversichtlich für die Entwicklung in Ostdeutschland, Echo der zunehmenden gesellschaftlichen Verwerfungen im Osten am Ende der Kohl-Ära. Im Jahr 2000 deutet sich eine positive Tendenz an, die vermutlich durch den Regierungswechsel ausgelöst wurde. Ab 2001 sind diese Hoffnungen jedoch wieder verschwunden, die Anteile zuversichtlicher Panelmitglieder erreichen 2004 ihren bisherigen Tiefststand!

Die persönliche Zukunftszuversicht nahm einen etwas anderen Verlauf. Vor der Wende war faktisch kein Rückgang festzustellen. Die eigene Zukunft schien damals von der Krise in der DDR wenig betroffen zu sein, ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde von den damals 16/17-Jährigen nicht erwartet. Nach der Wende stieg die persönliche Zuversicht nicht an, sondern ging ebenfalls zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung.

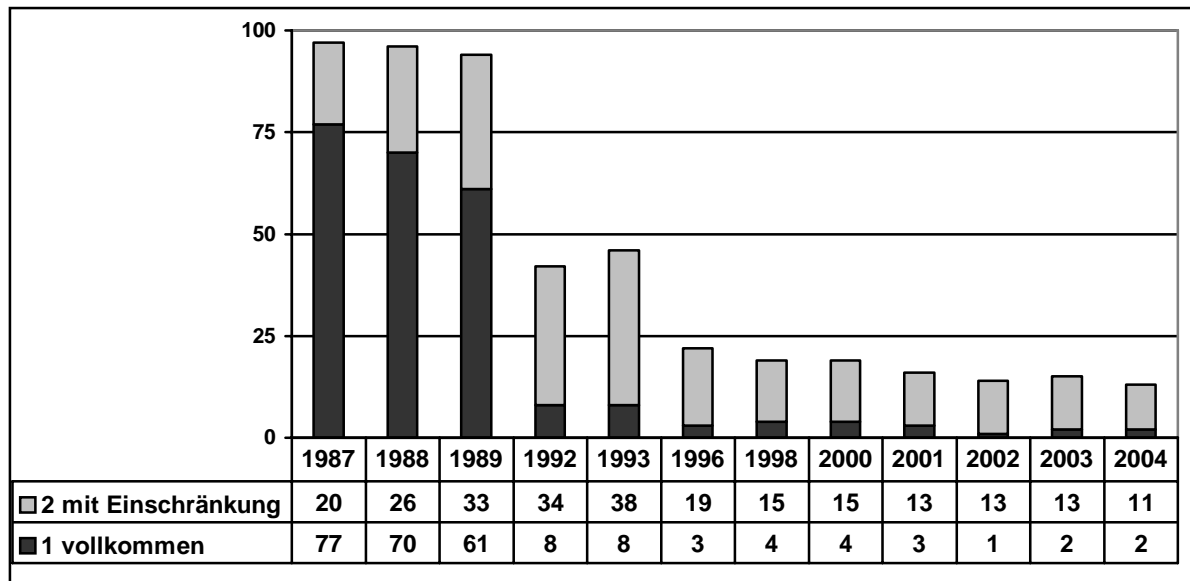
Zwischen 1989 und 1990 hatte sich der Anteil alles in allem zuversichtlicher TeilnehmerInnen signifikant von 92% auf 70% verringert, darunter der einschränkungslos zuversichtlichen von 37% auf 21%! Nur 16% derselben TeilnehmerInnen blickten 1990 im Vergleich mit 1989 zuversichtlicher in die Zukunft, aber 46% weniger zuversichtlich ($P = .000$)!

Das subjektive Erleben der akuten Wendezeit und der darauf folgenden gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüche hatte bei einem großen Teil der Jugendlichen zu einem „Wendeschock“ geführt, der ziemlich lange angehalten hat.

1991 war die Situation fast unverändert. Erst ab 1992 zeigten sich positive Tendenzen, die jedoch 1996 erneut von negativen Tendenzen abgelöst wurden. 1998 äußerten sich zwar 72% zuversichtlich, darunter aber nur noch 12% ohne Einschränkung. Im Jahr 2000 deutet sich erneut eine Trendwende an: 77% äußern sich optimistisch, allerdings nur 15% einschränkungslos. Der Regierungswechsel hatte offensichtlich zunächst auch einen positiven Einfluss auf die persönliche Zukunftssicht zur Folge. Die Daten ab 2001 deuten allerdings erneut auf eine rückläufige Tendenz hin, Ausdruck erneuter Enttäuschungen.

Von diesen Entwicklungen her betrachtet kann nicht überraschen, dass nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie:

Abbildung 8.2: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2004 (zusammengefasste AP 1 einschränkungslos und 2 eingeschränkt)



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

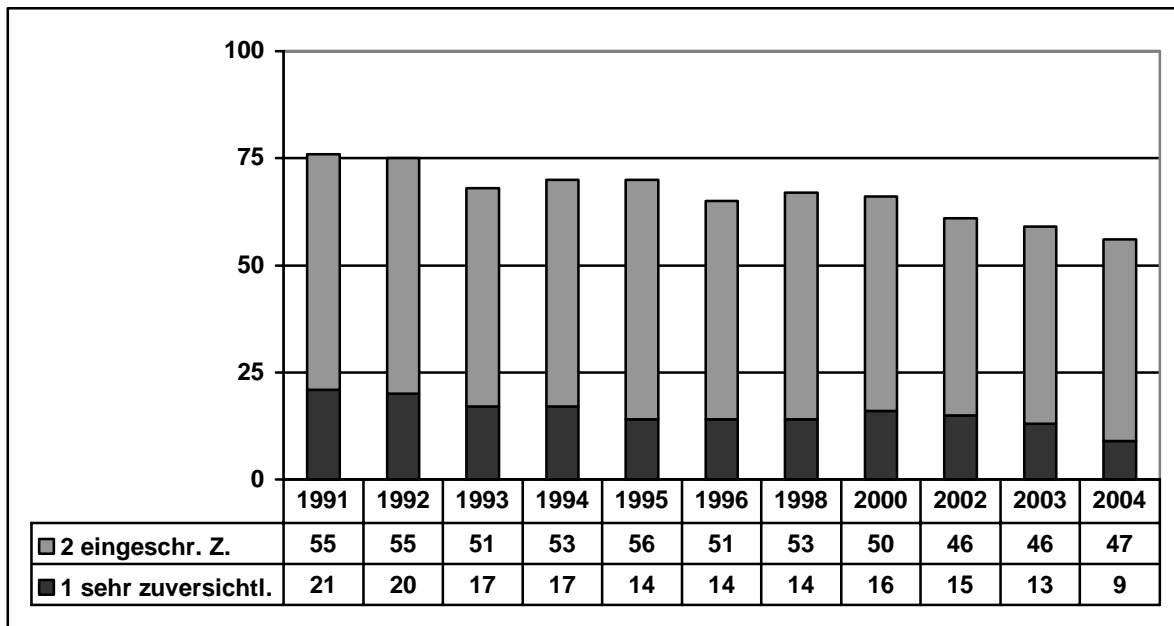
In den Jahren 1987 bis 1989 ging die Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, nur wenig zurück; wir sind eingangs kurz darauf eingegangen. Nach der Wende stürzte diese, nun bezogen auf Ostdeutschland, geradezu ab und hat vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. 2004 gehen nur noch 13% davon aus, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, darunter nur 2% ohne Einschränkung!

Immer weniger junge Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland! Wie die Studie klar belegt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, auch einen hohen politischen Preis: Längsschnittanalysen belegen eindeutig, dass der regressive Trend der Zukunftszuversicht zeitgleich zu einem Rückgang der Systemzufriedenheit geführt hat.

Dieser Absturz hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass etwa ein Viertel der TeilnehmerInnen der Studie nach der Wende in den Westen abgewandert sind.

Deutlich rückläufig entwickelte sich in diesem gesellschaftlichen Kontext auch die Zuversicht der Panelmitglieder, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können, eine sehr ernstes Signal. Dazu liegen Informationen seit 1991 vor:

Abbildung 8.3: Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht zwischen 1991 und 2004 (zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2)



Fragetext: „Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Zwischen 1991 und 2004 ist ein signifikanter Rückgang dieser wesentlichen Seite der Zukunftszuversicht erkennbar, nicht überraschend angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und zunehmend direkter und indirekter Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Die jungen Frauen sind in dieser Hinsicht sogar noch weniger optimistisch als die jungen Männer: Im Jahr 2004 50% gegenüber 63%.

Seit 2002 fragten wir auch danach, wie zuversichtlich die TeilnehmerInnen der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen:

Tabelle 8.1: Zukunftszuversicht für die Eltern und die (künftigen) Kinder im Vergleich mit der eigenen Zuversicht 2002 bis 2004

„Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>für Sie persönlich</i>						
2002	11	61	(72)	25	3	0
2003	11	57	(68)	28	4	0
2004	13	59	(72)	23	4	1

für Ihre Eltern

2002	7	46	(53)	32	12	3
2003	8	44	(52)	31	13	4
2004	9	45	(54)	32	10	4

für Ihre (künftigen) Kinder

2002	4	36	(40!)	38	12	10
2003	4	32	(36!)	39	15	10
2004	4	27	(31!)	41	18	10

für die Entwicklung in Deutschland insgesamt

2004	0	11	(11!)	48	33	8
------	---	----	-------	----	----	---

Ablesbar ist, dass die Zukunft der Eltern faktisch unverändert erheblich weniger zuversichtlich gesehen wird als die eigene, verständlich angesichts der Tatsache, dass 58% der Panelmitglieder 2004 angeben, dass Vater und/oder Mutter arbeitslos waren bzw. sind.

Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Zukunftsperspektiven mit gravierenden Auswirkungen bis hin zur Anzahl der gewünschten Kinder.

Die Entwicklung in Deutschland insgesamt betrachten nur 11% zuversichtlich.

9. Existenzielle Ängste dämpfen die Zukunftszuversicht und die Systembindung

Die Zukunftszuversicht, aber auch die Einstellung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem vieler Panelmitglieder wird nach wie vor durch eine ganze Reihe von belastenden Alltagsängsten beeinträchtigt, die Wir geben zunächst einen Überblick zur Situation im Jahr 2004:

Tabelle 9.1: Ausprägung von Ängsten durch Zeiterscheinungen 2004, geordnet nach dem zusammengefassten Anteil sehr starker oder starker Ängste (1 + 2). Auswahl

„Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?

1 sehr stark 3 eher schwach
2 eher stark 4 schwach

	1	2	(1+2)	3	4
zunehmende Verteuerung des Lebens	48	43	(91)!!	8	1
weitere Reformen der Regierung	27	46	(73)!!	21	6
Zunahme von Leistungsdruck	17	46	(63)	33	4
Armut im Alter	23	39	(62)	33	5
Ausweitung des internationalen Terrorismus	21	41	(62)	30	8
Zunahme von Egoismus	15	40	(55)	36	9
Zunahme von Kriminalität	12	41	(53)	38	9
zunehmende Einwanderung von Ausländern	21	29	(50)	33	17
militärische Abenteuer der USA	17	32	(49)	36	15
Folgen der EU-Erweiterung	14	32	(46)	40	14
Zunahme von Aggressivität und Gewalt	12	34	(46)	46	8
Eintreten einer persönlichen Notlage	12	26	(38)	55	7
Folgen der Globalisierung	9	28	(37)	51	12
mögliche eigene Arbeitslosigkeit	18	17	(35)	51	14
Zunahme von Mobbing	9	26	(35)	47	18
Ausbreitung von Rechtsradikalismus	7	24	(31)	51	18
Ausbruch eines neuen Weltkrieges	7	12	(19)	52	29
zunehmende Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen	5	12	(17)	52	31
Ausbreitung von Linksradikalismus	5	12	(17)	47	36

In dieser Dokumentation können wir nur knapp auf diese von den Panelmitglieder persönlich erlebten Bedrohungsängste eingehen. Wir richten darum den Blick vor allem auf jene Ängste, die 2004 nachweislich die Zukunftszuversicht der TeilnehmerInnen als einem wesentlichen Kriterium besonders stark negativ beeinflussen.

Dazu wurde die Stärke des (negativen) Zusammenhanges zwischen der Ausprägung des jeweiligen Aspektes einerseits und der Ausprägung der Zukunftszuversicht andererseits berechnet. Auf dieser Grundlage ist festzustellen, dass vor allem folgende Ängste die Zukunftszuversicht mehr oder weniger deutlich negativ beeinflussen (in Klammer jeweils die Angaben für den Korrelationskoeffizienten r und die Überschreitungswahrscheinlichkeit P):

Angst vor eigener Arbeitslosigkeit (-.43; .000)

Angst vor persönlicher Notlage (-.37; .000)

Armut im Alter (-.32; .000)

zunehmende Verteuerung des Lebens (-.24;.000)

weitere Reformen der Regierung (-.24: .000)

Besonders starken Einfluss haben nachweislich die Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor einer persönlichen Notlage und vor Armut im Alter.

Dabei ist an dieser Stelle daran zu erinnern, dass wir es hier mit jungen Erwachsenen zu tun haben, die schon heute Angst vor Altersarmut empfinden – eine geradezu bestürzende Tatsache, die von der Politik sehr ernst genommen werden sollte!

Im Zusammenhang mit der Diskussion um „Hartz IV“ (die Details waren zum Befragungszeitpunkt erst in groben Umrissen bekannt) ist hervorzuheben, dass auch die Angst vor weiteren Reformen der Regierung, die von rund drei Viertel der Panelmitglieder geäußert wird, psychisch stark belastend wirkt und Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem fördert, nicht zuletzt mit der jetzigen Wirtschaftsordnung:

Tabelle 9.2: Zusammenhang zwischen der Angst vor weiteren Reformen der Regierung und der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung 2004:

Ausprägung der Angst vor weiteren Reformen	Ausprägung der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung					n
	1	2	(1+2)	3	4	
stark	2	13	(15)	46	39	110
eher stark	0	21	(21)	51	28	190
eher schwach	0	42	(42)	40	18	88
schwach	4	50	(54)	27	19	26

(N = 414; r = -.24; P = .000)

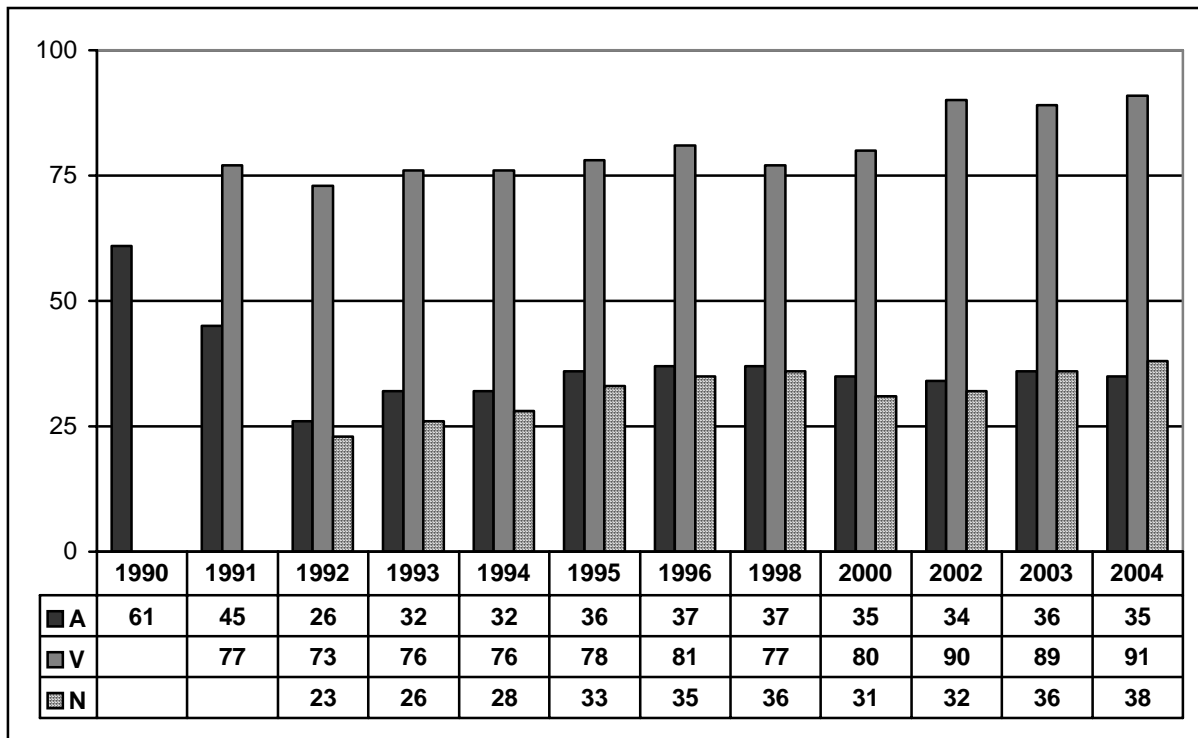
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie ... mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Je stärker Angst vor weiteren Reformen der Regierung empfunden wird, desto geringer ist die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung, aber auch mit weiteren Seiten der Politik.

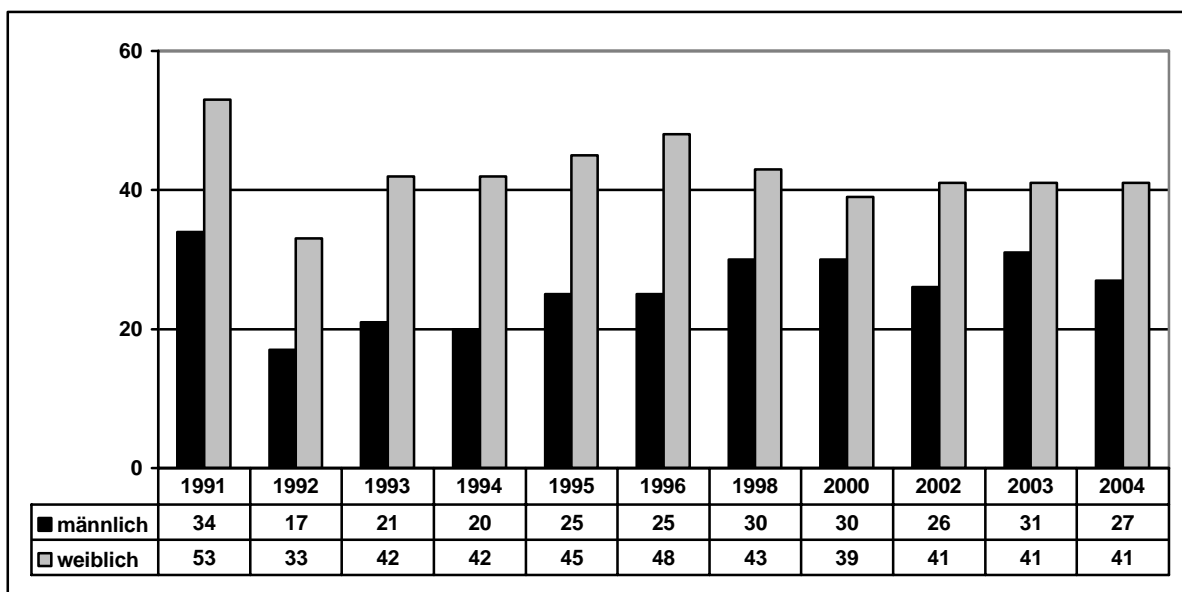
Bei vielen dieser Aspekte können wir uns auf langjährige Trends stützen, u. a. bei den existenziellen Ängsten vor Arbeitslosigkeit, Verteuerung des Lebens, persönlicher Notlage:

Abbildung 9.1: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit (A), vor Verteuerung des Lebens (V) und vor einer persönlichen Notlage (N) im Trend. Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst



Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit – einem vor 1990 unbekanntem Gefühl - ist gegenüber 1990 und 1991 ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Seit Mitte der 90er Jahre beträgt der Anteil derer mit starker oder eher starker Angst jedoch ziemlich konstant ein reichliches Drittel, allerdings mit erheblichen Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen:

Abbildung 9.2: Angst vor Arbeitslosigkeit im Trend 1991 bis 2004, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Die jungen Frauen äußern zu jedem Zeitpunkt weitaus häufiger solche Ängste, Anfang bis Mitte der 90-er Jahre sogar etwa doppelt so häufig wie ihre männlichen Altersgefährten!

Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hatte zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten vor der Wende ebenfalls völlig unbekanntes Bedrohungsgefühl. Der 2000 sich andeutende leichte Rückgang wurde inzwischen von einem erneuten Anstieg abgelöst. Auch diese Angst wurde im gesamten Untersuchungszeitraum ab 1992 von den jungen Frauen häufiger geäußert als von den jungen Männern.

Die stark verbreitete Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens ist nach 2000 nochmals angestiegen, nicht überraschend angesichts der Realitäten, des tatsächlichen oder „gefühlten“ Anstiegs der Lebenshaltungskosten und der permanenten Ankündigung weiterer Erhöhungen. Im Grunde genommen widerspiegelt diese Angst die verbreitete Befürchtung, sozial abzustiegen, zu den Verlierern zu gehören. Der deutliche Anstieg nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) ist deshalb wohl besonders ernst zu nehmen.

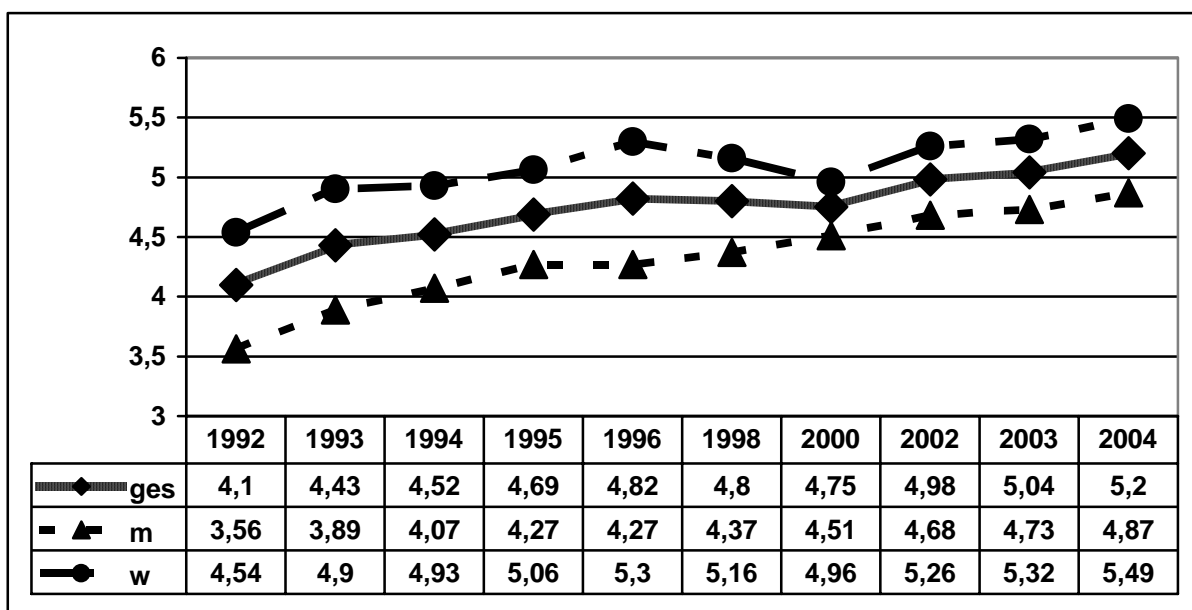
Fassen wir die erwähnten Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor Eintreten einer persönlichen Notlage und vor weiterer Verteuerung des Lebens von ihrem Charakter als existenzielle Ängste her zusammen, dann wird der genannte zunehmende Trend besonders deutlich. Dazu codieren wir die vorgegebene Antwortskala zwecks höherer Anschaulichkeit wie folgt um:

AP 1 = 3 Punkte; AP 2 = 2 Punkte; AP 3 = 1 Punkt; AP 4 = 0 Punkte.

Damit entsteht eine Punktwerteskala von 0 bis 9 Punkten, wobei die Ausprägung der Existenzangst mit zunehmender Punktzahl stärker wird.

Die folgende Abbildung informiert über die Ausprägung des genannten Indexes im Trend zwischen 1992 (8. Welle) und 2004 (18. Welle):

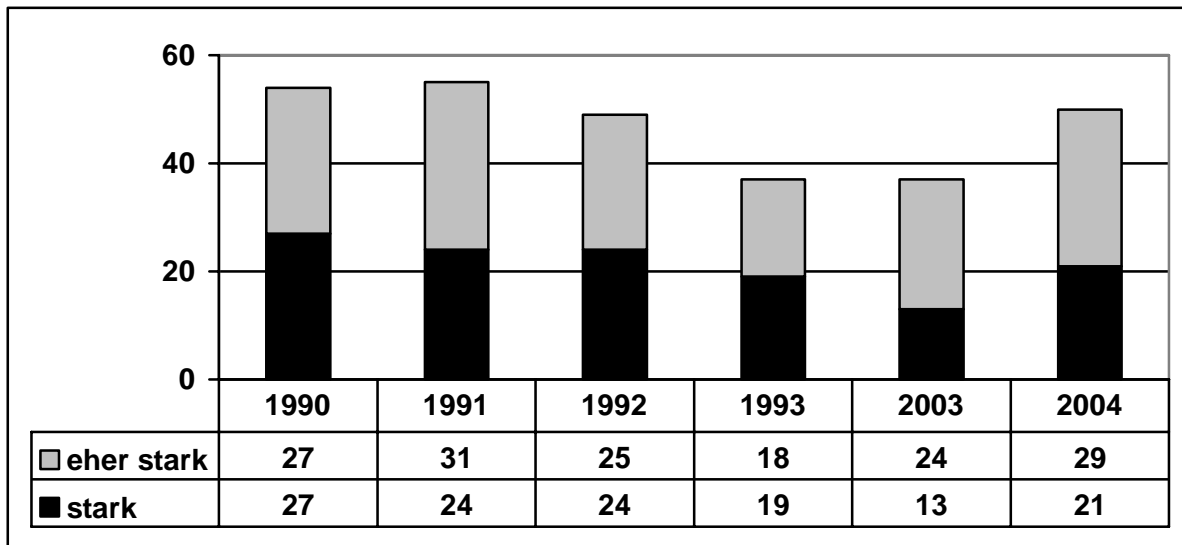
Abbildung 9.3: Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ im Trend 1992 bis 2004, differenziert nach den Geschlechtergruppen. Mittelwerte



Erkennbar ist, dass die durchschnittliche Ausprägung dieser „Grundängste“ über den Zeitraum von 12 Jahren fast kontinuierlich erheblich zugenommen hat. Für die weiblichen Panelmitglieder ist zu allen Zeitpunkten eine signifikant höhere Ausprägung festzustellen.

Aufschlussreich ist die erneute Zunahme der Angst vor einer zunehmenden Einwanderung von Ausländern:

Abbildung 9.4: Angst vor zunehmender Einwanderung von Ausländern im Trend 1990 bis 2004



Leider wurde dieser Trend nach 1993 zunächst nicht fortgesetzt. Die Daten von 2004 lassen jedoch einen erheblichen Anstieg der Quoten gegenüber 2003 erkennen. 2004 zeigt die Korrelation mit der erhobenen Meinung zur EU-Erweiterung (s. Anhang), dass die Angst vor der Einwanderung von Ausländern um so größer ist, je stärker die Panelmitglieder sich gegen die EU-Erweiterung aussprechen.

Erwähnenswert ist, dass der Anteil derer, die Ängste vor weiteren militärischen Abenteuern der USA äußern, gegenüber 2003 von 60% auf 49% zurück gegangen ist, damit aber immer noch rund die Hälfte der Panelmitglieder umfasst.

Auf die übrigen untersuchten Ängste können wir hier nicht eingehen. Alles in allem belegen ihre Ausprägungen und ihre Entwicklungstrends, dass der Vereinigungsprozess auch bei den 31-Jährigen von erheblichen Verunsicherungen und Existenzängsten begleitet und belastet wird, dass Ängste zu einer Grundemotion im Vereinigungsprozess wurden (vgl. H. Berth 1999, S.129).

10. Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem

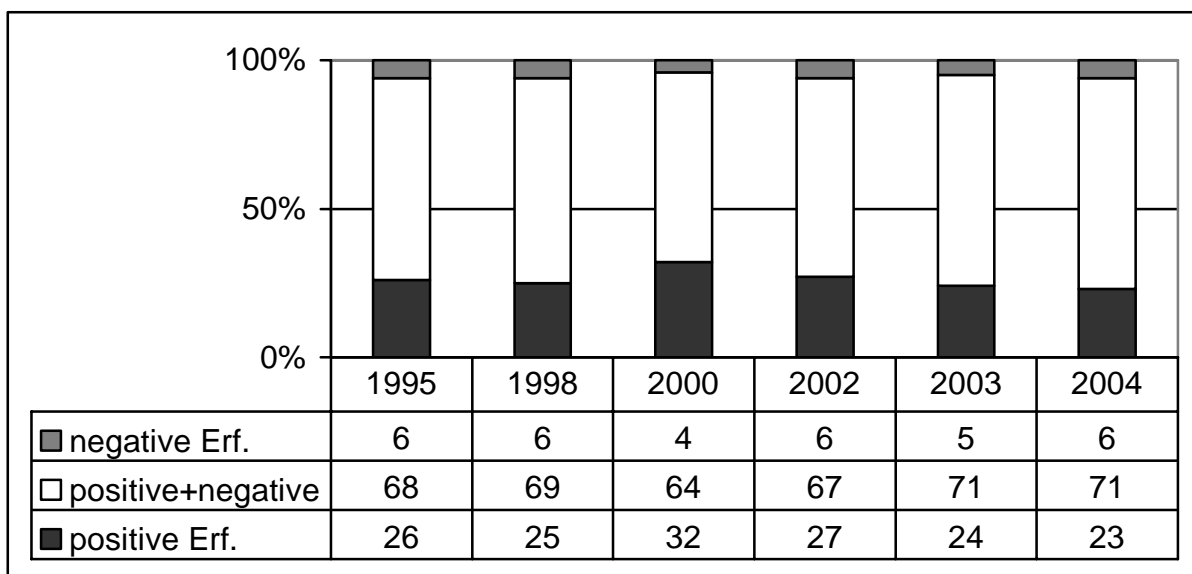
Bei der 18. Welle stand neben der Weiterführung der Trends die Analyse wesentlicher Einflussfaktoren im Mittelpunkt, die hinter diesen stehen. Auch darüber kann hier zunächst nur knapp informiert werden.

Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Und diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch 15 Jahre nach der Wende. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Abbildung 10.1: Generelle Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2004

„Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“

- 1 nur positive Erfahrungen 2 überwiegend positive Erfahrungen
 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen
 4 überwiegend negative Erfahrungen 5 nur negative Erfahrungen



Die AP 1+2 bzw. 4+5 wurden in der Abbildung zusammengefasst.

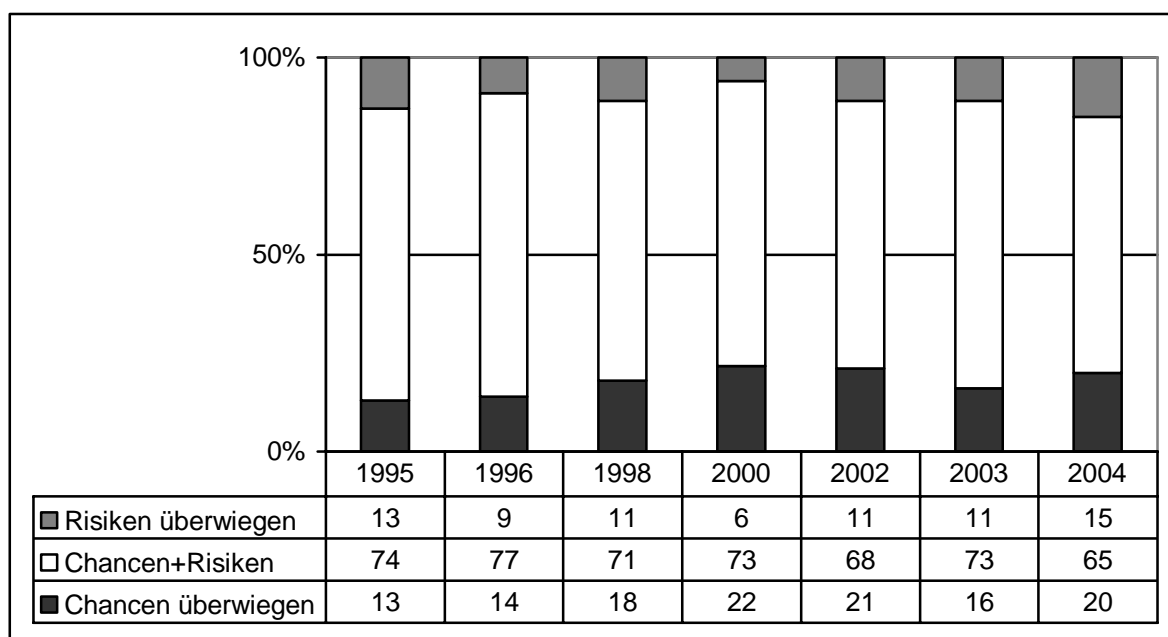
Knapp ein Viertel (23%, darunter 1% nur positive) verweist 2004 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 6% haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (71%) sind jedoch nach wie vor ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander. Die Ergebnisse der vorangegangenen Wellen stimmen damit im wesentlichen überein, allerdings ist nach dem Zuwachs an positiven Erfahrungen im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel) danach – wie bei vielen

anderen Sachverhalten - wieder eine signifikant regressive Tendenz von 32% auf 23%, dem bisher niedrigsten Wert, erkennbar.

Für die hohe Ambivalenz der individuellen Erfahrungen sind in der Studie noch viele weitere Belege zu finden. Sehr augenscheinlich kommt sie bei der Beurteilung des in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Verhältnisses von neuen Chancen und neuen Risiken zum Vorschein:

Abbildung 10.2: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2004
 „Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“

- 1 die neuen Chancen überwiegen
- 2 die neuen Risiken überwiegen
- 3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken



Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken haben sich im Erleben der Teilnehmer insgesamt gesehen leicht zugunsten neuer Chancen verschoben. Aber auch der Anteil jener hat nach 2000 wieder zugenommen, die mehr Risiken als Chancen reflektieren. Im gesamten Zeitraum meint die Mehrheit, dass es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen mit dem neuen System bleibt auch im Jahre 2004 bestehen. Die weiblichen Panelmitglieder reflektieren signifikant weniger häufig überwiegend neue Chancen als ihre männlichen Altersgefährten; Panelmitglieder, die im Westen leben, erheblich häufiger als jene, die im Osten geblieben sind.

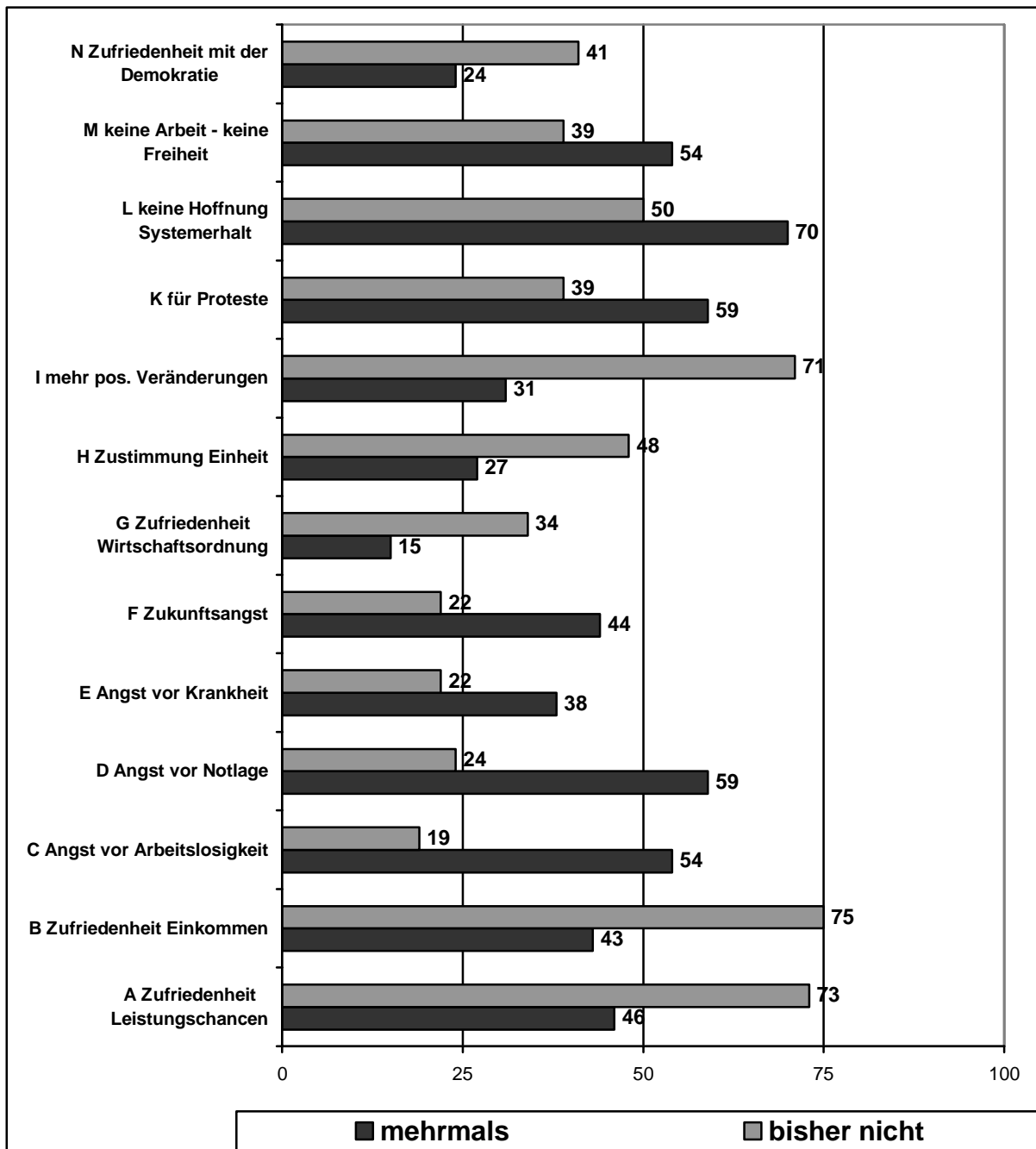
Wir wenden uns jetzt einigen konkreten Erfahrungen der Panelmitglieder zu, deren Einfluss auf die Einstellung zum jetzigen System faktisch seit Anfang der 90er Jahre analysiert wird.

10.1 Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit durchzieht schon seit Jahren wie ein Riss die gesamte Population. Sie wirkt sich nachweislich auf viele Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der jetzigen Gesellschaft aus. Wir belegen das exemplarisch anhand der folgenden Abbildung, in

der relevante Merkmale von Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren bzw. die bisher noch nie arbeitslos waren, verglichen werden. Alle aufgeführten Unterschiede sind statistisch gesichert.

Abbildung 10.3: Merkmale von Panelmitgliedern 2004, die bereits mehrmals bzw. bisher nicht arbeitslos waren (Extremgruppenvergleich)

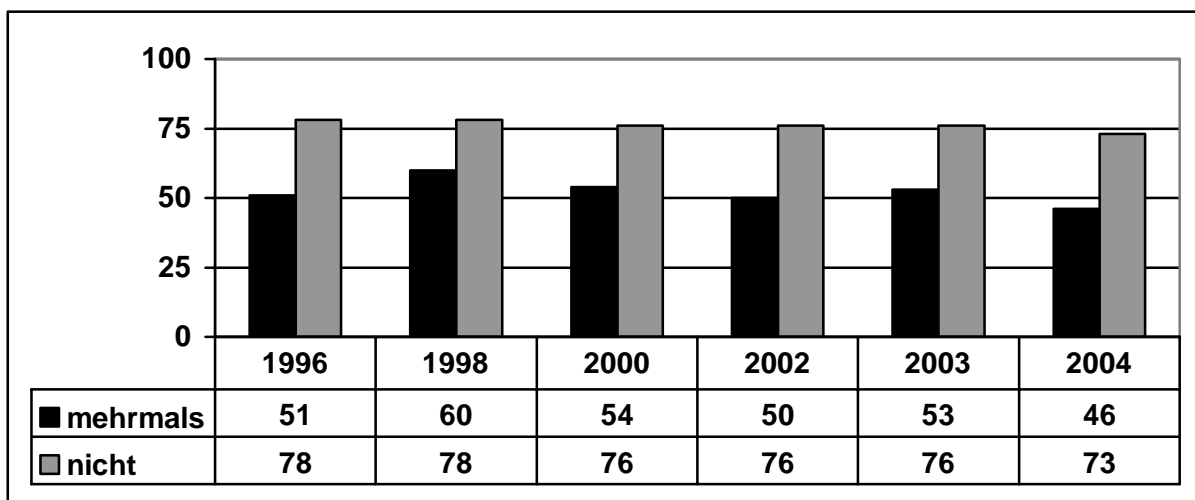


Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe):
 A Zufriedenheit mit den Chancen, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden (61%)
 B Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden (63%)
 C Angst vor Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (35%)
 D Angst vor persönlicher Notlage: stark/eher stark (38%)

- E Angst vor Verschlechterung des Gesundheitszustandes: stark/eher stark (28%)
- F Zukunftsangst: ja, seit Jahren/Monaten (32%)
- G Zufriedenheit mit jetziger Wirtschaftsordnung: sehr zufrieden/zufrieden (26%)
- H Zustimmung zur deutschen Einheit: einschränkungslose Zustimmung (38%)
- I Persönliche Bilanz seit der Vereinigung: mehr positive Veränderungen (51%)
- K Zustimmung zur Aussage „Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen“: einschränkungslose und eingeschränkte Zustimmung (46%)
- L Ablehnung der Aussage „Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt“: starke/sehr starke Ablehnung (61%)
- M Zustimmung zur Aussage „Freiheit nützt mit nichts, wenn ich keine Arbeit habe“ (47%)
- N Zufriedenheit mit der Demokratie: sehr zufrieden/zufrieden (32%)

Wir wollen diese Angaben kurz kommentieren und teilweise durch Trenddaten ergänzen: Sehr unterschiedlich ist die Zufriedenheit mit den behaupteten Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen (A): Von den Befragten mit mehrfachen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit äußern sich 46% mehr oder weniger zufrieden – der bisher geringste Anteil; von jenen, die bisher nicht arbeitslos waren, dagegen mit 73% weitaus mehr. Arbeitslosigkeit schränkt wider den eigenen Willen die Chancen deutlich ein, durch Leistungen voranzukommen. Dass es sich dabei nicht um ein zufälliges, punktuelles Ergebnis handelt, wird durch den dazu vorliegenden Trend seit 1996 (seitdem liegen genaue Zahlen zur Arbeitslosigkeit vor) anschaulich unterstrichen:

Abbildung 10.4: Anteile der Panelmitglieder, die mit den Chancen zufrieden sind, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



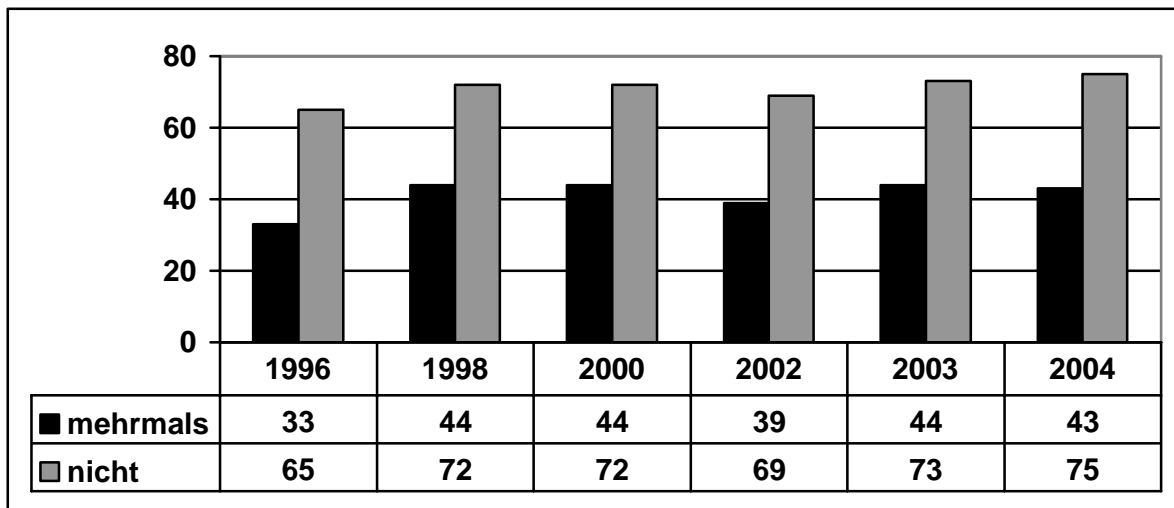
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die sie in der jetzigen Gesellschaft haben, *durch Leistung* voranzukommen?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden
Die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Die nun schon seit 1996 dokumentierten erheblichen Unterschiede innerhalb unserer identischen Population verweisen darauf, dass wir es hier nicht mit zufälligen Abweichungen zu tun haben, sondern mit einer gesellschaftstypischen, durch mehrfache Arbeitslosigkeit verursachten Benachteiligung einer immer größer werdenden Teilgruppe – eine Entwicklung mit hoher politischer Brisanz.

Dementsprechend unterscheiden sich die beiden Extremgruppen auch deutlich im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen (B): TeilnehmerInnen, die schon mehrmals arbeitslos waren, sind 2003 erheblich weniger häufig mit ihrem Einkommen zufrieden als jene, die nicht arbeitslos waren: 43% gegenüber 75%! Dieser Unterschied kann hinsichtlich seiner Brisanz kaum überschätzt werden, zumal er auch in den vorangegangenen Jahren zu beobachten war. Wir stellen dazu den Trend dieser Unterschiede seit 1996 dar:

Abbildung 10.5: Zufriedenheit mit dem Einkommen, differenziert danach, ob die Panelmitglieder mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend

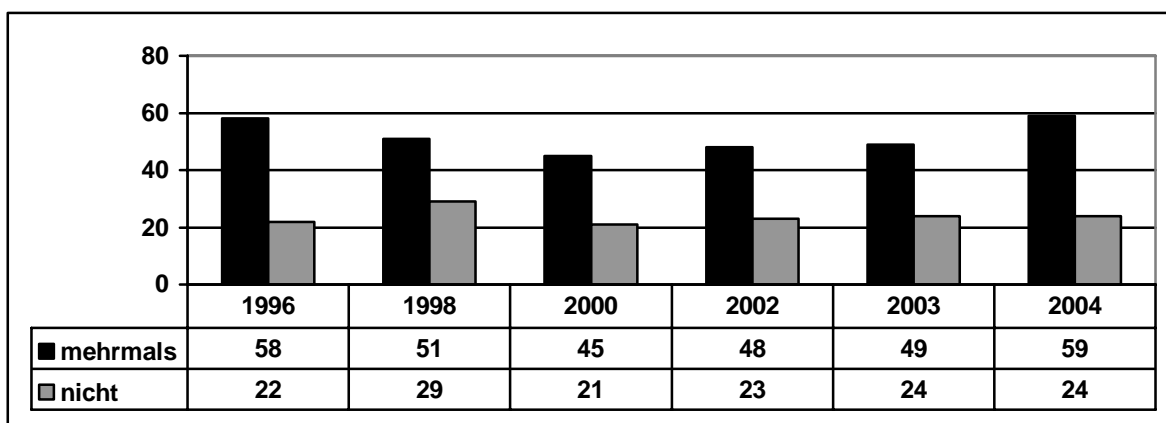


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Einkommen?“ Antwortmodell wie bei Abb. 10.4

Große Unterschiede bestehen im Hinblick auf bestehende Ängste vor (erneuter) persönlicher Arbeitslosigkeit (C): Von den Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren, äußern fast dreimal so viele diese psychisch stark belastende Angst wie von jenen ohne diese Erfahrung: 54% gegenüber 19%!

Ähnliches gilt für die von vielen TeilnehmerInnen geäußerten Ängste vor einer persönlichen Notlage, eine vor der Wende für sie faktisch unbekannte Angst (D): Zwar artikulieren auch von den Panelmitgliedern 2003 ohne die Erfahrung Arbeitslosigkeit 24% diese Angst, von denen mit mehrmaliger Arbeitslosigkeit jedoch 59%, mehr als doppelt so viele! Ähnliche Relationen bestehen zu fast allen Messpunkten:

Abbildung 10.6: Anteile der Panelmitglieder, die Angst vor einer persönlichen Notlage äußern, differenziert danach, ob sie bereits mehrfach bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend:



Frage­text: „Inwie­weit füh­len Sie sich durch das Ein­tre­ten einer per­son­li­chen Not­lage bedroht?“
 1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

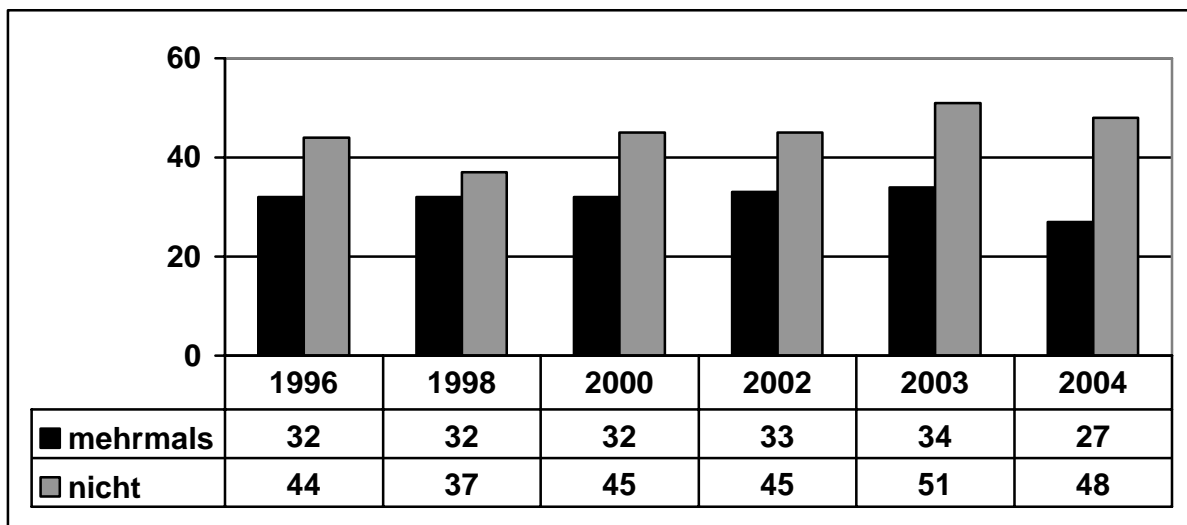
Diese existenzielle Bedrohungsangst hat seit 2000 wieder erheblich zugenommen, insbesondere bei den jungen Frauen.

Aufschlussreich ist, dass Unterschiede zwischen beiden Gruppen auch im Hinblick auf die wahrgenommene eigene Gesundheit bestehen (E). Während sich von den TeilnehmerInnen ohne Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit lediglich 22% Sorgen um eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes machen, sind das bei denen mit mehrmaliger Erfahrung fast doppelt so viele: 38%!

Auf diesem Hintergrund überrascht nicht, dass sich beide Gruppen stark im Hinblick auf die Angst vor der Zukunft (F) unterscheiden: 2004 äußern 22% derer, die bisher nicht arbeitslos waren, diese Angst gegenüber 44% jener, die diese Erfahrung bereits mehrmals machen mussten!

Gravierende Unterschiede sind auch in faktisch allen wesentlichen politischen Einstellungen festzustellen. Ablesbar ist das an der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (G) sowie an der Einstellung zur deutschen Einheit (H):

Abbildung 10.7: Anteile der Panelmitglieder, die die deutsche Einheit uneingeschränkt bejahen, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



Frage­text: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“
 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen
 Prozentwerte der uneingeschränkten Position.

Selbst bei dieser grundsätzlichen Einstellung treten (außer 1998) signifikante und relevante Unterschiede auf. Während bei jenen Panelmitgliedern, die von Arbeitslosigkeit verschont geblieben waren, der Anteil einschränkungsloser Zustimmungen tendenziell ansteigt, gibt es bei denen, die mehrmals arbeitslos waren, über den gesamten Zeitraum hinweg kaum Veränderungen. 2004 deutet sich allerdings bei denen mit mehrmaligen Erfahrungen ein Rückgang an. Der generelle Zuwachs an Zustimmung bis 2003 stammt vorwiegend von denen, die noch nicht den Gang zum Arbeitsamt antreten mussten.

Auch bei der persönlichen Bilanz über die Veränderungen seit der Vereinigung (I) fallen die Angaben weit auseinander: Mehr positive Veränderungen bilanzieren 2004 31% der Panel-

mitglieder mit mehrmaliger Erfahrung von Arbeitslosigkeit gegenüber 71% derer ohne diese Erfahrung.

Mehrmals erfahrene Arbeitslosigkeit trägt bei diesen jungen Ostdeutschen nicht zuletzt auch dazu bei, die Protestbereitschaft zu erhöhen (K): 59% derer, die schon mehrmals arbeitslos waren, sprechen sich dafür aus, wieder auf die Straße zu gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen, das sind weitaus mehr als von jenen, die bisher keine Arbeitslosigkeit erlebt haben mit 39%.

Bemerkenswert ist, dass von den Panelmitgliedern, die mehrfach arbeitslos waren, 70% verneinen, darauf zu hoffen, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt (L) (Bejahung: 7%); bei denen, die diese Erfahrung noch nicht gemacht haben, sind das 50% (Bejahung: 10%).

Aufschlussreich ist, dass der Aussage „Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe“ (M) von 54% der Ersteren bzw. 39% der Letzteren zugestimmt wird. Das Erleben von Freiheit wird von erfahrener Arbeitslosigkeit erheblich eingeschränkt oder verhindert – eine der entscheidenden Aussagen unserer Studie. In den verbalen Aussagen der TeilnehmerInnen war faktisch von Anfang der 90er Jahre an häufig die Meinung zu lesen, „dass Freiheit wenig nützt, wenn man keine Arbeit hat.“ Zur Verbreitung dieser Auffassung liegen Trenddaten seit 1996 vor:

Tabelle 10.1: Arbeitslosigkeit und Freiheit

„Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“

1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.

2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.

0 Das ist schwer zu sagen.

		1	2	0
1996		32	49	19
1998		35	47	18
2000		41	44	15
2001		42	37	21
2002		43	38	19
2003		41	43	16
2004		37	47	16
2004	männlich	44	45	11
	weiblich	30	49	21

Schon die Daten vorangegangener Wellen lassen erkennen, dass die proklamierte Freiheit von einem großen Teil dieser jungen Ostdeutschen infolge von Arbeitslosigkeit und deren vielschichtigen (individuellen und kollektiven) Folgen nicht als Realität erfahren wird. Diese Quote hatte bis 2001 abgenommen, ab 2002 ist sie jedoch wieder auf 47% 2004 angestiegen.

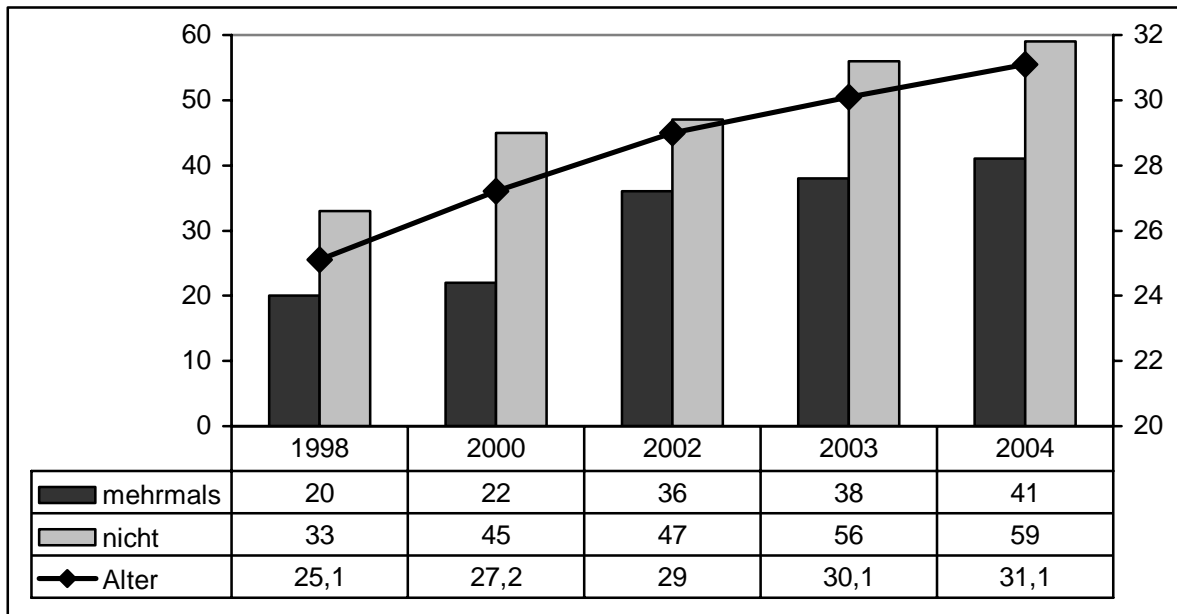
Bei den jungen Frauen beträgt sie 49% gegenüber 45% bei den jungen Männern.

Von erheblicher Bedeutung ist nicht zuletzt, dass vor allem mehrmalige Arbeitslosigkeit die Zufriedenheit mit der Demokratie deutlich mindert, Beleg dafür, dass die bestehende und noch weiter zunehmende Massenarbeitslosigkeit der Demokratie entgegenwirkt (N) – eine

Auswirkung des gegenwärtigen Systems, die mit Sicherheit zunehmen wird mit heute noch nicht absehbaren Folgen.

Erhebliche Auswirkungen hat erfahrene Arbeitslosigkeit - natürlich vielfach vermittelt - auf die Familiengründung der Panelmitglieder. So sind von den weiblichen Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren, im Jahr 2004 mit 42% tendenziell weniger bereits verheiratet als von jenen, die bisher nicht arbeitslos waren: 59% ($P = .097$) Ähnliche Relationen bestanden auch in den vorangegangenen Jahren:

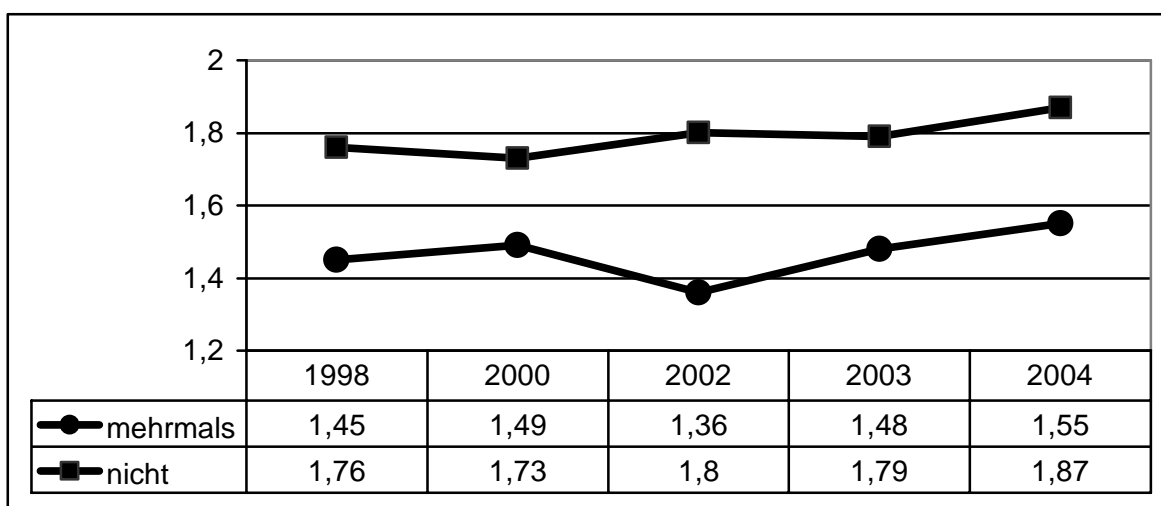
Abbildung 10.8: Anteile Verheirateter bei den weiblichen Panelmitgliedern im Trend, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend 1998 bis 2004



Die Unterschiede sind statistisch signifikant oder verweisen auf eine deutliche Tendenz.

Große Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen zeigen sich auch in Bezug auf die Zahl der gewünschten Kinder, und zwar in durchaus relevanten Größenordnungen:

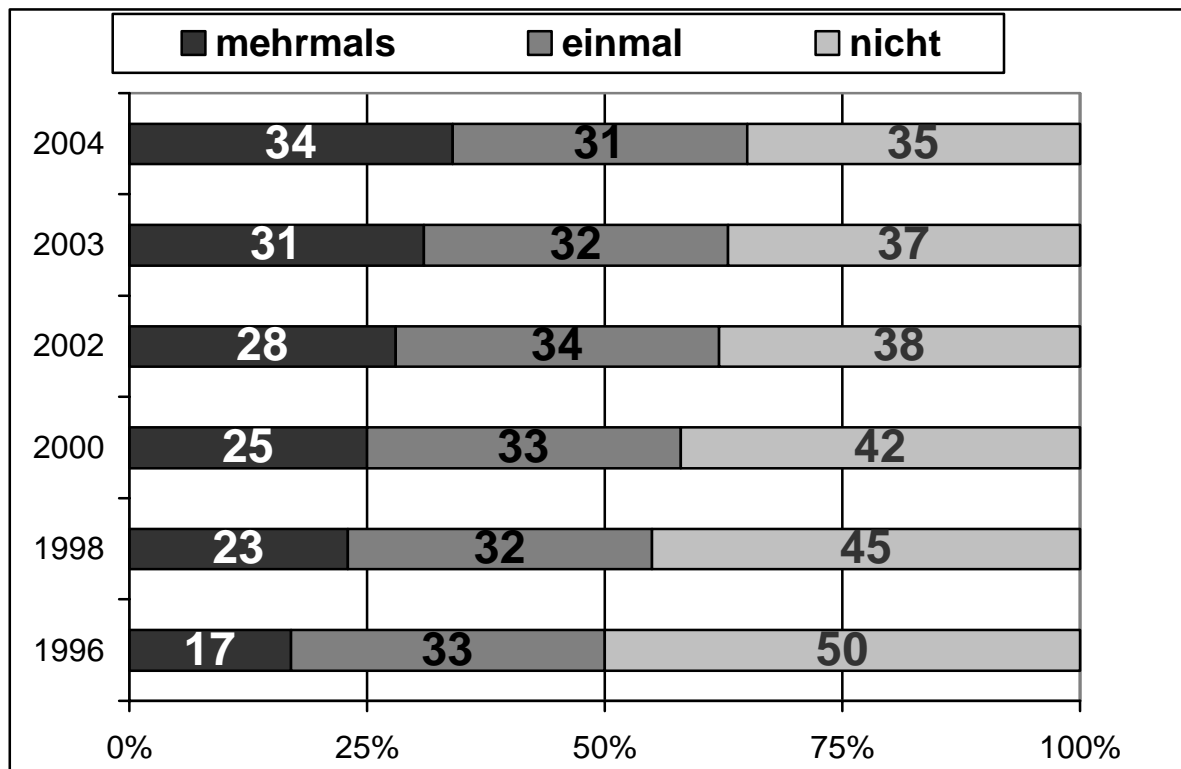
Abbildung 10.9: Durchschnittliche Anzahl gewünschter Kinder bei den weiblichen Panelmitgliedern, differenziert danach, ob sie mehrmals oder nicht arbeitslos waren, im Trend 1998 bis 2004



Die Panelmitglieder gaben die Anzahl der gewünschten Kinder im Fragebogen direkt an. Die Unterschiede in den Mittelwerten der beiden Extremgruppen sind signifikant.

Der Anteil der Panelmitglieder, die schon die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mussten, hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Eine entsprechende Frage wird seit der 12. Welle 1996 gestellt, d.h. seit ihrem 23. Lebensjahr:

Abbildung 10.10: Anteil der Panelmitglieder mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2004 (nur Teilnehmer der 18. Welle)



Fragetext: „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“

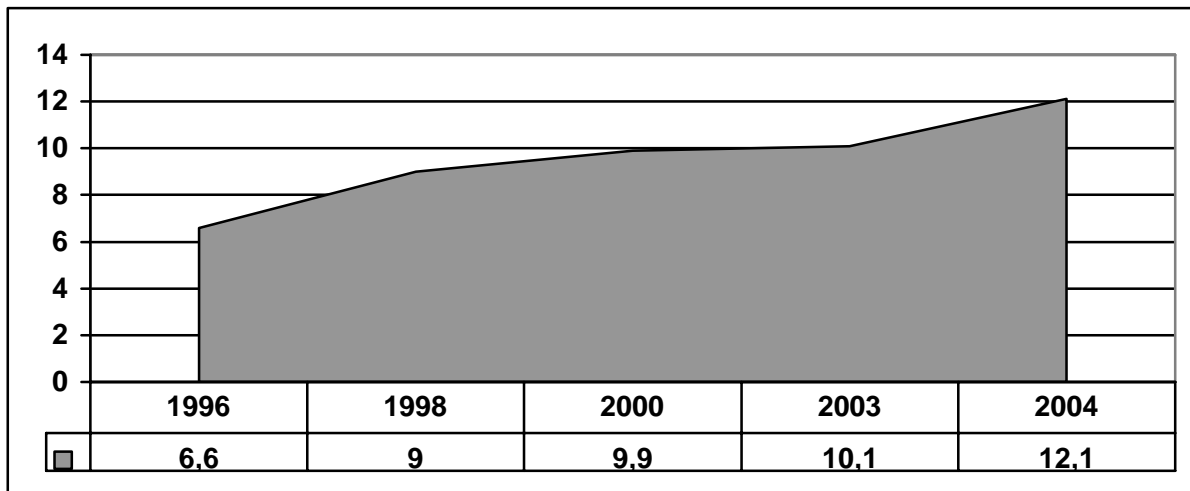
1 ja, mehrmals 2 ja, einmal 3 nein

Im Jahr 2004, im Alter von 31 Jahren (!) sind es bereits fast zwei Drittel (65%), die diese stark prägende Erfahrung machen mussten. Ablesbar ist vor allem, dass der Anteil derer sich zwischen 1996 und 2004 verdoppelt hat, die bereits mehrmals arbeitslos waren! Dieser sehr beunruhigende Trend wird sich vermutlich fortsetzen mit starken psychischen, materiellen und politischen Auswirkungen. Aus den offiziellen Statistiken geht dieser Trend übrigens nicht hervor.

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich 2004 wie schon 2003 nur wenig: bisher waren 68% der männlichen Panelmitglieder gegenüber 63% der weiblichen ein- oder mehrmals arbeitslos (mehrmals je 34%).

Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit wurde erfasst (in Monaten); diese Angaben sind noch auszuwerten. Fest steht schon jetzt, dass die durchschnittliche Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit von 6,7 Monaten 1996 auf 12,1 Monate 2004, d. h. auf rund ein Jahr gestiegen ist und damit verdoppelt hat!

Abbildung 10.11: Dauer der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Monaten in der Gesamtgruppe im Trend 1996 bis 2004



Ohne die Angaben von 2002, die noch zu überprüfen sind. Die Panelmitglieder gaben die Anzahl der Monate im Fragebogen an.

Die jungen Frauen waren bis 2004 signifikant länger arbeitslos als die jungen Männer: 14,12 gegenüber 9,86 Jahre. Panelmitglieder, die im Osten leben, waren tendenziell länger arbeitslos als jene, die im West leben: 12,2 gegenüber 10,54 Jahre bzw. 7,67 Jahre im Ausland.

Mehr oder weniger direkt sind die Panelmitglieder darüber hinaus auch durch Arbeitslosigkeit in ihrem sozialen Umfeld betroffen:

Tabelle 10.2: Bisherige Erfahrungen der Eltern der Panelmitglieder mit Arbeitslosigkeit 2003 und 2004

„Waren oder sind Ihre Eltern in irgendeiner Weise von Arbeitslosigkeit betroffen?“

	1 nein beide nicht	2 ja nur der Vater	3 ja, nur die Mutter	4 ja, beide	2-4 Eltern ges.
2003	44	16	20	20	56
2004	42	16	21	21	58

Es stellt sich heraus, dass bis 2004 über die Hälfte (58%) der Eltern (d.h. Vater und/oder Mutter) von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind. Mit 21% ist die Gruppe derer ziemlich groß, die Arbeitslosigkeit beider Elternteile erlebt haben (was nicht gleichzeitig passiert sein muss). Für sehr viele war das erste schockierende Ereignis nach der Wende, dass ihre Väter und/oder Mütter arbeitslos wurden.

Hinzu kommt, dass auch ein Teil der LebenspartnerInnen, der Geschwister der Panelmitglieder sowie der engen Freunde arbeitslos waren bzw. sind:

Tabelle 10.3: Arbeitslosigkeit von Lebenspartnern, Geschwister und engen Freunden

War oder ist Ihr (e) Lebenspartner (in) von Arbeitslosigkeit betroffen?

ja	nein	habe (zur Zeit) keine (n) Partner (in)
15	28	57

Waren oder sind Ihre Geschwister (ein oder mehrere) von Arbeitslosigkeit betroffen?

ja	nein	ich habe keine Geschwister
36	46	18

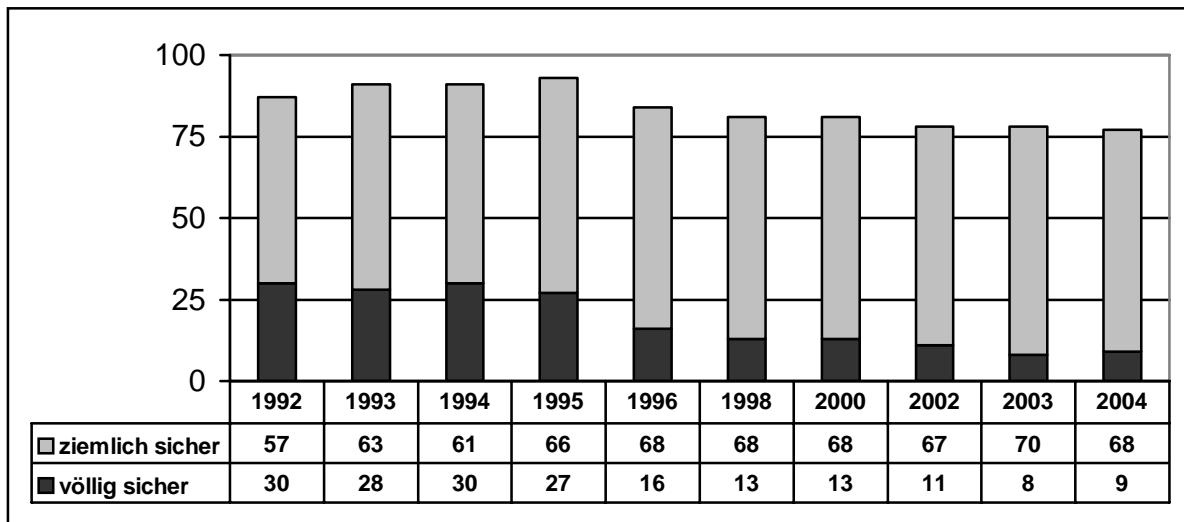
Waren oder sind enge Freunde/Freundinnen von Ihnen von Arbeitslosigkeit betroffen?

ja	nein
68	32

Aus der individuellen Kopplung (nicht Addition) der Angaben hierzu geht hervor, dass bis 2004 94% der Panelmitglieder direkt oder indirekt im erwähnten sozialen Nahbereich mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden, nur 6% nicht – mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit und Gesundheit. Arbeitslosigkeit der Eltern, des Partners/der Partnerin, der Geschwister und enger Freunde und die damit verbundenen Sorgen machen vielen TeilnehmerInnen zusätzlich zu schaffen, vermindern ihre eigene Zukunftszuversicht, dämpfen ihre Zufriedenheit mit der Gesellschaft. Diese kollektive Betroffenheit wird in ihren Folgen u. E. völlig unterschätzt.

Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt hinzu, dass seit 1993 das für die Befindlichkeit bedeutsame Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung. Auch nach dem Regierungswechsel ist noch keine Trendwende erkennbar. Die folgende Abbildung informiert über die Veränderungen zwischen 1992 und 2004:

Abbildung 10.12: Vermutete Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 – 2004. Anteile der AP „völlig sicher“ (1) und „ziemlich sicher“ (2)



Fragetext: Wie sicher ist Ihr Arbeits- /Ausbildungsplatz?

1 völlig sicher 2 ziemlich sicher 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

Der Trend bei den jungen Frauen verläuft ähnlich wie der bei den jungen Männern, allerdings ist bei ihnen der starke Abwärtstrend des uneingeschränkten Sicherheitsgefühls noch deutlicher als bei den jungen Männern, ein weiterer Hintergrund für ihre systemkritische Haltung.

Bereits im Rahmen der 16. Welle 2002 gaben die Panelmitglieder Urteile zu Thema Arbeitslosigkeit ab, diese Fragen wurden 2004 fast vollständig wiederholt bzw. ergänzt. Aus den Antworten und dem Vergleich können sehr anschaulich die vielschichtigen Auswirkungen persönlicher und kollektiver Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit abgelesen werden:

Tabelle 10.4: Urteile über Arbeitslosigkeit 2002 und 2004 (Auswahl; geordnet nach dem Mittelwert 2002)

„Noch einige Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit. Bitte nehmen Sie zu jeder einzelnen Stellung, indem Sie die jeweils zutreffende Zahl in die entsprechende Klammer eintragen.“

1 Ich stimme vollkommen zu 2, 3, 4, 5 Ich lehne vollkommen ab

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Arbeitslosigkeit macht Angst vor der Zukunft							
2002	49	34	(83)	14	2	1	1,73
2004	68!	21	(89)	8	3	0	1,48
Arbeitslosigkeit macht die Menschen depressiv							
2002	42	38	(80)	16	3	1	1,83
2004	40	35	(75)	20	4	1	1,92
Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein							
2002	41	33	(74)	20	4	2	1,94
2004	52	30	(82)	14	4	0	1,70

Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank

2002	34	40	(74)	20	3	3	1,96
2004	40	31	(71)	21	8	0	1,98

Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems

2002	38	36	(74)	18	6	2	1,98
2004	60	25	(85)	11	3	1	1,61

Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten

2002	37	35	(72)	20	5	3	2,02
2004	56	29	(85)	11	3	1	1,65

Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm

2002	39	32	(71)	21	6	2	1,98
2004	54	29	(83)	13	2	2	1,69

Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude

2002	31	38	(69)	25	4	2	2,09
2004	38	34	(72)	23	5	0	1,97

Wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche

2002	24	33	(57)	30	10	3	2,34
2004	15	21	(36)	31	21	12	2,95

Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass

2002	24	28	(52)	28	11	9	2,54
2004	28	27	(55)	27	9	9	2,43

Jeder ist selbst daran schuld, wenn er arbeitslos wird

2002	0	3	(3)	19	29	49	4,24
------	---	---	------	----	----	----	------

Mit der Arbeitslosigkeit muss man sich abfinden, man kann nichts daran ändern

2002	0	3	(3)	12	23	62	4,43
------	---	---	------	----	----	----	------

Arbeitslosigkeit verstößt gegen die Achtung der Würde des Menschen

2002	24	26	(50)	29	13	8	2,56
------	----	----	------	----	----	---	------

Sehr viele Panelmitglieder stimmen den überwiegend kritisch formulierten Aussagen über Arbeitslosigkeit zu, selbst dann, wenn sie bisher noch nicht persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren (was aber – wie erwähnt – für die Eltern bzw. Lebenspartner, Geschwister und Freunde zutreffen kann). Das lässt darauf schließen, dass diese Meinungen einen weit verbreiteten Konsens darstellen als Reaktion dieser jungen Leute auf die kollektiv erfahrene und sich weiter ausbreitende Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Der größte Teil von ihnen reflektiert Arbeitslosigkeit als gravierende Bedrohung und Einschränkung ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

Enorm zugenommen hat seit 2002 die einschränkungslose Zustimmung (nur Position 1) zur Aussage, dass Arbeitslosigkeit Angst vor der Zukunft macht: von 49% auf 68%!! (1+2: von 83% auf 89%). Das bekräftigt andere Aussagen dieser Studie, die ebenfalls diese Auswirkungen belegen.

Zugenommen hat darüber hinaus auch die einschränkungslose bzw. eingeschränkte Zustimmung (Positionen 1 und 2) zu den Aussagen

- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein (von 74% auf 82%; darunter einschränkungslos von 41% auf 52% !)
- Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems (von 74% auf 85%; darunter einschränkungslos von 38% auf 60% !)
- Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten (von 72% auf 85%; darunter einschränkungslos von 37% auf 56% !)
- Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm (von 71% auf 83%; darunter einschränkungslos von 39% auf 54% !)

Nach wie vor weit verbreitet ist die Zustimmung zu den Aussagen

- Arbeitslosigkeit macht die Menschen depressiv (2004 75%)
- Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank (2004 71%)
- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude (2004 72%)
- Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass (2004 55%)

Zurückgegangen ist die Zustimmung zu der Aussage

- Wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche (von 57% auf 36%)

Jeder Zweite teilt 2004 die Auffassung, dass Arbeitslosigkeit gegen den Verfassungsgrundsatz der Achtung der Würde des Menschen verstößt!

Lediglich 3% stimmen 2004 zu, dass jeder selbst daran schuld ist, wenn er arbeitslos wird. Ebenfalls 3% meinen, dass man sich mit Arbeitslosigkeit abfinden müsse, man kann nichts daran ändern.

Weibliche Panelmitglieder stimmen den kritischen Aussagen fast durchweg erheblich häufiger zu als männliche, Ausdruck ihrer generell weitaus kritischeren Beurteilung des gegenwärtigen Systems, welche die gesamte Studie durchzieht.

10.2 Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren mehrheitlich sehr kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit große Erwartungen hatten:

Tabelle 10.5: Demokratie-Erfahrungen der Panelmitglieder
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“
 1 ja 2 nein 3 Das ist schwer zu sagen.

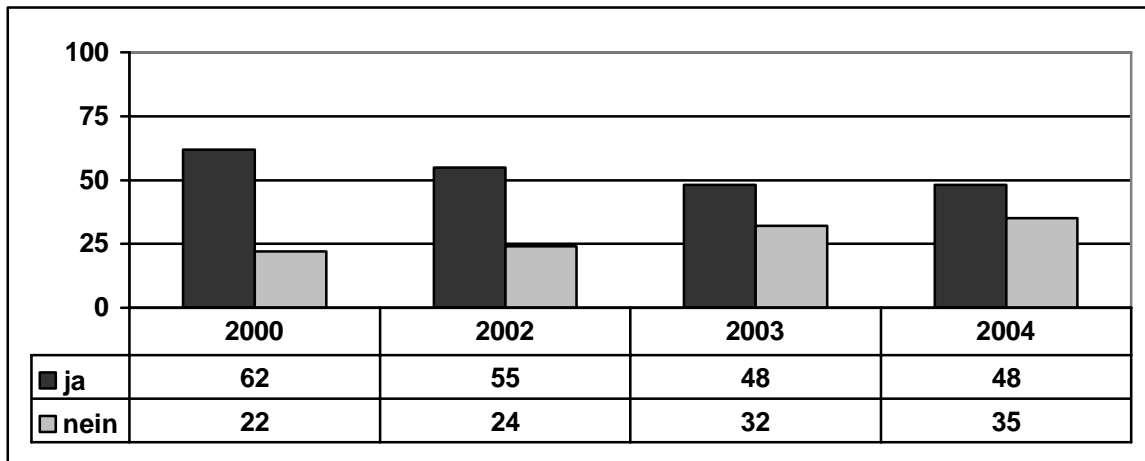
Jahr	1	2	3
<i>dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	60	29	11
1998	63	25	12
2000	65	22	13
2002	64	23	13
2003	59	27	14
(2004 nicht erfasst)			
<i>dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind</i>			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	3	84	13
2002	4	81	15
2003	4	84	12
(2004 nicht erfasst)			
<i>dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können</i>			
2000	62	22	16
2002	55	24	21
2003	48	32	20
2004	48	35	17
<i>dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können</i>			
2002	9	70	21
2003	11	69	20
2004	12	73	15

Diese Angaben sprechen für sich: Mit nur rund 60% haben in den letzten Jahren (Stand von 2003) bei weitem nicht alle die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können.

Nur zwischen 3% und 4% haben über Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind. Diese sehr konstanten Zahlen müssen nicht kommentiert werden.

Zu denken geben muss, dass nur die reichliche Hälfte der Panelmitglieder die Erfahrung gemacht hat, ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten zu können, der Trend ist außerdem eindeutig regressiv, eine bedenkenswerte Tendenz:

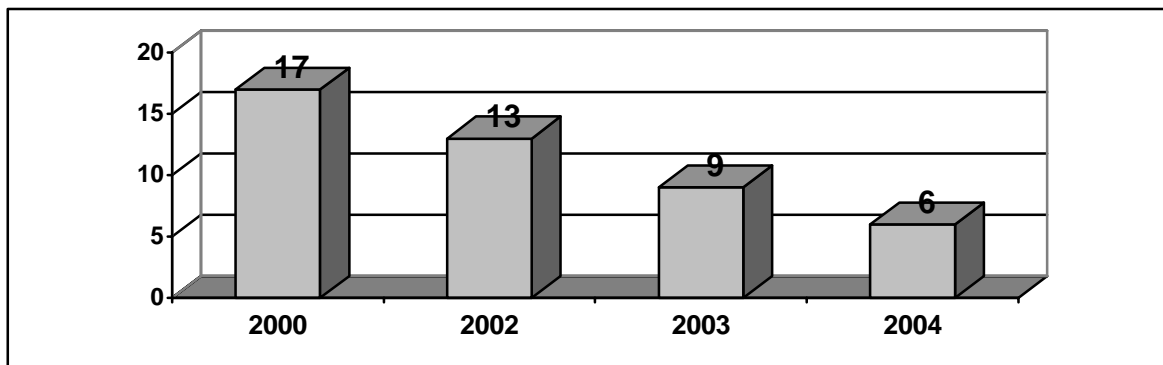
Abbildung 10.14: Anteil der Panelmitglieder, die die Erfahrung gemacht haben, ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten zu können, im Trend



(fehlende Prozente: „Das ist schwer zu sagen“)

Noch weniger meinen allerdings, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können: 2000 21%, 2002 16%, 2003 12%, 2004 7%). Koppeln wir beide Aspekte, dann stellt sich heraus, dass der Anteil jener Panelmitglieder, die die Erfahrung gemacht haben, ihr Leben sowohl ohne politische Zwänge als auch ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können, sehr gering ist und weiter abnimmt:

Abbildung 10.15: Anteil der 31-Jährigen, die die Erfahrung gemacht haben, ihr Leben sowohl ohne politische als auch ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können, im Trend 2000 bis 2004



Nur eine Minderheit von 12% hat schließlich 2004 die Erfahrung gemacht, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können, 69% verneinen das. Das muss nicht kommentiert werden.

10.3 Abnehmende Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit

Das viel diskutierte Defizit hinsichtlich der „Leistungsgerechtigkeit“ ist auch bei den jetzt 31-Jährigen zu beobachten:

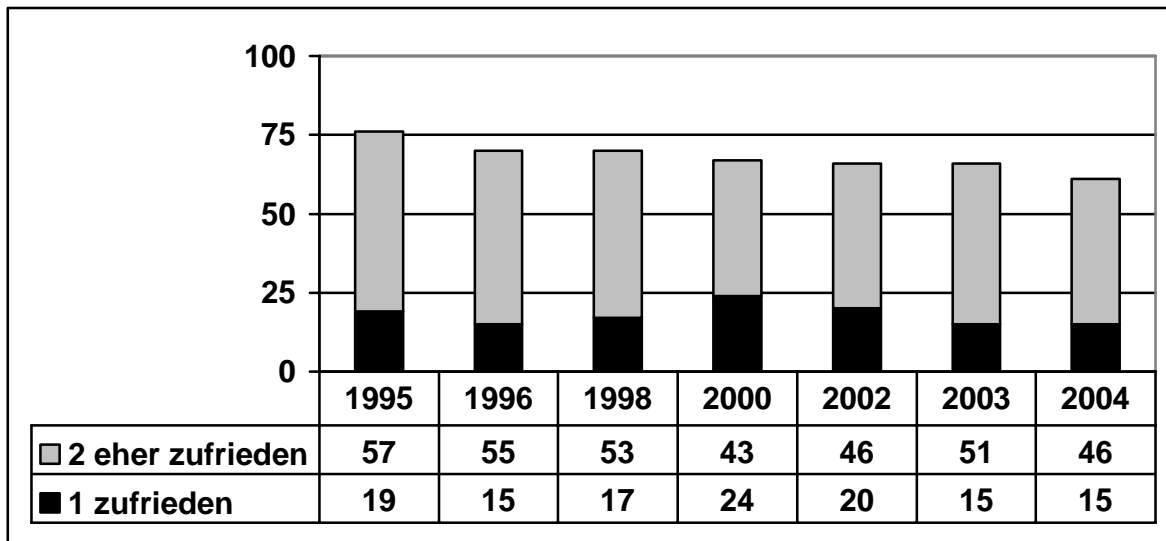
Tabelle 10.6: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen

„Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, es in der jetzigen Gesellschaft *durch Leistung* zu etwas zu bringen?“

	1 zufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden		2 eher zufrieden als unzufrieden 4 unzufrieden			
	1	2	(1+2)	3	4	X
1995	19	57	(76)	21	3	2,1
1996	15	55	(70)	25	5	2,2
1998	17	53	(70)	25	5	2,2
2000	24	43	(67)	28	5	2,2
2002	20	46	(66)	29	5	2,2
2003	15	51	(66)	28	6	2,3
2004	15	46	(61)	31	8	2,3
männlich	18	52	(70)	22	8	2,2
weiblich	13	42	(55!)	37	8	2,4
arbeitslos gewesen?						
mehrmals	7	39	(46)	44	10	2,6
einmal	17	49	(66)	26	8	2,3
nein	21	52	(73)	22	5	2,1
lebt im Osten	12	44	(56)	35	9	2,4
lebt im Westen	21	55	(76)	18	6	2,1
lebt im Ausland (n=7)	71	29	(100)	0	0	1,3

Knapp zwei Drittel sind im Jahr 2004 mit den real erlebten Leistungschancen zufrieden, aber nur der kleinere Teil davon ohne Einschränkung. Außerdem ist eine rückläufige Tendenz erkennbar: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2004 von 76% kontinuierlich und signifikant auf 61% abgesunken:

Abbildung 10.16: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen. Zusammengefasste Häufigkeiten zufriedener (1) bzw. eher zufriedener (2) als unzufriedener Panelmitglieder



Die jungen Frauen äußern sich außerdem signifikant weniger zufrieden als die jungen Männer: 2004 55% gegenüber 70%.

Panelmitglieder, die bereits mehrmals arbeitslos waren, äußern sich wie bereits erwähnt signifikant weniger positiv als jene, die noch nicht arbeitslos waren: 46% gegenüber 73%! Arbeitslosigkeit ist ein wesentlicher Grund dafür, dass viele Panelmitglieder die verkündeten Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen, als gering beurteilen. Deutliche Unterschiede bestehen im Hinblick auf die Wohnregion: Panelmitglieder, die im Osten leben, sind weniger zufrieden als ihre Altersgefährten im Westen (56% gegenüber 76%).

Im Zusammenhang damit steht, dass nahezu die Hälfte der Panelmitglieder bezweifelt, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, eines der brisantesten Ergebnisse:

Tabelle 10.7: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit 1996 bis 2004

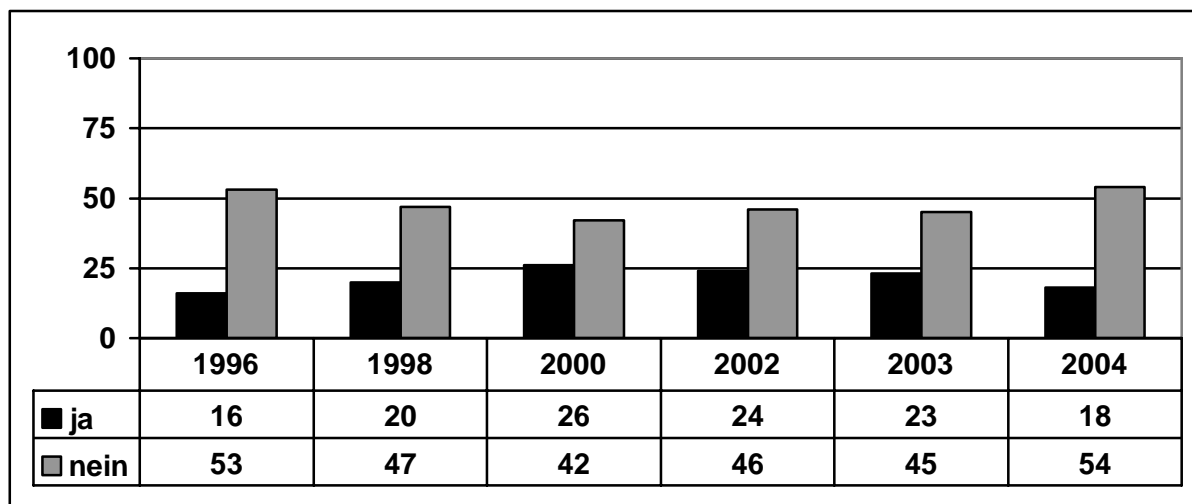
„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.“

1 ja 2 nein 0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	0
1996	16	53	31
1998	20	47	33
2000	26	42	32
2002	24	46	30
2003	23	45	32
2004	18	54	28

Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, aber auch mit der Wirtschaftsordnung hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, dass sich ein großer Teil der Panelmitglieder hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand ungerecht behandelt fühlt. Der sich bis 2000 andeutende positive Trend hat sich danach nicht fortgesetzt, die Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des Wohlstandes bleibt erhalten:

Abbildung 10.17: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit im Trend 1996 bis 2004



(fehlende Prozente: „Das ist schwer zu sagen“)

2004 wurde zu diesem Thema eine weitere Frage gestellt, die so oder ähnlich formuliert breit diskutiert wird:

Tabelle 10.8: Einstellung zur Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes 2004

„Im jetzigen Gesellschaftssystem erhält jeder, egal ob einfacher Bürger oder Vorstand eines Konzerns, seinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	1	2	(3)	15	29	53
männlich	1	4	(5)	17	26	52
weiblich	0	0	(0)	14	32	54

Nur 3% der Panelmitglieder halten die praktizierte Verteilung für gerecht, 82% äußern eine konträre Auffassung! Bei diesem Urteil bestehen keine oder nur geringe Unterschiede zwischen den sozialen Untergruppen, die Daten widerspiegeln einen allgemeinen Konsens. Deutlicher kann die massive Unzufriedenheit mit der Verteilung des Wohlstandes im jetzigen System nicht zum Ausdruck kommen. Auch die im Zusammenhang mit der jüngsten Diskussion um die Managergehälter als Lösung des Problems geforderte „größere Transparenz“ in dieser Frage wird daran wohl nichts ändern.

10.4 Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Die Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird (wie Zusammenhangsanalysen belegen, auf die wir hier nicht näher eingehen können) bei einem großen Teil der Panelmitglieder nach wie vor durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden:

Tabelle 10.9: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2004
 „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1995	21	31	(52)	26	15	7	2,5
1996	24	28	(52)	27	14	7	2,5
1998	26	27	(53)	26	16	5	2,5
2000	24	24	(48)	28	17	7	2,6
2002	22	29	(51)	27	16	6	2,6
2003	18	30	(48)	24	20	8	2,7
2004	20	23	(43)	29	20	8	2,7
lebt im Osten	24	26	(50)	28	18	4	2,5
lebt im Westen	7	13	(20)	31	30	19	3,4

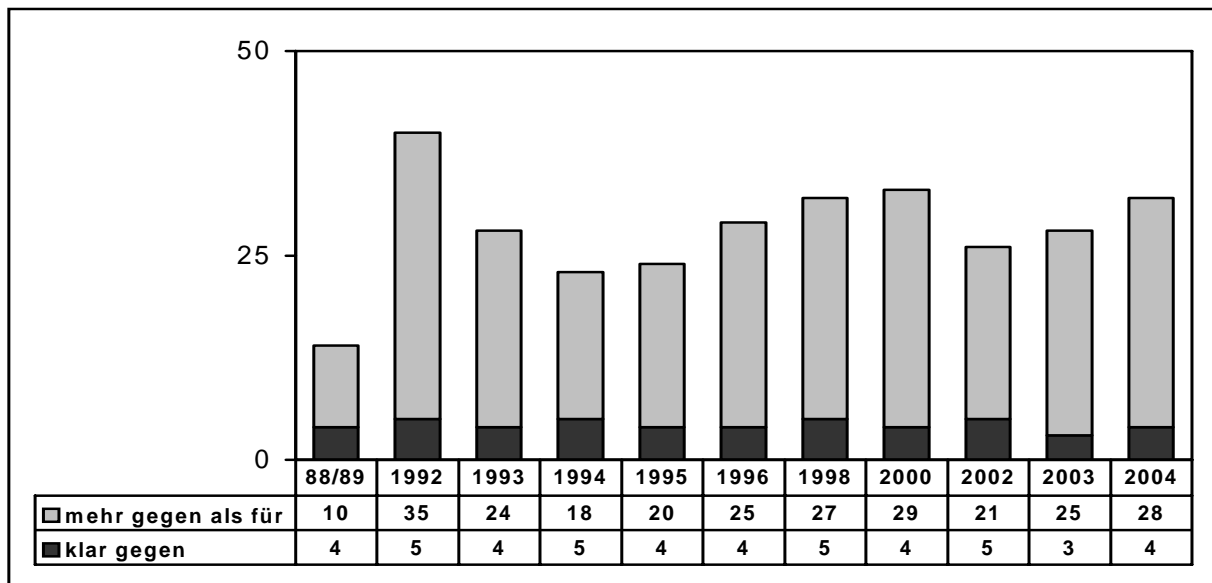
2004 äußert die knappe Hälfte, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 29% äußern sich ambivalent, nur 28% widersprechen. TeilnehmerInnen, die im Westen leben, stimmen erheblich weniger häufig zu, auch von ihnen haben jedoch auch 20% solche Erfahrungen gemacht (die im Osten leben: 50%). Der Trend deutet auf einen Rückgang solcher Meinungen bzw. Erfahrungen hin, der jedoch vor allem von denen beeinflusst wird, die im Westen leben.

11. Anhang

11.1 Ablehnung von Ausländern nimmt wieder zu

Die Ablehnung von Ausländern nimmt offenbar wieder zu. Diese Tendenz steht im Zusammenhang mit der häufiger angeführten Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern. Hierzu führen wir lediglich den Trend mit den Daten ab 1992 an:

Abbildung 11.1: Anteil der TeilnehmerInnen mit *ablehnender* Einstellung gegenüber Ausländern im Trend. Die Positionen 1 + 2 (sehr dagegen bzw. eher dagegen als dafür) wurden zusammengefasst.



Fragestellung: „Wie ist – ganz allgemein – Ihre Einstellung zu Ausländern? Ich bin ...

- 1 klar gegen Ausländer
- 2 eher gegen als für Ausländer
- 3 weder gegen noch für Ausländer
- 4 eher für Ausländer
- 5 klar für Ausländer

Die Daten von 1988/89 bedürfen der Erläuterung: Im Rahmen der 8. Welle 1992 hatten wir die TeilnehmerInnen gebeten, sich daran zu erinnern, wie ihre Einstellung zu Ausländern kurz vor der Wende war („1988/89, als Sie die 10. Klasse besuchten“). Diese Rückschau von 1992 auf die Zeit unmittelbar vor der Wende ist natürlich mit gewissen Verzerrungen behaftet. Sie lässt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf schließen, dass auch damals nach den eigenen Angaben der Panelmitglieder ein kleiner Teil von ihnen (14 %) gegen Ausländer eingestellt war. Nach der Wende erhöhte sich dann der Anteil ablehnender Teilnehmer sehr deutlich.

11.2 Skepsis gegenüber der Osterweiterung der EU

Im Abschnitt 9 hatten wir bereits erwähnt, dass knapp die Hälfte (46%) der 31-Jährigen Ängste vor der EU-Erweiterung äußert. Im Rahmen der 18. Welle wurden in einem aktuellen Zusatzbogen auch mehrere Fragen zur EU-Erweiterung gestellt, über die Ergebnisse soll hier kurz informiert werden.

Tabelle 11.1: „Wie stehen Sie persönlich zur Ost-Erweiterung der EU?“
Ich bin

- 1 sehr dafür
- 2 eher dafür als dagegen
- 3 eher dagegen als dafür
- 4 sehr dagegen
- 0 Dazu habe ich keine Meinung.

	1	2	(1+2)	3	4	0
Gesamt	9	36	(45)	40	10	5
<i>Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern:</i>						
stark/eher stark	3	19	(22)	56	17	5
eher schwach/schwach	15	52	(67)	26	3	4
<i>Angst vor möglicher eigener Arbeitslosigkeit</i>						
stark/eher stark	11	27	(38)	48	10	4
eher schwach/schwach	8	41	(49)	36	10	5

Knapp die Hälfte der Panelmitglieder (45%) spricht sich für die Erweiterung aus, allerdings meist mit Einschränkung. 50% sind mehr oder weniger stark dagegen. Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern (die 2004 von der Hälfte geäußert wird) mindert deutlich die Zustimmung; in geringerem Maße, aber noch deutlich gilt das auch für die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit. Zwischen den Geschlechtergruppen bestehen keine Unterschiede, auch nicht zwischen denen, die im Osten bzw. im Westen leben.

Tabelle 11.2: „Was meinen Sie zu dem Tempo, in dem die EU-Osterweiterung gegenwärtig vor sich geht?“

- Das Tempo ist mir ...
- 1 zu langsam
- 2 zu schnell
- 3 gerade richtig
- 0 Dazu habe ich keine Meinung.

	1	2	3	0
Gesamt	1	71	16	12
<i>Einstellung zur EU-Erweiterung</i>				
sehr dafür	11	14	70	5
eher dafür als dagegen	0	60	26	14
eher dagegen als dafür	0	92	1	7
sehr dagegen	0	93	0	7
<i>Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern:</i>				
stark/eher stark	1	80	7	12
eher schwach/schwach	1	61	26	12

Der großen Mehrheit der 31-Jährigen geht die EU-Erweiterung zu schnell, insbesondere jenen, die sich gegen die Erweiterung aussprechen ($P = .000$) bzw. Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern äußern.

Erwähnenswert ist, dass die Panelmitglieder im Frühjahr 1990 (4. Welle) schon einmal dieselbe Frage beantwortet haben, damals bezogen auf das Tempo der deutschen Einheit:

Tabelle 11.3: „Was meinen Sie zu dem Tempo, in dem die Vereinigung vor sich geht?“ (Mai 1990; N = 275)

Das Tempo ist mir ...	1	2	3	0
1 zu langsam				
2 zu schnell				
3 gerade richtig				
0 Dazu habe ich keine Meinung				
Gesamt	8	49	31	12
männlich	10	43	37	10
weiblich	7	53	26	14
Einstellung zur Vereinigung				
sehr/eher dafür	9	38	40	13
eher/sehr dagegen	3	83	3	11

Die TeilnehmerInnen reagierten damals auf diese Frage wie die Jugendlichen und die Bevölkerung der Noch-DDR im Frühjahr 1990 generell: Rund der Hälfte war das Vereinigungstempo zu schnell (insbesondere den weiblichen Panelmitgliedern), einem Drittel war es gerade recht, nur eine Minderheit hätte es gern noch schneller gehabt. Selbst von den Jugendlichen, die sich für eine Vereinigung aussprachen, meinten 38 %, dass alles zu schnell vor sich geht. Und von jenen, die sich damals einschränkungslos als Bürger der von der SED-Herrschaft befreiten DDR fühlten, äußerten sich sogar rund zwei Drittel negativ zum Vereinigungstempo. Aus den bevölkerungsrepräsentativen Umfragen des ZIJ ging übrigens hervor, dass als erwünschter Vereinigungstermin im April 1990 nur 40 % der Jugendlichen (Gesamtbevölkerung 41 %) und im Juni sogar nur 34 % (42 %) einen Termin bis Ende 1990 vor Augen hatten, die Mehrheit hielt einen späteren Zeitpunkt für wünschenswert. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die bevorstehende Selbstauflösung der DDR damals von den meisten Jugendlichen zwar grundsätzlich bejaht, von vielen aber als überhastet erlebt wurde, als ein Ereignis, dem man mit sehr gemischten Gefühlen entgegensah – wie jetzt erneut der Erweiterung der EU.

Tabelle 11.4: „Welche Veränderungen erwarten Sie ganz allgemein von der EU-Erweiterung für Ostdeutschland?“

	1	2	3	0
1 mehr positive Veränderungen				
2 sowohl positive als auch negative				
3 mehr negative Veränderungen				
0 Dazu habe ich keine Meinung				
Gesamt	8	42	47	3
<i>Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern:</i>				
stark/eher stark	4	26	68	2
eher schwach/schwach	13	56	28	3

Nur eine Minderheit von 8% erwartet mehr positive Veränderungen für Ostdeutschland, aber fast die Hälfte mehr negative. 42% rechnen mit positiven und negativen. Panelmitglieder mit

stark ausgeprägter Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern rechnen erheblich häufiger mit negativen Folgen als jene mit gering ausgeprägter (68% gegenüber 28%).

Tabelle 11.5: „Welche Veränderungen erwarten Sie ganz allgemein von der EU-Erweiterung für Ihr Leben, ganz persönlich?“

	1	2	3	0
1 mehr positive Veränderungen				
2 sowohl positive als auch negative				
3 mehr negative Veränderungen				
0 Dazu habe ich keine Meinung				
Gesamt	10	48	27	15
<i>Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern:</i>				
stark/eher stark	5	39	34	12
eher schwach/schwach	15	58	9	18
<i>Erwartungen an EU-Erweiterung für Ostdeutschland:</i>				
mehr positive	<u>54</u>	29	0	17
positive und negative	11	<u>65</u>	7	17
mehr negative	2	39	<u>50</u>	9
(keine Meinung dazu	0	18	9	73)

Auch in persönlicher Hinsicht äußert nur eine Minderheit von 10% positive Erwartungen, die meisten rechnen mit positiven und negativen Veränderungen, mehr als ein Viertel hat eine negative Prognose.

Von den Panelmitgliedern, die Angst vor weiterer Einwanderung von Ausländern empfinden, rechnen deutlich mehr mit negativen Folgen als jene, bei denen das nicht der Fall ist (34% gegenüber 9%). Die für Ostdeutschland generell vermuteten Veränderungen wirken sich deutlich auf die für sich selbst vermuteten Veränderungen aus.

11.3 Die abgewanderten jungen Leute sind für den Osten verloren!

Wie schon im Rahmen der 16. Welle 2002 und 17. Welle 2003 wurden den im Westen bzw. im Ausland lebenden Panelmitgliedern auch 2004 einige Zusatzfragen gestellt. Das betrifft 2004 insgesamt 94 TeilnehmerInnen, darunter 47 junge Männer und 47 junge Frauen. Die Existenz dieser ziemlich großen Teilpopulation ermöglicht es, die interessante Frage im Längsschnitt zu untersuchen, ob unterschiedliche regionale Bedingungen (vor allem wirtschaftlicher Art) zu unterschiedlichen Entwicklungswegen und Bewertungen des Gesellschaftssystems führen. Diese selten gegebenen Möglichkeiten bestätigen uns in auch in der Absicht, die Studie weiter fortzusetzen.

Ein großer Teil von ihnen lebt 2004 in Bayern (33%), relativ viele in Baden-Württemberg (18%) und Hessen (16%), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (9%), Niedersachsen (7%). 7 TeilnehmerInnen leben im Ausland: Je eine (r) in Österreich, Italien, England, Schweiz, Schweden, Venezuela, USA.

Viele leben bereits längere Zeit im Westen, der Durchschnittswert ist von 6,9 Jahre 2003 auf 7,7 Jahre 2004 gestiegen.

Nur eine Minderheit von ihnen will in den Osten zurückkehren:

Tabelle 11.6: „Werden Sie in den Osten zurückkehren?“

	2002	2003	2004
1 ja, auf jeden Fall	2	6	4
2 ja, wahrscheinlich	6	5	7
3 nein, wahrscheinlich nicht	42	41	41
4 nein, auf keinen Fall	26	22	31
0 Das ist noch völlig offen	24	26	17

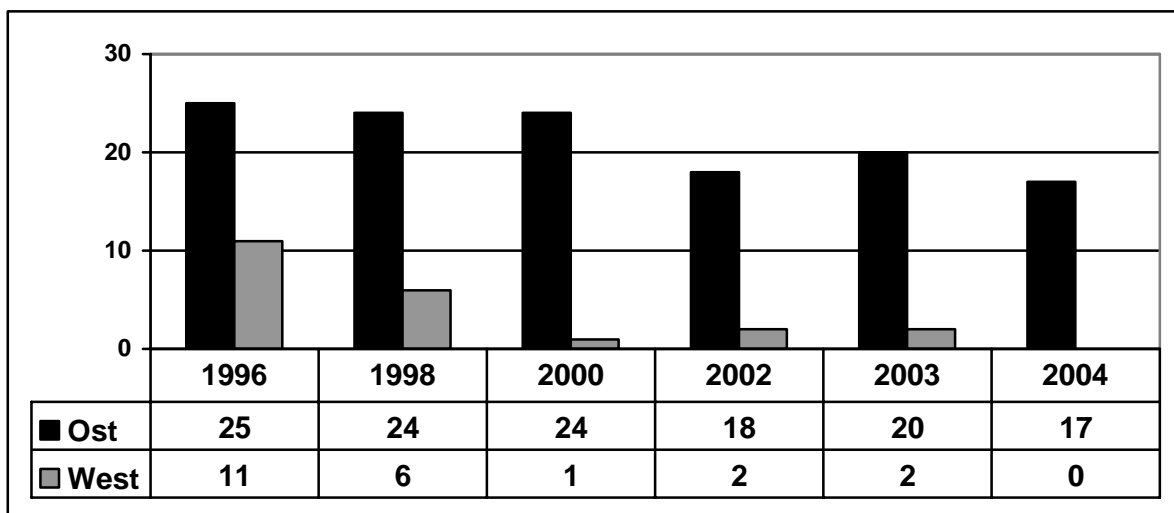
Nur 11% erklären 2004, zurückkehren zu wollen. Dabei gibt es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen. Leicht erhöht hat sich der Anteil derer, die auf keinen Fall zurückkehren wollen, dafür ist der Anteil jener, für die das noch offen ist, geringer geworden.

Keiner der im Westen bzw. im Ausland lebenden Panelmitglieder hat es stark bereut, in den Westen/ins Ausland gegangen zu sein, 18% teils-teils, 15% schwach und 67% überhaupt nicht.

Aufschlussreich sind die Angaben der abgewanderten Panelmitglieder über die Gründe dafür, über ihre Lebensverhältnisse am neuen Wohnort, die Rückschlüsse auf die Folgen ihrer Migration, insbesondere auf ihre soziale Integration zulassen. Diese sind in der Langfassung ausführlich dargestellt (s. S.115 ff.).

Sehr stark unterscheiden sich beide Teilpopulationen im Hinblick darauf, ob ihnen Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft bietet:

Abbildung 11.2: Vergleich der Zuversicht, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1996 bis 2004. Zusammengefasste Antwortpositionen 1 und 2.



Fragetext: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Diese Angaben sprechen für sich: In beiden Teilgruppen geht nur eine (abnehmende) Minderheit davon aus, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, dazu mit gravierenden Unterschieden zwischen denen im Osten bzw. im Westen.

Erwähnenswert sind die Veränderungen der Identifikation im Hinblick darauf, sich als Ostdeutscher zu fühlen, jenes bemerkenswerte Solidargefühl, das im Untersuchungszeitraum in der Gesamtgruppe der TeilnehmerInnen dieser Studie zugenommen hat.

Tabelle 11.7: „Fühlen Sie sich als Ostdeutsche (r)?“ (2004)

	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon		3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht		
	1	2	(1+2)	3	4	n	X
Gesamtgruppe aller Panelmitglieder	58	28	(86)	10	4	413	1,60
Teilgruppe derer, die im Osten/in Sachsen leben	64	28	(92)	6	2	315	1,46
Teilgruppe derer, die im Westen leben	37	28	(65)	25	10	91	2,08

(P = .000)

Bei den meisten der abgewanderten Panelmitglieder hat sich dieses Solidargefühl auch unter den veränderten Bedingungen erhalten.

Von besonderem Interesse ist, ob bzw. inwieweit Unterschiede im Hinblick auf die Identifikation mit DDR bestehen. Wir beschränken uns hier auf die Daten von 2003 und 2004:

Tabelle 11.8: „Fühlen Sie sich als Bürger (in) der ehemaligen DDR?“ (2003, 2004)

	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon		3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht		
	1	2	(1+2)	3	4	n	X
<i>Gesamtgruppe aller Panelmitglieder</i>							
2003	47	34	(81)	15	4	418	1,76
2004	56	31	(87)	10	3	413	1,62

Teilgruppe derer, die im Osten/in Sachsen leben

2003	48	34	(82)	14	4	320	1,73
2004	58	29	(87)	10	3	315	1,58

(P = .000)

Teilgruppe derer, die im Westen leben

2003	44	33	(77)	18	5	97	1,84
2004	47	37	(84)	11	5	91	1,73

(P = .118)

In beiden Gruppen ist zwischen 2003 und 2004 ein Anstieg der DDR-Verbundenheit zu registrieren, der allerdings nur bei denen im Osten (wie in der Gesamtgruppe) signifikant ist.

11.4 Weitere Angaben zur Untersuchungspopulation

1. Tätigkeitsstatus

Tabelle A 1: Tätigkeitsstatus der TeilnehmerInnen 2004, nach Geschlechtergruppen differenziert (Spaltenprozent)

Tätigkeit	Gesamt	männlich	weiblich
Angestellte	42	37	48
Arbeiter	19	32	7
Zu Hause/Erziehungsurlaub	11	0	19
Selbstständiger	9	12	6
Arbeitslos	10	8	11
Student	2	2	2
Lehrling	0	0	0
Beamte	5	7	4
Etwas anderes	2	2	3

Die meisten TeilnehmerInnen waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig (Gesamtgruppe 61%; m = 69%, w = 55%). 9% (2003 6%) haben sich selbstständig gemacht, darunter 12% der jungen Männer, aber nur 6% der jungen Frauen.

2. Partnerbeziehungen

Bereits seit 1992 werden die Partnerbeziehungen erfragt, die sich seitdem erwartungsgemäß stark verändert haben:

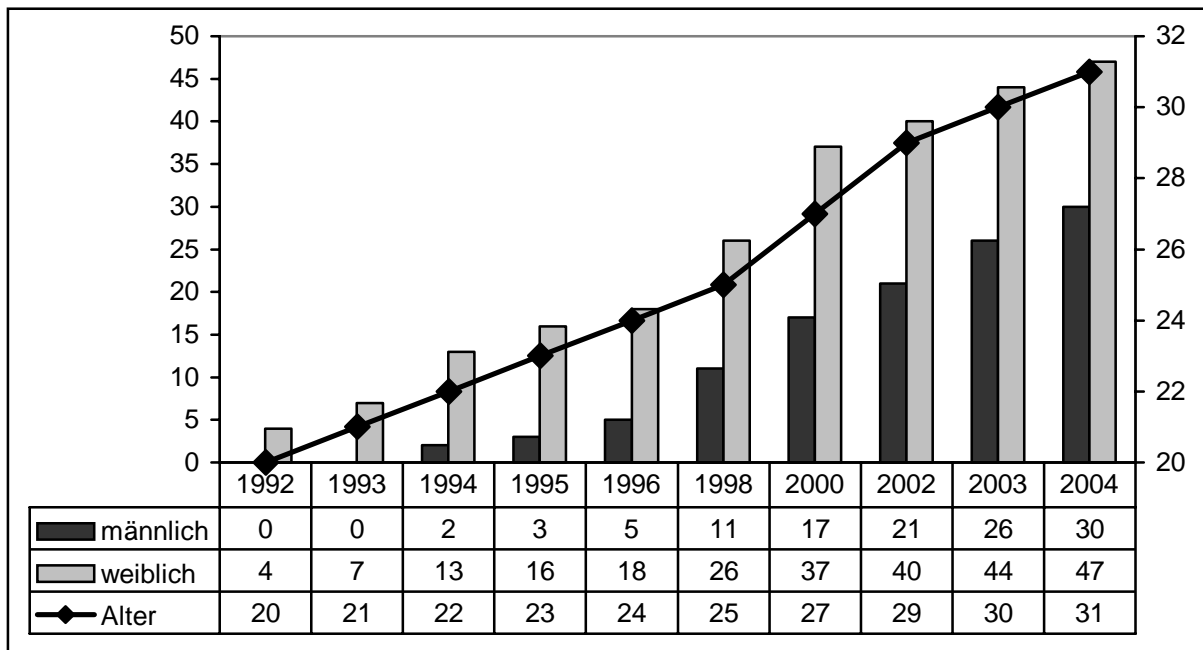
Tabelle A 2: Partnerbeziehungen 2004, differenziert nach den Geschlechtergruppen

	1 ledig, ohne feste Partnerbindung	2 ledig, mit fester Partnerbindung	3 in Lebensgemeinschaft lebend	4 verheiratet	5 geschieden (ab 1998 erfragt)	(2,3,4= feste Bindung)
Gesamt	15	29	14	39	3	(82)
männlich	22	32	14	30	2	(76)
weiblich	9	26	14	47	4	(87)

Im Jahr 2004 waren - im Durchschnitt 31,1 Jahre alt - 47% der weiblichen Panelmitglieder gegenüber 30% der männlichen verheiratet. In der Gesamtgruppe gilt das für 39% (3% sind inzwischen wieder geschieden). Das entspricht fast auf das Prozent genau dem Durchschnitt aller 31 bis 32-Jährigen in Sachsen (2002: 38,5%; siehe Statistisches Jahrbuch Sachsen 2003, S.37), ein wichtiger Beleg für die Repräsentativität dieser Studie!

Interessant ist der Trend seit 1992, bei dem der unterschiedliche Verlauf in den Geschlechtergruppen deutlich hervortritt:

Abbildung A 1: Anteil der verheirateten Panelmitglieder im Trend 1992 bis 2004, nach den Geschlechtergruppen differenziert (Altersangabe für das jeweilige Jahr gerundet)



Das durchschnittliche Erstheiratsalter der Sachsen ist übrigens in den letzten Jahren deutlich angestiegen: Bei den Männern von 26,0 Jahren 1991 auf 31,1 Jahre 2001; bei den Frauen von 23,9 auf 28,4.

3. Zahl der Kinder

Der Anteil der Panelmitglieder mit eigenen Kindern hat gegenüber 2002 weiter zugenommen:

Tabelle A 3: Zahl der Kinder im Trend 2000 bis 2004, nach den Geschlechtergruppen differenziert

Jahr	Alter	kein Kind	ein Kind	zwei und mehr Kinder	X
<i>männlich</i>					
2000	27,2	79	15	6	0,27
2002	29,0	69	21	10	0,42
2003	30,0	64	24	12	0,49
2004	31,1	55	29	16	0,64
<i>weiblich</i>					
2000	27,2	53	38	9	0,57
2002	29,0	45	38	17	0,71
2003	30,0	37	41	22	0,87
2004	31,1	33	41	26	0,96

Im Jahr 2004 haben 45% der jungen Männer und 67% der jungen Frauen eigene Kinder.

11.5 Erläuterungen zu Längsschnittanalysen

Berechnungen für den Nachweis, dass der Rückgang des Vertrauens zur SPD zwischen 2000 und 2004 eine Ursache für die Zunahme der Unzufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum ist (zu Seite 38).

POP = prozentualer Anteil der Analysepersonen, die sich positiv verändert haben, wobei die niedrigeren Skalenplätze als die positiveren definiert sind;

NEP = prozentualer Anteil der Apn, die sich negativ verändert haben;

KOP = prozentualer Anteil der Apn, die sich nicht verändert haben.

Mit dem Vorzeichentest wird geprüft, ob der Unterschied zwischen den positiven und den negativen Veränderungen statistisch signifikant ist (in den Tabellen hervorgehoben).

1. Schritt: Wir stellen zunächst die Veränderungen beider Einstellungen gegenüber:

Jahr	Antwortmodell						POP	KOP	NEP	Pt
	1	2	3	4	x	n				
<i>Vertrauen zur SPD</i>										
2000	1	17	58	24	3,05	368	-	-	-	-
2004	0	8	52	40	3,32	368	8	58	<u>34</u>	.000
<i>Zufriedenheit mit dem politischen System</i>										
2000	1	27	52	20	2,92	369	-	-	-	-
2004	0	22	45	33	3,11	369	13	56	<u>31</u>	.000

Beide Einstellungen veränderten sich signifikant in negativer Richtung.

2. Schritt: Längsschnittanalyse der Veränderung der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 2000 und 2004, differenziert nach der Veränderung des Vertrauens gegenüber der SPD in diesem Zeitraum

Jahr	1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP	Pt	
<i>a) bei Rückgang des Vertrauens zur SPD (n = 124)</i>										
2000	0	33	53	14	2,81	-	-	-	-	
2004	0	15	47	38	3,23	7	49	<u>44</u>	.000	
<i>b) bei Zunahme des Vertrauens mit SPD (n = 31)</i>										
2000	0	19	42	39	3,19	-	-	-	-	
2004	0	22	39	39	3,16	26	51	23	.831	

Ein Rückgang des Vertrauens zur SPD führte in diesem Zeitraum tatsächlich (als einer von mehreren Faktoren) zu einem erheblichen Abbau der Systemzufriedenheit, eine (sehr viel seltenere) Zunahme hatte dagegen keinen Einfluss. Vermutlich wirkten sich die negativen Veränderungen im Vertrauen zur SPD deutlicher und schneller auf die Systemzufriedenheit aus als die positiven.

Ähnliche Relationen ergaben sich in diesem Zeitraum für CDU/CSU. Berechnungen für die Teilgruppe derer, deren Vertrauen zur SPD sich nicht verändert hatte, sind nicht sinnvoll, da es sich um Konstanz im Hinblick auf alle vier Merkmalsklassen (1,2,3,4) handelt.

Kontaktadresse: prof.foerster@gmx.de

Anhang:

A 1: Tätigkeitsstatus und weitere Merkmale 2004 (18. Welle)

Tätigkeit	Gesamt	männlich	weiblich
Angestellte	42	37	48
Arbeiter	19	32	7
Erziehungsurlaub	11	0	19
Selbstständiger	9	12	6
Arbeitslos	10	8	11
Student	2	2	2
Beamte	5	7	4
Etwas anderes	2	2	3

(Spaltenprozente)

- 61% waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig (m = 69%, w = 55%).
- 9% haben sich selbstständig gemacht, darunter 12% der jungen Männer, aber nur 6% der jungen Frauen.
- Durchschnittsalter 31,1 Jahre
- männlich: 46%; weiblich 54%
- 92% haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen
- 33% haben studiert
- 39% sind verheiratet (männlich 30%; weiblich 47%)
- Eigene Kinder haben 45% der jungen Männer bzw. 67% der jungen Frauen
- Von allen 414 TeilnehmerInnen leben 94 im Westen (87) bzw. im Ausland (7)

A 2: Ausgewählte Publikationen des Verfassers zur „Sächsischen Längsschnittstudie“ bzw. zur Jugend in Ostdeutschland; Angaben zum Verfasser:

Der lange Weg vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: U. Schlegel/P. Förster (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Von DDR-Bürger zum Bundesbürger. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1997

Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43-44/99

„Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: Deutschland Archiv, H. 2/2001

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/2003

Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. In: Sabine Andresen/Karin Bock/Micha Brumlik/Hans-Uwe Otto/Mathias Schmidt/Dietmar Sturzbecher (Hg.): Vereintes Deutschland – geteilte Jugend. Ein politisches Handbuch. Leske + Budrich, Opladen 2003.

Die 30-Jährigen in den neuen Bundesländern: Keine Zukunft im Osten! Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie. In: Deutschland Archiv 1/2004

Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der Studie zwischen 1987 und 2001 (1. bis 15. Welle) enthält die Publikation:

Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002 (ISBN 3-8100 – 3452 – 5; 357 Seiten)

Gemeinsame Publikationen mit anderen Autoren:

G. Roski: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990

W. Friedrich: Ostdeutsche Jugend 1990. In: Deutschland Archiv, Heft 4 und 7/1991

W. Friedrich: Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Leipzig 1996

W. Friedrich: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/1996

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. In: Das Gesundheitswesen, 65, 555-560.

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. In: Jahrbuch für Kritische Medizin, 39, S. 108-124. Hamburg: Argument-Verlag.

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2004). Psychosoziale Folgen einer Migration aus den neuen in die alten Bundesländer. Ergebnisse einer Längsschnittstudie. In: Stöbel-Richter, Y., Brähler, E. (Hg.): Demographischer und sozialer Wandel; psychosozial Nr. 95 / 2004, S.81 - 97

Zum Verfasser:

Prof. Dr. sc. paed; geboren 1932. 1959 bis 1965 wissenschaftlicher Assistent/Oberassistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig/Institut für Pädagogik.

1966 bis 1990 Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ).

Ab 1991 nach Abwicklung des ZIJ und Arbeitslosigkeit Mitarbeiter der Forschungsstelle Sozialanalysen, Teilnahme an mehreren Forschungsprojekten zur ostdeutschen Jugend; seit 1999 Ruhestand; Fortsetzung sozialwissenschaftlicher Forschung auf ehrenamtlicher Basis, Weiterführung der Sächsischen Längsschnittstudie. Zahlreiche Publikationen zur Jugendentwicklung in der DDR bzw. in Ostdeutschland, sowie zu methodologischen und methodischen Fragen der Sozialforschung.

A 3: Zusatztabelle zum kumulativen Einfluss der Dauer der Arbeitslosigkeit

Nach Fertigstellung der oben dokumentierten Erstinformation zur 18. Welle wurden Analysen zum Einfluss der kumulativen Dauer von Arbeitslosigkeit auf verschiedene Merkmale begonnen, über deren erste aufschlussreiche Ergebnisse hier nur kurz berichtet werden kann.

Bei diesen Analysen stützen wir uns auf die konkreteren Angaben der Panelmitglieder zur bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit. Dazu gaben sie die Anzahl der Monate an. Bei der 18. Welle reichten die Werte bei den 31-Jährigen von Null Monaten (bisher nicht arbeitslos gewesen) bis 108 Monate.

Um die Zusammenhangsanalysen überschaubar zu halten, wurden diese Rohdaten wie folgt zu 5 Untergruppen zusammengefasst:

Tabelle 1: Prozentuale Anteile der Untergruppen nach Dauer der Arbeitslosigkeit 2004 in Monaten

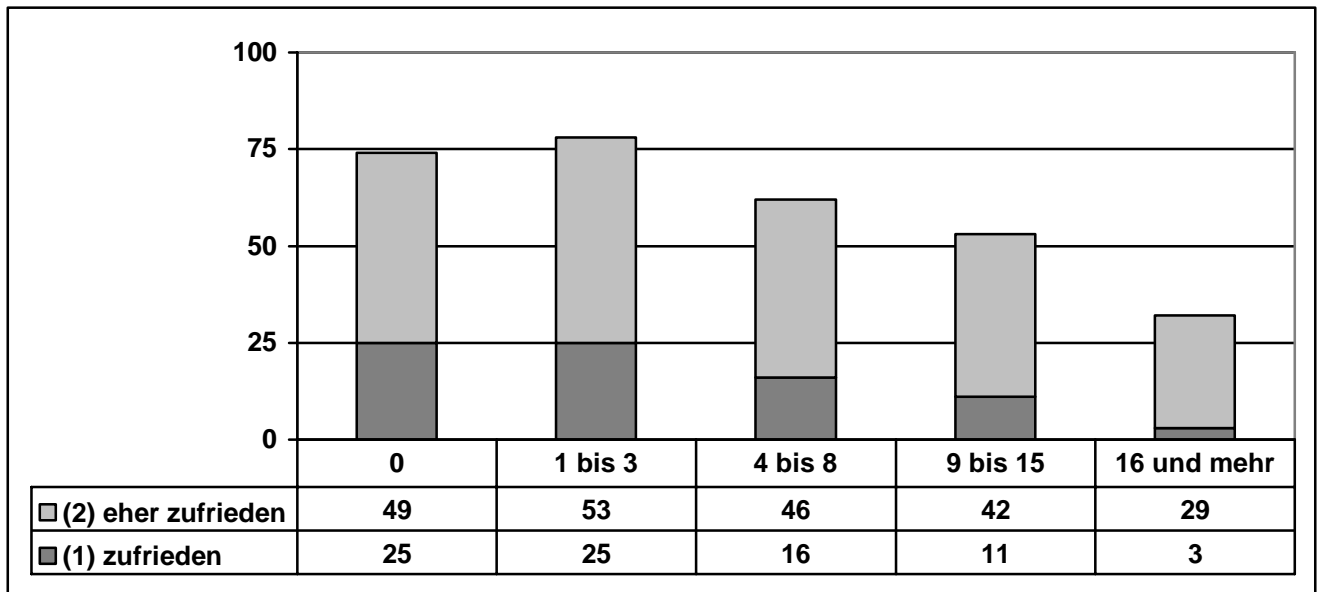
	0	1-3	4-8	9-15	16 und mehr	N
Gesamt	35	19	16	15	15	414
männlich	34	23	17	16	10	192
weiblich	37	13	15	15	20	222
Arbeiter	23	26	16	21	14	77
Angestellte	46	19	14	11	10	178
Selbstständig	33	20	22	22	3	36
zu Hause	50	7	16	14	13	44
Beamte	46	27	18	0	9	22
arbeitslos	0	5	20	22	53	40

Zwischen den Verteilungen der Geschlechtergruppen bestehen (wie bei den Rohdaten) signifikante Unterschiede zuungunsten der jungen Frauen ($P = .020$). Auch die Gruppen nach Tätigkeitsstatus unterscheiden sich deutlich. Der höchste Anteil mit einer Dauer von 9 oder mehr Monaten besteht erwartungsgemäß bei denen, die zum Zeitpunkt Befragung arbeitslos waren (75%), der geringste Anteil bei den Beamten.

Die folgenden Abbildungen veranschaulichen den bestehenden, statistisch gesicherten kumulativen Einfluss der Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit nach Monaten (gruppierte Daten) auf einige wesentliche Merkmale der Lebenssituation der Panelmitglieder, ihrer Zukunftssicht und ihrer politischen Orientierungen im Jahr 2004. Auf eine Interpretation können wir hier verzichten, da die Abbildungen für sich sprechen.

Sächsische Längsschnittstudie 1987 - 2004

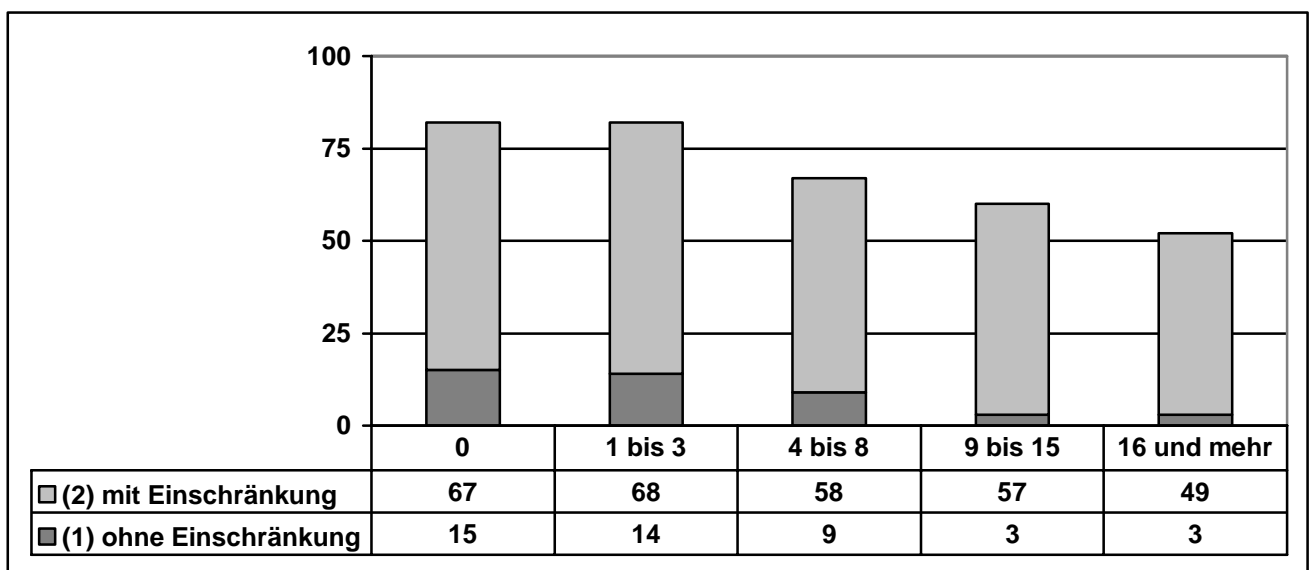
Zufriedenheit mit dem Einkommen 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Einkommen?“

**1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden
4 unzufrieden**

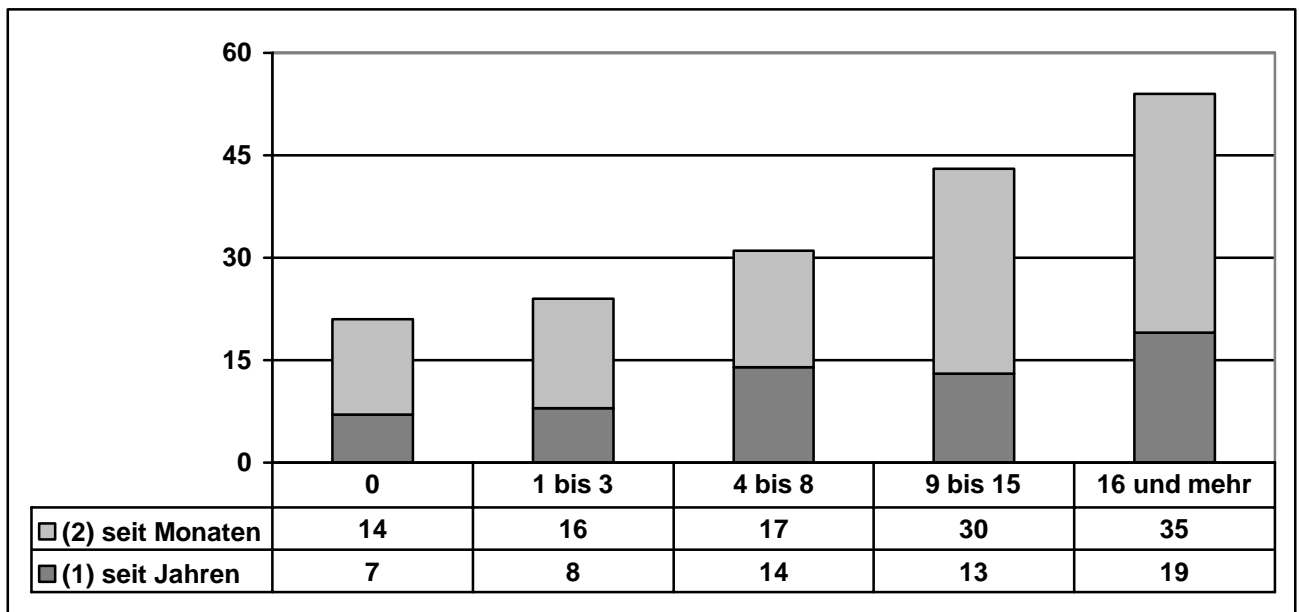
Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lebenssituation 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Wie schätzen Sie – alles in allem – Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?“

1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

Ausprägung von Zukunftsangst 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit in Monaten



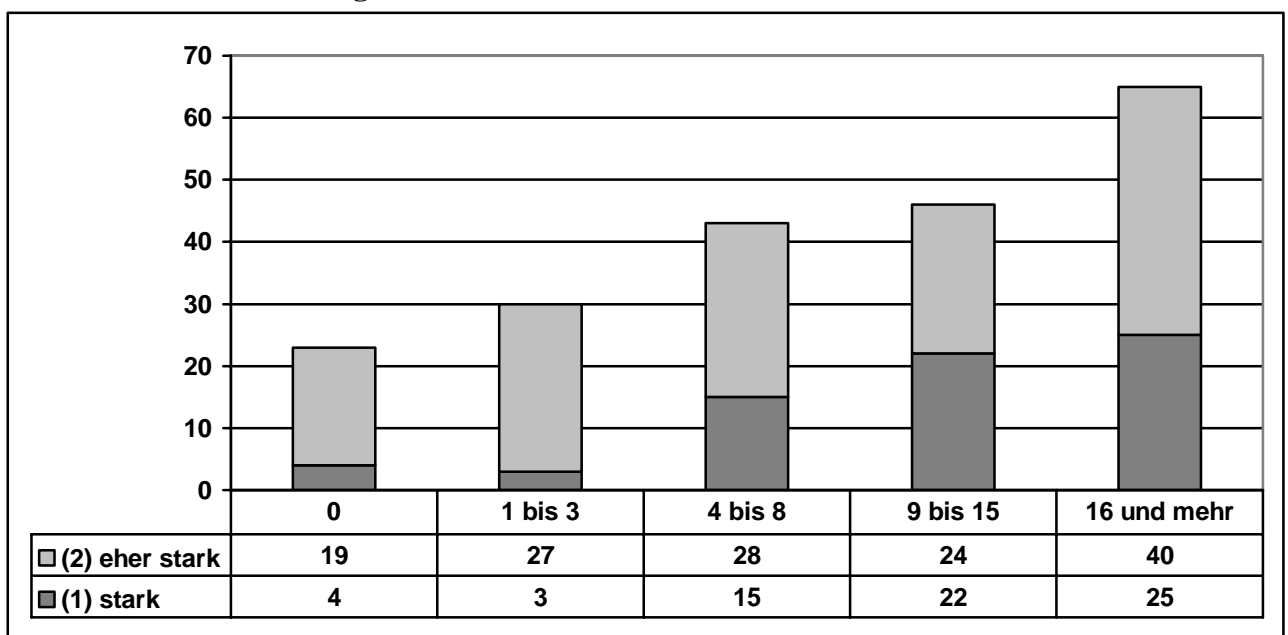
Fragetext: „Haben Sie Angst vor der Zukunft?“

1 ja, seit Jahren

2 ja, seit Monaten

3 nein

Angst vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich bedroht?“ ...

- durch das Eintreten einer persönlichen Notlage

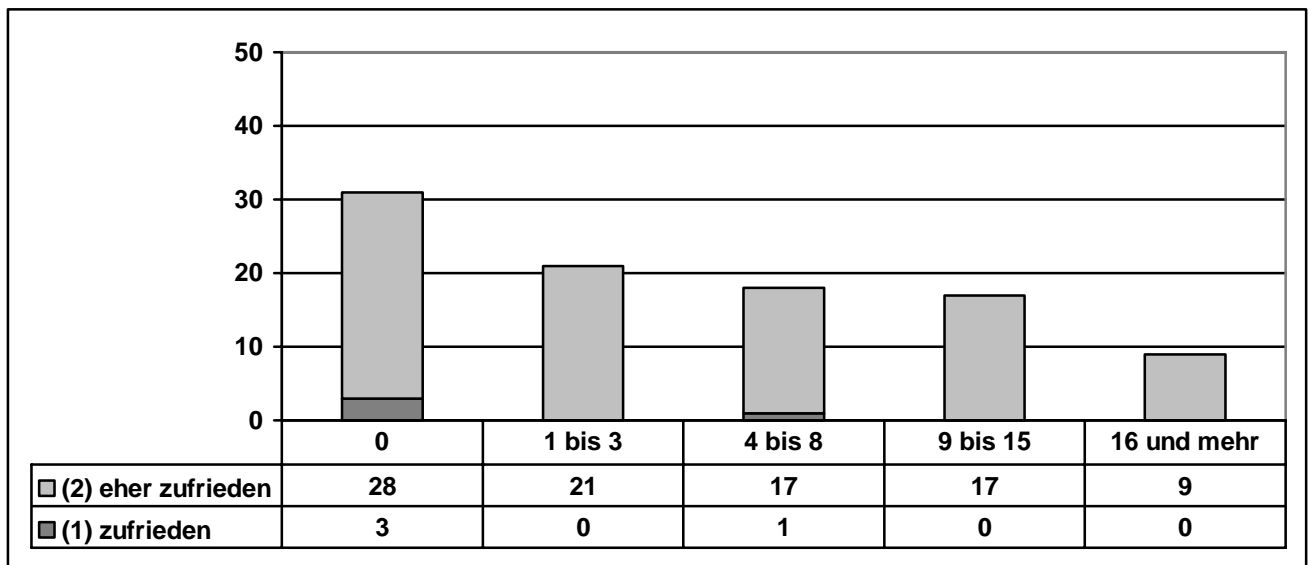
1 stark

2 eher stark

3 eher schwach

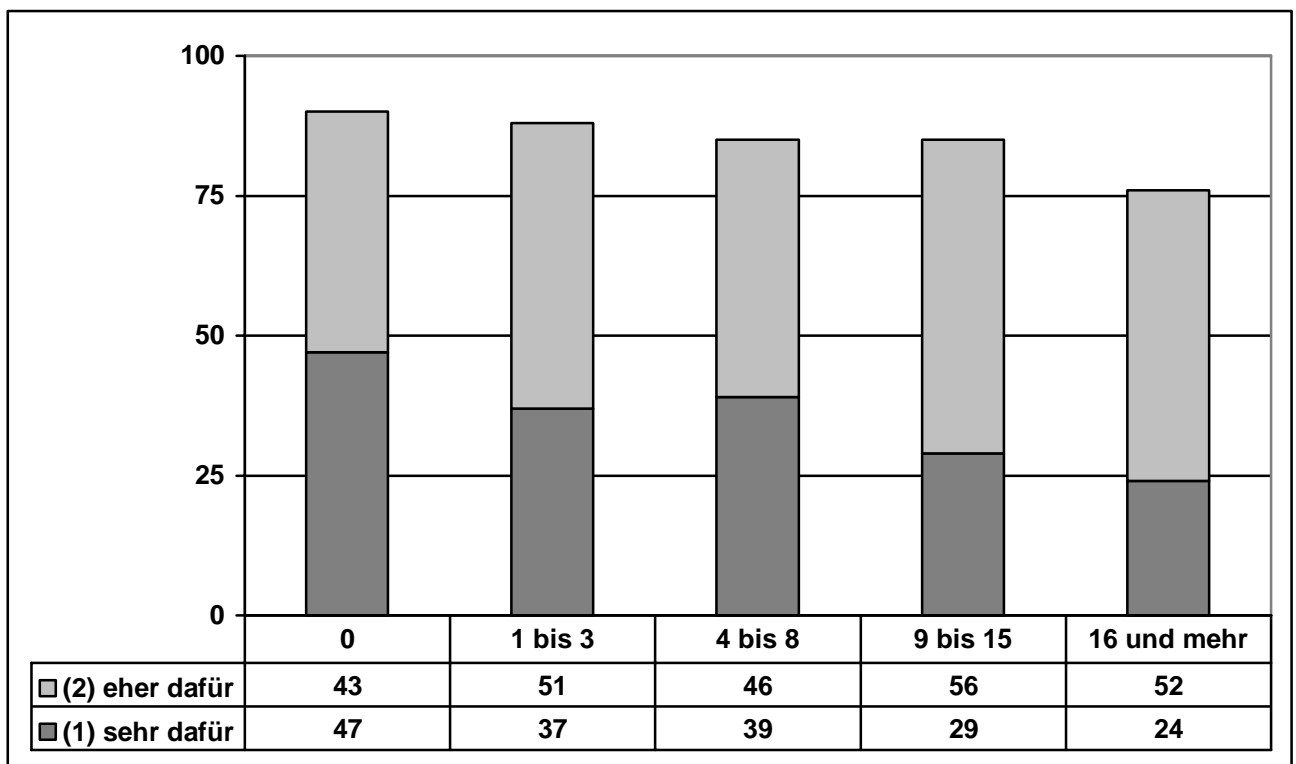
4 schwach

Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung?“
1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden
4 unzufrieden

Einstellung zur deutschen Einheit 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit in Monaten

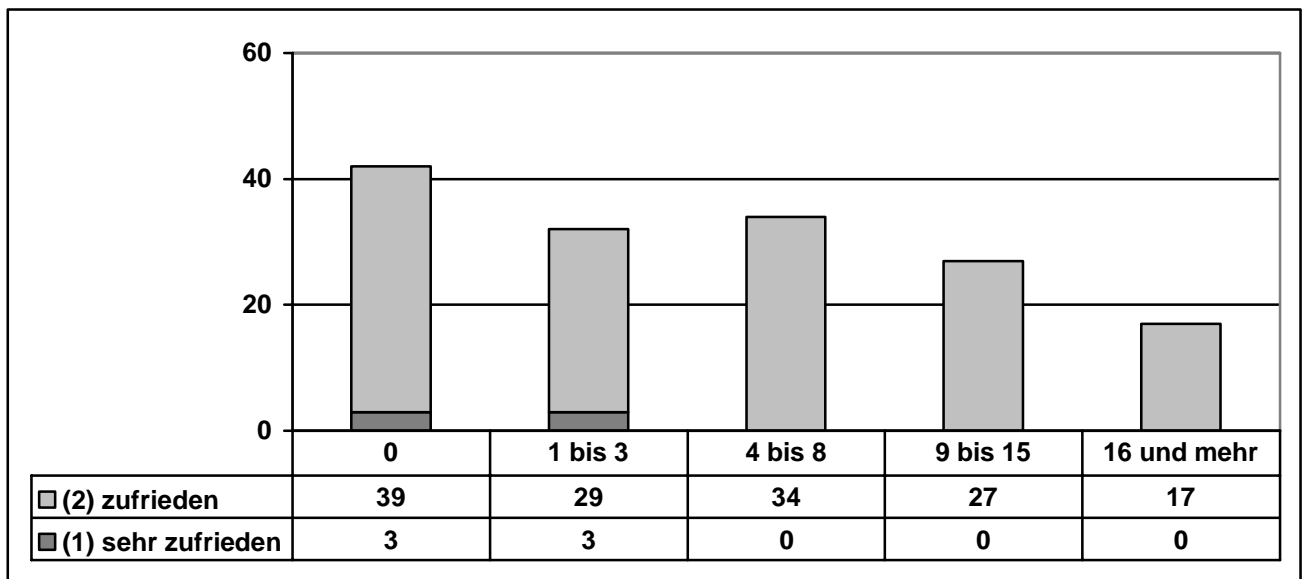


Fragetext: „Wir hatten 1990 (4. Etappe) folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten:

Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

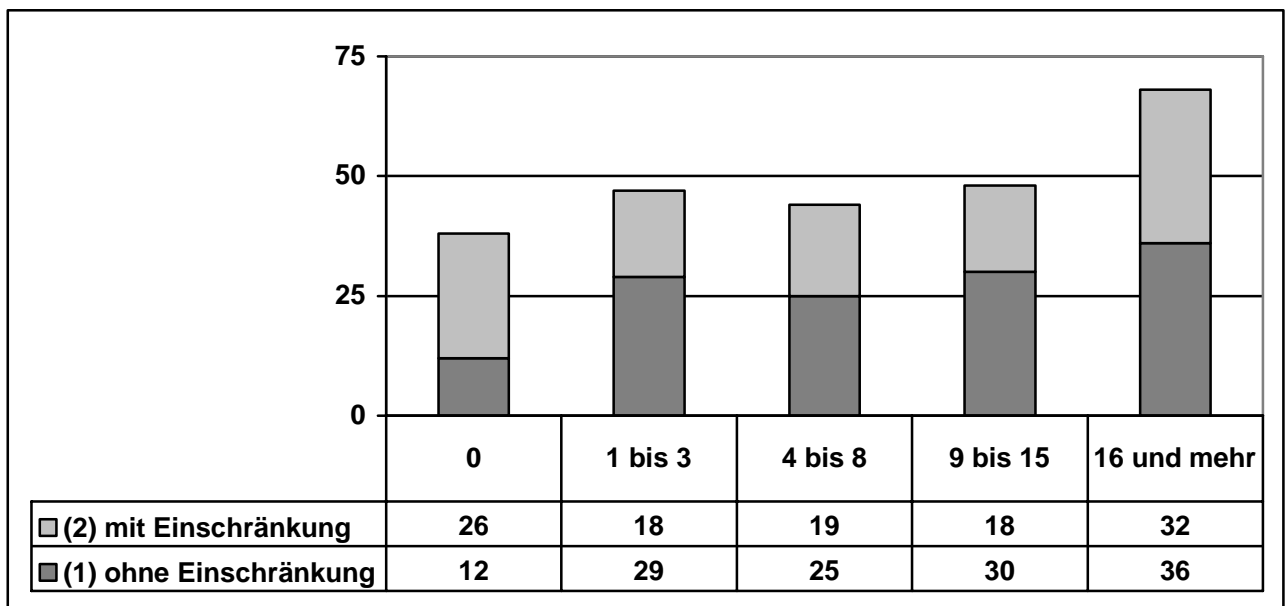
Zufriedenheit mit der Demokratie 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Protestbereitschaft 2004, differenziert nach der Gesamtdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht